02/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

ZUKUNFT

Smart Cities – Wundermittel oder Big Business?

Seite 32

PORTRÄT

Der Mensch hinter der Bürgermeisterin

Seite 50

„Wir sind zufrieden“

Erstmals hat der Gemeindebund die Zufriedenheitswerte mit den Kindereinrichtungen der Gemeinden erhoben. Fazit: Die Zufriedenheit überwiegt bei weitem.

Seite 14

P.b.b. 02 Z 032903 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

Viele Gemeinden haben ähnliche Probleme.

Wir helfen, sie zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der Bank Austria

Member of UniCredit

KOMMENTAR

EIN GUTES ZEUGNIS FÜR DIE **KINDERBETREUUNG**

„Die Eltern bestätigen uns **gute Arbeit**, aber zurücklehnen dürfen wir uns nicht."

Die trauen sich etwas", haben so manche gemeint, als wir eine Umfrage unter den Eltern über die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung gestartet haben. Denn wenn man die Kommentare und Meinungen sogenannter Experten in den Medien liest, dann müsste man von einem katastrophalen Ergebnis ausgehen. Das Gegenteil ist tatsächlich der Fall. Väter und Mütter sind mit der Betreuung ihrer Kinder durch die Gemeinden in einem hohen Maß zufrieden und schätzen die Qualität des Betreuungspersonals, also der Kindergartenpädagoginnen, sehr hoch. Und obwohl der Ruf nach akademischer Ausbildung aus verschiedenen Ecken und Motiven sehr laut ist, hält eine klare Mehrheit der Eltern nichts davon. Die Eltern bestätigen den Gemeinden in der Kinderbetreuung gute Arbeit. Zurücklehnen dürfen wir uns aber nicht. So gibt es den dringenden Wunsch nach Verbesserungen für die Kleinkinder unter drei Jahren, dem Ausbau der Nachmittagsbetreuung an den Schulen und flexibleren Betreuungsmöglichkeiten. Und schließlich müssen wir uns bemühen, dass die Bedingungen für das Personal so gestaltet werden, dass sie so attraktiv sind, dass sich möglichst viele Pädagoginnen für diese gesellschaftspolitisch verantwortungsvolle Aufgabe entscheiden.
Aber gut tut es schon, einmal von den betroffenen Eltern zu hören, dass sie die Kinderbetreuung um vieles positiver sehen als das so manche Gurus medienwirksam verkünden. Wir Gemeindeverantwortliche können uns freuen und sagen den hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kinderbetreuung ein ganz großes Danke.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Das gilt für jeden von uns, aber auch für unser Magazin KOMMUNAL. Wie Sie sehen, gehen wir mit einem überarbeiteten, moderneren und frischerem Layout in das neue Jahr. Die allgemeine Gestaltung setzt auf mehr Weißraum und damit einen modernen Zugang zum Leser. Es wird Ihnen zudem nicht entgangen sein, dass sich das Format Ihres KOMMUNAL verändert hat. Wir sind nicht mehr „nur“ A4, sondern mit 215 x 280 mm sogar größer, wie uns scheint. In den drei Heftteilen, die nun „Politik & Recht“, „Arbeiten & Gestalten“ und „Land & Leute“ heißen, „menschelt“ es auch mehr als früher.

Doch nicht nur die Optik soll sich ändern. In dieser Ausgabe finden Sie bereits mehr Kommentare und Meinungen von Lesern und Akteuren aus den Gemeinden. Wir wollen einen Wissens- und Meinungstransfer unter jenen fördern, die Österreich gestalten, und möchten Sie einladen daran teil zu haben. Mehr Statements von Fachexperten, Stimmen aus der Politik oder einfach Zahlen aus der Wirtschaft runden das Informationsangebot künftig ab.
Aber natürlich bleiben die fundierten Fachartikel zentrales Element Ihres „neuen alten“ KOMMUNAL.
Viel Spaß beim Entdecken,
Ihr

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/14

„Wir sind zufrieden“

Die Ergebnisse einer Gallup-Umfrage bestätigen die gute Arbeit der Gemeinden bei der Kinderbetreuung

/27

Siedlungswasserwirtschaft

Die Dotierung ist beschlossen, aber noch ist nicht sicher, wo

INHALT

/32

Wie g'scheit ist smart?

KOMMUNAL versucht sich an einer Definition von „Smart City"

/51

Sonja Ottenbacher

Der Mensch hinter der Bürgermeisterin

FOTOS/Shutterstock, istockphoto.com, privat

POLITIK & RECHT

Zukunft der Gemeinde – Gemeinde ohne Boden? 6
Ein Beitrag zur aktuellen Debatte um den „Boden"

Wahlrecht für Zweitwohnsitzer 12
Ein Kommentar zur neuen (alten) Diskussion um das Wahlrecht für zweitwohnsitzer in Niederösterreich

Es wird ein hartes Stück Arbeit 20
Helmut Mödlhammer über die Knackpunkte der FAG-Verhandlungen

Vorschau 22
Mit dem Gemeindetag 2015 und der Kommunalmesse gehen 2015 zwei Top-Events über die Bühne

Wir sind nicht das Ende der Welt 24
Eine Reportage aus Gmünd zum 20. Jahrestages des EU-Beitritts

Umstellung auf die Doppik 28
Ein Erfahrungsbericht zeigt auf, dass „die Gemeinden mehr können"

„Normen" Replik 29
Ein Kommentar schafft Klarheit in die Verwirrung um die „Tafel-Normen"

GESTALTEN & ARBEITEN

Smart Cities 32
Wundermittel oder bloß Big Business

Eine App kann einen Bürgermeister nicht ersetzen 34
Zukunftsforscher Matthias Horx im Interview

LAND & LEUTE

Neue Landkarte 52
Die Gemeindestrukturreform der Steiermark

Zukunftsort Waidhofen 54
Die Stadt mit den vielen Gesichtern

NÖ-Neujahrsempfänge 55
Ganz im Zeichen des Wahlkampfs

300 Verletzte täglich 56
Wenn Winteridylle kein Vergnügen ist, sondern im Krankehaus endet

Aus den Bundesländern 58

Personalia & Info-Mix 62

Termine März & April 64

Zu guter Letzt 66
„Unnützes Wissen", Offenlegung

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bank Austria Unicredit	39
Bundeskanzleramt - Abt. IKT	45
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser	30
Julius Holluschek GmbH	48
Maschinenring Österreich GmbH	40
Messezentrum Salzburg GmbH	41
Österreichische Post AG	46
Salzburg Wohnbau GmbH	43
Stausberg VertriebsgmbH	41

LEITARTIKEL

ZUKUNFT DER GEMEINDE?
GEMEINDE OHNE BODEN?

Eigentlich müsste längst Schluss mit der Häuslbauerei sein! Zahlen zeigen klar und deutlich, dass es damit in 296 Jahren sowieso vorbei ist. Warum? Weil dann der Boden aus ist!

Der Anfang des Monats erschienene Bodenatlas rechnet passend zum aktuellen „UN-Jahr des Bodens“ in penibler Form vor, was Jahr für Jahr alles an „Boden“ verloren geht. Und geht wegen des hohen Verbrauchs an Boden mit Österreich besonders ins Gericht. Nicht nur führt der Verlust von Böden zu Überschwemmungen und Hochwasserkatastrophen, die schwindenden landwirtschaftlichen Nutzflächen führen langfristig zu Versorgungsabhängigkeiten bei Lebensmitteln und zum Verlust von rund 500.000 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Österreich ist besonders „schlimm“. Bei uns werden jährlich 0,5 Prozent der Agrarflächen verbaut, in Deutschland 0,25 Prozent. Das mit den Prozent ist schnell erklärt: In Österreich teilen sich viel mehr Menschen den bebaubaren Raum als in Deutschland. Und noch gelten die Hochalpen nicht als bevorzugtes Siedlungsgebiet.

Aber der Verbrauch ist schlimm genug. Täglich werden bei uns 22 Hektar – das sind mehr als 30 Fußballfelder – „zubetoniert“. Das macht alle vier Tage fast einen Quadratkilometer Boden, der verschwindet, versiegelt wird, zubetoniert wird. Und der Bodenverbrauch pro Kopf steigt nicht, nein, er explodiert. Wenn man das Zahlenkarussell weiter spinnt, kommt man auf folgendes: Österreich hat rund 84.000 km², davon gelten 37 Prozent als bebaubar – das macht rund 31.000 km².

Nun sind davon fast 3200 km² als „Dauersiedlungsraum“ definiert, rund 3900 km² sind verbaute Flächen, 1800 km² sind durch Verkehrsflächen genutzt. Nach diesen (schon älteren Zahlen) sind das fast 10.000 km², die bereits „verbaut“ sind. Die noch „übrigen“ 27.000 km² sind aber bei bleibendem Tempo der Verbauung in spätestens 296 Jahren aufgebraucht.

> „Mit Entschädigung enteignen? Gegenfrage: **Mit welchem Geld?**

Dann ist keine bebaubare Fläche in Österreich mehr übrig! Bebaubare Fläche ist aber auch Ackerland, ist Grünfläche, ist Naherholungsgebiet. Laut einer Umfrage der Hagelversicherung befürchten folgerichtig auch 83 Prozent der Menschen den Verlust der Naherholungsgebiete.

Klare Sache also! Stopp mit dem Häuslbauen am Rand der Ortschaften, wer statt dessen Eigentum in den Gemeinden will, soll Altbauten im Zentrum revitalisieren oder – wenn der Denkmalschutz mitspielt – abreißen und „ortsgerecht“ neu bauen. Stopp auch mit Einkaufstempeln und „Malls“ auf der grünen Wiese, stopp den Baucentern und ein doppeltes Stopp den asphaltierten und betonierten Parkplätzen!

So einfach das klingt, so schwierig ist das aber umzusetzen. Was machen wir mit einem Hausbesitzer, der sein altes Haus im Ortszentrum für sein Enkerl aufspart? Was machen wir mit jemandem, der ein Stück Baugrund im Ortsgebiet erbt, aber nicht bauen will? Das Konzept mit „zum Wohl der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignen“ hatten wir in Europa schon einmal: Das hat nicht so ganz funktioniert.

Mit Entschädigung enteignen? Gegenfrage: Wer mit welchem Geld?

Und wenn die Bauwilligen keinen alten Kasten im Ortszentrum um viel Geld kaufen und statt dessen die „unverbaubare Fernsicht in Hanglage“ wollen und, weil sie sich das leisten können, auch bekommen? Ist die Zukunft die Sozialwohnung im Ort und die Wohlhabenden in den Siedlungen?

Dass die großen Einkaufsketten und Baucenter in die Ortszentren gehen, ist sowieso illusorisch. Große Einschränkungen bei Baubestimmungen werden die sich auch nicht gefallen lassen, gehen sie halt mit ihrer Kommunalsteuer zur Nachbargemeinde oder gleich in die Nachbarregion. Das tut denen nicht weh, wird aber im Endeffekt die Wanderungsströme in die Ballungszentren weiter verstärken.

Was also tun? Und wer soll was tun?

Dass sich die hohe Bundespolitik dem Problem annimmt, ist nicht zu erwarten. Schließlich ist der Acker vor Ort kein Bundesproblem. Die Landespolitik wird sich mit Rücksicht auf „die Wähler“ und die „Entscheidungskompetenz“ des Bundes auch nicht aus dem Fenster lehnen.

Es wird ähnlich enden wie bei der mühseligen Geschichte mit dem Rauchverbot in Lokalen – die Entscheidung bleibt bei den Wirten, in unserem Fall den Bürgermeistern, in deren Kompetenz das ja auch fällt. Aber mit dem Problem wird der kleine Bürgermeister überfordert sein. Vor allem dann, wenn er das Wohl seiner Gemeinde vor Augen hat, die sich wesentlich von Ertragsanteilen und Kommunalsteuern finanziert. Der kann – und sollte auch – hier keinen Wettbewerb eingehen.

Und gleich vorweg: Den Bürgermeistern aus diesem Grund die Kompentenz wegzunehmen, wäre das Kind mit dem Bad auszuschütten. Wie formuliert es Joachim Maislinger, Bürgermeister von Wals-Siezenheim, auf diese Frage in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“? „Wenn man uns die Erstentscheidung wegnehmen würde, das wäre unmöglich, da würde sich niemand mehr für so ein Amt zur Verfügung stellen.“

Der Österreichische Gemeindebund hat deshalb schon früher gefordert, dass Bundes- bzw. Landesgesetzgeber die gesetzlichen Voraussetzungen für eine vernünftige Baulandmobilisierung schaffen. Passiert ist allerdings bislang nicht viel.

Nur eines ist klar: Nichtstun ist mit Abstand die schlechteste Lösung.

HANS BRAUN
ist Chefredakteur von KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

KOMMENTAR

LEBENSRAUMSTRATEGIE
FÜR DIE REGIONEN

Zukunft **ländlicher Raum**

Die Lage ist ernst. Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria gehen davon aus, dass in zwei Jahrzehnten nur noch ein Drittel der Menschen in ländlichen Regionen wohnen wird, zwei Drittel siedeln aber in Städten oder deren unmittelbaren Umgebung. Schon jetzt leben 45 Prozent der Menschen in einer der 74 Städte mit 10.000 oder mehr Einwohnern. Alois Brandstetter, Juwel der heimischen Literatur und in Pichl bei Wels aufgewachsen, schreibt in seinem Roman „Zur Entlastung der Briefträger“ besorgt, das Land hat Schwindsucht, die Gesellschaft befindet sich in den Wechseljahren, immer mehr Schulen, Postämter und Pfarren verschwinden auf dem Land.

Die Regionen brauchen Kraft und wirtschaftliche Impulse, das ist politischer Konsens. Im aktuellen Regierungsprogramm findet sich versteckt auch der Hinweis, SPÖ und ÖVP wollen einen Masterplan für die Regionen entwickeln. Viel ist bisher nicht zu hören, außer einem holprigen Start für den Breitbandausbau, seit Jahren vehement vom Gemeindebund gefordert. Notwendig wäre eine Lebensraumstrategie für Stadt und Land. Die Statistik Austria hat eine aktuelle Umfrage über die Lebensqualität in Österreich publiziert, wonach die Zufriedenheit im ländlichen Raum noch sehr ausgeprägt ist, vor allem im Hinblick auf die Umwelt und die Kulturlandschaft. Allerdings bereitet den Menschen die angespannte Arbeitssituation und der Bodenfraß erhebliche Sorgen. Täglich verschwinden 22 Hektar wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen, das entspricht der Größe eines bäuerlichen Familienbetriebes oder dem Ausmaß von 31 Fußballfeldern. In einer Lebensraumstrategie müssten Änderungen der Raumordnungsbestimmungen und Flächenwidmungen eine bessere Abstimmung zwischen gesellschaftlichen Erfordernissen (Freizeit, Erholung) und wirtschaftlichen Notwendigkeiten (Betriebsansiedlungen, Verkehr, Wohnen) anstreben. Die Land- und Forstwirtschaft hat in einer Lebensraumstrategie für die Regionen zentrale Bedeutung: Ernährung, Kulturlandschaft und nachwachsende Rohstoffe. Die Bauern schaffen die Basis. Die UNO hat 2014 zum Jahr der „Bäuerlichen Familienbetriebe“ ausgerufen. Seit dem EU-Beitritt 1995 haben aber jährlich durchschnittlich 3000 bäuerliche Familien ihre Hoftore für immer geschlossen. Nur mehr rund 160.000 Höfe sind für mehr als sechs Millionen Hektar Kulturfläche verantwortlich. Das neue Programm für die ländliche Entwicklung 2014/2020 soll den bäuerlichen Familien wirtschaftliche und soziale Perspektiven vermitteln. Eine aktive Politik für die ländlichen Regionen, die vor allem der beängstigenden Abwanderung junger Menschen entgegenwirkt, muss wirtschaftliche Vielfalt fördern.

Eine Entwicklung, die dazu führt, dass nur mehr Bauern in den Dörfern leben, ist keine Option.

gerhard.poschacher@chello.at
Gerhard Poschacher war Ressortchef im BMLFUW und ist freier Publizist

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNIKATIONSFORSCHER.

Arbeit: **Digital und kommunal**

Die KOMMUNAL-Ausgaben zu Jahresbeginn beschäftigen sich traditionell mit unseren drängenden Zukunftsthemen. Wie wollen wir 2020 wohnen, leben oder arbeiten, welche Schwerpunkte setzen wir in Richtung 2050? Selbstverständlich kann es sich bei einer Trend-Kolumne zu diesen Mammutthemen nur um eine erste Annäherung handeln. Der Themenbereich Arbeit soll dazu exemplarisch als Einleitung dienen. Die Zukunft bringt dabei neue Herausforderungen für die Arbeitnehmer und auch für die Kommunen in der Rolle als Arbeitgeber mit sich. Arbeitstage, die um neun Uhr beginnen und um 17 Uhr enden, werden bald zum reinen Lehrbuchwissen gehören. Ebenso wird man bei der demografischen Zusammensetzung des Teams künftig neue Wege beschreiten– Fachkräftemangel, Frauenquote oder Altersteilzeit sind nur drei der bekannten Schlagwörter. Der Zukunftsforscher Ayad Al-Ani prognostiziert, dass sich die Arbeitswelt noch mehr in Richtung digitale Leistungserfassung verlagern wird.

Wichtig sei es dabei, auch künftig eine möglichst positive Arbeitsatmosphäre - Stichwort „Work-Life-Balance“ - zu garantieren, die innovative Lösungen für die Gemeinden ermöglicht. In der letzten „Pitters KOMMUNALTrend“-Erhebung stellten wir Unternehmen die Frage, „ob sie gegenwärtig Mitarbeiter beschäftigen, die von zuhause aus arbeiten“. Dies bejahten bereits mehr als 25 Prozent der Befragten. und dieser Anteil wird in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit noch steigen. Eine der zentralen Herausforderungen dabei ist der digitale Infrastrukturschub, bekannt auch als „Breitbandausbau“. Trendexperten sind sich einig, dass die fortschreitende Digitalisierung für die Kommunen eine große Chance bedeutet.
Die Unabhängigkeit vom Arbeitsort gilt als der Trumpf der Gemeinden gegen Abwanderungs- und Urbanisierungstendenzen.

> Zentrale Herausforderung ist der digitale Infrastrukturschub.
>
> **Harald Pitters**

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK-FINANZCHECK
GEMEINDEFINANZEN IN 100 SEKUNDEN

DIE EINWOHNERZAHL IM FINANZAUSGLEICH

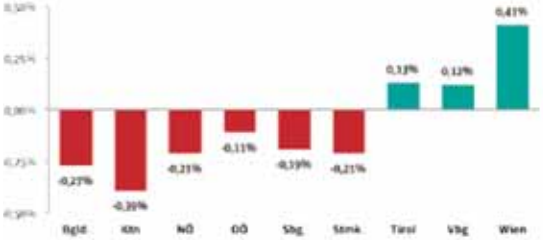
Gewinner & Verlierer

Die enorme Bedeutung der Bevölkerungszahl für den Finanzausgleich ist ebenso bekannt wie der nicht mehr zeitgemäße „abgestufte Bevölkerungsschlüssel“ (aBS), der Einwohner aus Gemeinden über 50.000 Einwohner um 45 Prozent höher gewichtet als jene aus Gemeinden unter 10.000 Einwohner. Weniger bekannt ist aber, dass es durch diese Dominanz der Bevölkerungszahl nicht nur Gewinner und Verlierer, sondern auch doppelte Verlierer gibt.
Tabelle 1 zeigt die länderweise Entwicklung der Einwohner (EW) von 2014 auf 2015, nur Tirol, Vorarlberg und Wien liegen über dem Durchschnitt von 0,55 Prozent und sind somit die Gewinner. Kärnten verliert doppelt Ertragsanteile: Zum einen aufgrund der im Bundesland sinkenden Einwohnerzahl und zum anderen aufgrund des im aktuellen Finanzausgleich enthaltenen Effekts, wonach unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum (durch die FAG-Logik bedingt und verstärkt durch den aBS) zu Verlusten führt.
Grafik 2 mit Zahlen des Finanzministeriums zeigt rein diesen Effekt (Zuwächse der Ertragsanteile aufgrund von Abgabenwachstum wurden herausgerechnet). Mit einer Umverteilungswirkung von 11,78 Millionen Euro (davon fließen 10,17 Millionen nach Wien) nimmt er sich auf den ersten Blick relativ gering aus, wenn es ihn nicht schon zig Jahre und nicht nur von 2014 auf 2015 gäbe.

1. ENTWICKLUNG DER EINWOHNERZAHLEN

	2014	2015	DIFFERENZ	IN %
BGLD.	286.707	287.470	763	0,27%
KTN.	556.012	555.969	-43	-0,01%
NÖ	1.619.722	1.625.400	5.678	0,35%
OÖ	1.419.005	1.424.910	5.905	0,42%
SBG.	532.318	534.030	1.712	0,32%
STMK.	1.211.822	1.214.945	3.117	0,26%
TIROL	715.112	720.436	5.324	0,74%
VBG.	372.555	374.861	2.306	0,62%
WIEN	1.739.932	1.761.738	21.806	1,25%
GESAMT	**8.453.185**	**8.499.759**	**46.568**	**0,55%**

2. AUSWIRKUNG AUF DIE ERTRAGSANTEILE 2015



KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C

Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

LEBENSRÄUME SCHAFFEN
ZUKUNFT GESTALTEN

- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

ANGESAGT

O-TÖNE ZU
AKTUELLEN THEMEN

DEUTSCHER BUNDESAGRARMINISTER SIEHT TTIP AUF GUTEM WEG

Berlin. Bundesagrarminister Christian Schmidt sieht die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der Europäischen Union trotz jüngster Irritationen auf gutem Weg. An Differenzen im Agrarbereich werde das geplante Abkommen nicht scheitern, sagte der CSU-Politiker kürzliuch in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters.

„**Heute schichtet** der Mensch dreißigmal mehr Sediment und Erde um als die Natur selbst, verbraucht neunmal mehr Wasser als vor hundert Jahren. Bereits 2008 wurde laut Internationaler Energieagentur das Plateau der Ölförderung erreicht. Der Mensch ist zum stärksten Treiber geologischer und ökologischer Prozesse aufgestiegen."

Zitiert aus dem **Bodenatlas 2015**

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof möchte im Zusammenhang mit der **„Anrechung von Schulzeiten bei Beamten in Österreich"** vom Gerichtshof der Europäischen Union (Rechtssache C 529/13 Felber) unter anderem wissen, ob die fragliche Nichtberücksichtigung von vor dem 18. Lebensjahr absolvierten Schulzeiten eine Ungleichbehandlung aufgrund des Alters im Sinne des Unionsrechts darstellt und ob sie gegebenenfalls gerechtfertigt ist.

Europäischer Gerichtshof

KOMMUNAL – INTERNATIONAL

USA: **Jüngster Bürgermeister** der Welt abgewählt

Eiscreme an die Spitze der Ernährungspyramide: das war eine der zentralen Forderungen von Bürgermeister Robert Tufts während seiner Amtszeit als Bürgermeister.

Zweimal hatte der Vier- (inzwischen Fünfjährige) den obersten Posten der Gemeinde Dorset im US-Bundesstaat Minnesota innegehabt. Und nein, er hat sich nicht nur für ungezügelten Süßigkeitenkonsum eingesetzt, sondern außerdem noch die Wohltätigkeitsorganisation einer bekannten Fast-food-Kette unterstützt.

Dorset hat keinen echten Stadtrat, die Einwohnerzahl liegt bei 22 oder 28 – je nachdem, ob der Pfarrer und seine Familie gerade anwesend sind. Auch deshalb unterscheidet sich die Wahl deutlich von anderen Urnengängen. Jeder kann wählen, eine Stimme kostet einen Dollar, der Stimmzettel mit dem Namen des Gewinners wird aus einer Lostrommel gezogen. Die Einnahmen finanzieren das „Taste of Dorset"-Festival, bei dem die Wahl stattfindet.

Doch am Ende reichte der Einsatz des Fünfjährigen nicht aus: Tufts muss seinen Posten als Bürgermeister des Örtchens räumen, die Wiederwahl zur dritten Amtszeit ist ihm nicht geglückt. Stattdessen wählten die Einwohner einen 16-Jährigen auf den Posten.

www.unnuetzes.com
www.spiegel.de

ITALIEN VERSCHÄRFT RAUCHVERBOT

Einem Bericht des „Standard" zufolgt plant Italien künftig auch rauchfreie Strände, Parks und TV-Serien. Darüber hinaus soll Rauchen auch in Autos mit Kindern verboten werden. 95 Prozent der Italiener halten das Rauchverbot für positiv, 90 Prozent akzeptieren es.

Detroit: Insolvenz kostet 187 Millionen Dollar

Wie das „Wall Street Journal" mit Berufung auf ein Gerichtsdokument berichtet, zahlte die Stadt Detroit 165 Millionen Dollar Honorare direkt, weitere 13 Millionen Dollar stellten unter anderem Experten, die Insolvenzrichter Steven Rhodes beauftrage, in Rechnung. Größter Einzelverdiener des Insolvenzverfahrens mit Honoraren von über 58 Millionen Dollar ist die Rechtsanwaltskanzlei Jones Day. Sie hatte Detroit im Verfahren vor Gericht vertreten.

http://online.wsj.com

KOMMUNAL
VOR 25 JAHREN

EIN RÜCKBLICK

Für einen gerechten **Finanzausgleich**

Wie das Jahr 2015 begann auch das Jahr 1990 mit den Vorbereitungen auf die Verhandlungen zum Finanzausgleich.
Wie heuer war auch vor 25 Jahren der Österreichische Gemeindebund mit den erreichten Erfolgen „nicht unzufrieden". 1990 konnte für die Gemeinden mehr Geld durch eine Kapitalertragsteuer erreicht werden, der damalige Generalsekretär Robert Hink beklagte aber, dass **„den berechtigten Forderungen des Gemeindebundes (stufenweise Abbau des Wiener Randgemeindenschlüssels, Änderung des Kopfquotenausgleichs sowie Lösung der Zweitwohnsitzfrage) nicht Rechnung getragen wurde".**

Für eine gewisse Missstimmung zwischen den Gemeinden und dem Bund sorgte damals eine Klagewelle. Vor allem burgenländische Gemeinden hatten sich wegen des für sie besonders ungünstigen Kopfquotenausgleichs an den Verfassungsgerichtshof gewandt. Der Bund wiederum hatte als Reaktion darauf eine wahre Klagswelle gegen alle neun Bundesländer und 579 Gemeinden losgetreten.
Daraufhin kam es 1989 zu den – seinerzeit so genannten – September- und November-Vereinbarungen. Es reicht, hier zu zitieren:
„Der Österreichische Gemeindebund bedauert vor allem, da die burgenländischen Gemeinden im Vertrauen auf das Verhandlungsergebnis die Klagen gegen das Finanzausgleichsgesetz zurückgezogen haben, dass die Bundesregierung diese ausgehandelte Finanzausgleichsnovelle nur unter Vorbehalt an das Parlament weitergeleitet hat und die Volksvertretung selbst keinerlei Beschluss gefasst hat. Der derzeitige Stand in dieser Frage ist umso bedauerlicher, als im Anschluss an dieses Paktum auch die Umwandlung der Getränkesteuer in eine Verkehrssteuer fix ausgehandelt worden ist, was den Gemeinden hunderte Millionen Schilling zusätzlich gebracht hätte."

LESERMEINUNG

LESERBRIEFE, MAILS AN DIE REDAKTION
SOCIAL MEDIA REAKTIONEN

ARCHITEKTEN UND NORMEN (IN KOMMUNAL 12/2014)

Gratulation zu Ihrer Coverstory „Der genormte Staat" von Walter Leiss. Sie hinterfragen völlig zu Recht „… freiwillige Regeln, die von jenen erarbeitet werden, die sie in der täglichen Praxis benötigen …" und „… Aber wann ist es zuviel?"

Von freiwilligen Regeln kann aus der Perspektive von Architekten nicht die Rede sein; und noch viel weniger, dass sie von jenen erarbeitet werden, die sie in der täglichen Praxis benötigen. Längst ist es zuviel: Als Architekten werden wir laufend mit Absurditäten konfrontiert und ein Großteil der am Baugeschehen Beteiligten stöhnt unter der Ist-Situation.

Das Normenwesen wird durch Partikularinteressen in Normenausschüssen dominiert – nicht von gesamtheitlichen, öffentlichen Interessen. Das Normeninstitut selbst entwickelte sich zum Verwalter eines unübersichtlichen, teils widersprüchlichen Normendschungels. Jene, die an der Entstehung von Normen Einfluss nehmen möchten, entsenden Vertreter in sog. Normenausschüsse. Die Teilnahme an diesen Normenausschüssen ist mit jährlichen Gebühren (€ 450,-) verbunden. So werden einerseits Regelwerke durch wirtschaftliche Interessensvertreter („Lobbyisten"), andererseits durch Vertreter des „Sicherheitswesens" dominiert und diverse Anforderungen ständig „hochgeschraubt". Thematische Übersichtlichkeit, Widerspruchsfreiheit, Gültigkeitsdauer und kostengünstiges Bauen spielen kaum eine Rolle.

Architekten und andere Freischaffende sind in der Normenwerdung nicht oder kaum vertreten: Wer setzt sich – mit welcher Motivation? – unbezahlt bzw. in seiner Freizeit in Normenausschüsse, ohne konkrete Vorteile erwarten zu dürfen und bezahlt sogar jährliche Beiträge für diese Teilnahme? Wer sorgt also dafür, dass – ähnlich wie z. B. in Hochbaulehrbüchern – zusammenhängende Themenkreise kompakt aufbereitet werden? Wer sorgt dafür, dass ein vernünftiger Ausgleich zwischen öffentlichen, Sicherheits- und Herstellerinteressen hergestellt wird?

Die öffentliche Hand – als gesamtheitlich denkende letztverantwortliche Instanz – zeigte bisher bedauerlicherweise kein Interesse daran, öffentliche Interessen (z. B. durch befugte, beeidete Architekten) vertreten zu lassen. Ziviltechniker, also Architekten und Ingenieure, wären durch ihre akademische Ausbildung und Berufspraxis bestens geeignet, als „Vertreter des öffentlichen Interesses" eine zentrale Rolle bei der Schaffung von Regelwerken rund ums Bauen einzunehmen.

LeonardoWelt als Plattform für Architekten und Ingenieure setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Architekturschaffende ein. Regelwerke spielen in dieser Berufsgruppe naturgemäß eine zentrale Rolle, deshalb wollen wir in nächster Zeit strukturelle Fehler und überzogene Bestimmungen in Normen ansprechen und gegenüber Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu Verbesserungen beitragen. Gerne stehe ich für konstruktiven Dialog zur Verfügung.

Herbert Aiblinger
Aiblinger Vedral & Partner, Wien

FOTOS/Stagairemgimo

KOMMENTAR

WAHLRECHT FÜR ZWEITWOHNSITZER

Niederösterreich und das Burgenland sind die beiden einzigen Länder, in denen bei allgemeinen Wahlen zum Landtag und zum Gemeinderat auch die sogenannten „Zweitwohnsitzer“ wahlberechtigt sind.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bricht alle zweieinhalb bzw. fünf Jahre (überschneidende Intervalle für Gemeinderats- und Landtagswahlen in Niederösterreich) die Diskussion um das Wahlrecht für „Zweitwohnsitzer“ und den nicht amtlichen Stimmzettel mit dem Grundsatz „Name vor Partei“ in der medialen Diskussion auf. Von Wahlbetrug und Missbrauch ist die Rede. Regelmäßig nach den Wahlen wird auch der Verfassungsgerichtshof als Wahlgerichtshof angerufen.

Wieso ist das so?

Erst mit der B-VG-Novelle 1994 wurde der Begriff des Hauptwohnsitzes geschaffen. Selbst das B-VG anerkennt aber, dass die Voraussetzungen für einen Hauptwohnsitz bei mehreren Wohnsitzen vorliegen können. In diesem Fall ist ein Wohnsitz als Hauptwohnsitz zu bezeichnen. Für das Wahlrecht zu Bundeswahlen wurde die Anknüpfung an den Hauptwohnsitz vorgesehen. Den Ländern wurde es jedoch freigestellt, in den Landtags- und Gemeinderatswahlordnungen das Wahlrecht wie bisher an den Wohnsitz (ordentlicher Wohnsitz – Mittelpunkt der Lebensinteressen) und nicht an den Hauptwohnsitz zu knüpfen. Nur Niederösterreich und das Burgenland haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Für Niederösterreich und das Burgenland gilt selbstverständlich auch, dass das Wahlrecht in einem Land bzw. in einer Gemeinde nur einmal ausgeübt werden kann. Denkbar ist es jedoch, dass ein ordentlicher Wohnsitz als Mittelpunkt der Lebensinteressen in mehreren Gemeinden vorliegt und damit ein Wahlrecht zu zwei Landtagen oder, bei zwei oder mehreren Gemeinderatswahlen in verschiedenen Gemeinden, geben ist.

> „Systeme, die Vorzugsstimmen stärker gewichten, sind zu bevorzugen und nicht zu kritisieren.“

Dies entspricht den Lebensumständen der Bürger heute mehr als vor 20 Jahren. Wobei gerade Niederösterreich und das Burgenland besonders betroffen sind. Für beide Bundesländer gilt, dass der Arbeitsmarkt in dieser Region besonders von der Stadt Wien geprägt ist. Zigtausend Pendler fahren täglich oder wöchentlich nach Wien um dort zu arbeiten. Viele junge Menschen studieren in der Bundeshauptstadt. Andererseits nutzen viele Bürger die Möglichkeit, am Wochenende oder in den Sommermonaten wieder aufs „Land“ zu siedeln, wo sie ursprünglich herstammen. Der Hauptwohnsitz wird jedoch aus diversen Gründen nach Wien verlegt. Sei es wegen des „Parkpickerls“, damit man sein Auto unterbringen kann, oder um als Student die Freifahrt-Möglichkeiten zu nutzen oder schlicht um eine Mietwohnung in Wien zu erhalten. Vielfach sind diese Bürger ins soziale Leben ihrer „Zweitwohnsitzgemeinden“ besser integriert als in Wien. Der Zweitwohnsitzer in der Ostregion unterscheidet sich daher völlig von den Zweitwohnsitzern im Westen, die ihren Zweitwohnsitz als Ferienwohnsitz nutzen.

Warum sollen diese Bürger vom Wahlrecht ausgeschlossen werden? Ständig wird von Politikverdrossenheit gesprochen. Die sinkende Wahlbeteiligung ist eine Begleiterin bei vielen Wahlvorgängen. Diskutiert wird ein Ausbau direkt demokratischer Einrichtungen. Selbst Auslandsösterreichern wurde auf bestimmte Zeit das Wahlrecht zuerkannt. Den sogenannten „Zweitwohnsitzern“ jetzt das Wahlrecht abzuerkennen,

wäre ein Widerspruch zu diesen Intentionen. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, soll klargestellt werden, dass Missbräuche, die sich aus dieser Regelung ergeben, zu verurteilen und hintanzuhalten sind. Liegen evidente Scheinanmeldungen oder Missbräuche dahingehend vor, dass knapp vor der Wahl unverhältnismäßig viele Personen bei nicht geeigneten Wohnräumlichkeiten gemeldet werden, so sieht die Wahlordnung Möglichkeiten vor, um dies hintanzuhalten. Es rechtfertigt jedoch nicht, das System infrage zu stellen.

Ähnlich ist die Situation mit den ebenfalls immer wieder kritisierten nicht amtlichen Stimmzetteln bei den Gemeinderatswahlen und dem Grundsatz „Name vor Partei“ (nur in Niederösterreich). Die Einführung des amtlichen Stimmzettels bei Wahlen erfolgte in Österreich relativ spät. Die erste Wahl, bei der verpflichtend ein amtlicher Stimmzettel zu verwenden war, war die steierische Landtagswahl im Jahr 1957. Die Zulässigkeit des nicht amtlichen Stimmzettels wurde von Verfassungsgerichtshof mehrfach bestätigt. Auch mit den Bestimmungen über die Gültigkeit der Stimmzettel bei Benennung eines Bewerbers einer Wahlpartei und einer anderen Wahlpartei und den in der Landtags- und in der Gemeinderatswahlordnung in Niederösterreich vorgesehenen Grundsatz, „Name vor Partei“ hat sich der Verfassungsgerichthof mehrfach auseinandergesetzt. Weder bei der Gemeinderats-, noch bei der Landtagswahlordnung wird ein Widerspruch des Vorzugsstimmensystems zum Homogenitätsprinzip erblickt. Auch hier gilt, dass selbst auf Bundesebene versucht wird, das Wahlrecht weiter zu personalisieren und Persönlichkeiten in dem Vordergrund zu rücken. Bei den Bürgermeisterdirektwahlen werden auch Persönlichkeiten und nicht Parteien gewählt. Auf Bundesebene soll dies durch eine leichtere Vergabe der Vorzugsstimmen erreicht werden. Erste Schritte wurden bei der Nationalratswahlordnung schon gesetzt. Ob diese Schritte erfolgreich waren, mag bezweifelt werden. Ist es doch bislang keinem Kandidaten gelungen, mittels Vorzugsstimmen einen listengereihten Kandidaten zu überholen. Insofern sind bestehende Systeme, die Vorzugsstimmen stärker gewichten, zu bevorzugen und nicht zu kritisieren.

WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

POLITIK & RECHT

INTERVIEW
Das kommt 2015 für Gemeinden neu
Seite 20

.

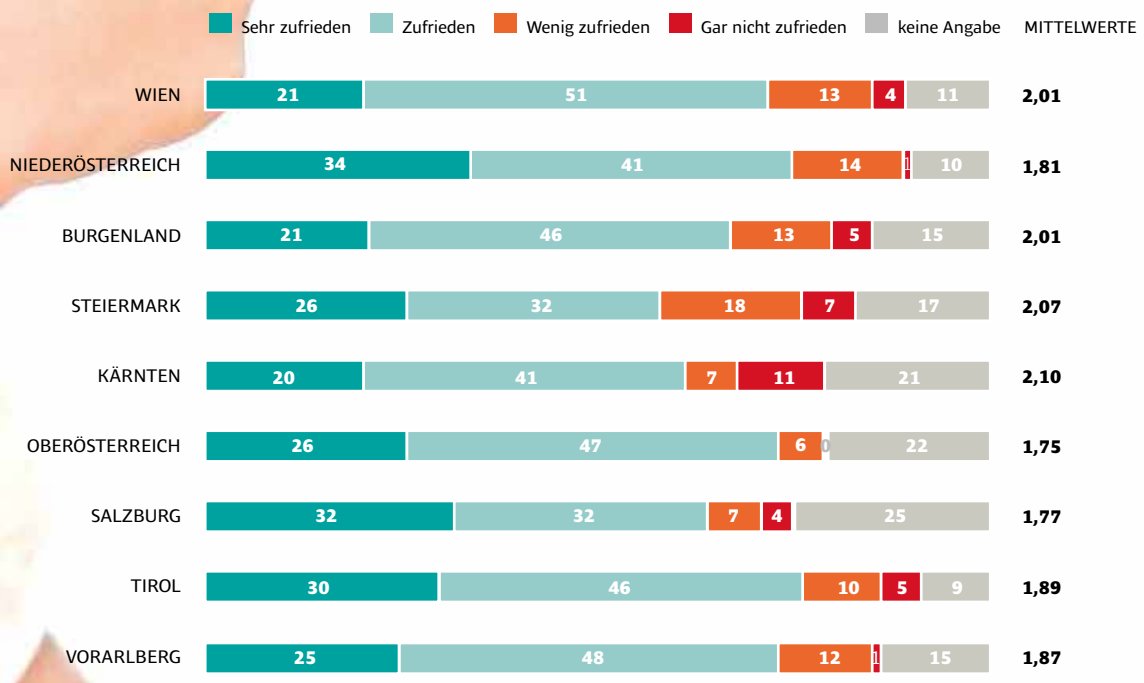
GEMEINDETAG 2015
Vorschau auf den kommunalen Top-Event
Seite 22

20 JAHRE EU
Wir sind nicht mehr das Ende der Welt
Seite 24

GUTES ZEUGNIS FÜR **KINDERBETREUUNG**

Erstmals hat der Gemeindebund die Zufriedenheit der Eltern mit den verschiedenen Formen der Kinderbetreuung in Österreich erhoben. KOMMUNAL stellt die Ergebnisse vor.

ZUFRIEDENHEIT MIT KINDERBETREUUNG
DER 2.5 BIS 6-JÄHRIGEN IN DEN BUNDESLÄNDERN



Angaben in %

Gallup-Umfrage Sample 100/Bundesland außer Wien 200

FOTO: Shutterstock/Patrick Foto

TEXT/Daniel Kosak

Wir können mit den Ergebnissen dieser Elternbefragung zufrieden sein", sagt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „Sie zeigt uns, dass die Qualität der Kinderbetreuung in Ordnung ist, gibt uns aber auch wichtige Hinweise darauf, wo wir noch Handlungsbedarf haben."

Die Betreuungsquote bei den bis zweijährigen Kindern lag 2013 im österreichischen Durchschnitt bei 23 Prozent, bei drei- bis fünfjährigen Kindern bei 90,9 Prozent. Rund 333.000 Kinder besuchen eine Betreuungseinrichtung, davon rund 211.000 einen Kindergarten, rund 28.000

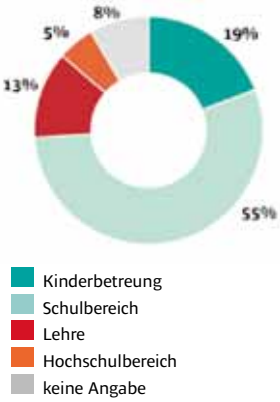
„DIE ZUFRIEDENHEIT MIT UNSEREN LEISTUNGEN IST DURCHWEGS HOCH."

HELMUT MÖDLHAMMER,
PRÄSIDENT DES GEMEINDEBUNDES

eine Kinderkrippe, 55.000 eine Hortgruppe und 39.000 Kinder eine altersgemischte Einrichtung. Insgesamt bestehen 17.899 Gruppen, der Personalstand liegt bei 53.000 Personen, wenn man private und öffentliche Einrichtungen zusammenzählt. 176.000 Kinder werden von den Gemeinden in Kindergärten oder Krippen betreut (ohne Wien).

Für diesen Bereich (vorschulische Erziehung) wendet eine Gemeinde durchschnittlich 5682 Euro pro Kind und Jahr auf, in Summe also mehr als eine Milliarde Euro (ohne Wien).

DER GRÖSSTE REFORMBEDARF



Die Großbaustelle ist eindeutig der **Schulbereich**. 55 Prozent der Befragten nennen auf diese Frage das Schulwesen. Auch hier sind die Gemeinden als Schulerhalter aller Pflichtschulen sehr an Reformen interessiert.

Sachliche Grundlage für künftige Debatte. „Wir haben daher gemeinsam mit Gallup eine repräsentative Befragung durchgeführt und 1000 Menschen mit Kindern unter 14 Jahren zu verschiedenen Aspekten der Kinderbetreuung befragt", sagt Mödlhammer, der mit der Studienleiterin von Gallup, Ingrid Lusk, die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorstellte. „Für uns als größte Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen ist es wichtig, von Zeit zu Zeit zu erheben, ob wir aus Sicht der Menschen auch die richtigen Angebote machen", so Mödlhammer. „Jede/r Bürgermeister/in kennt zwar die Bedürfnisse in der eigenen Gemeinde sehr genau, ein gesamtösterreichischer Überblick hat bislang aber gefehlt."
„Auf Basis dieser Befragung lässt sich die Debatte darüber, welche Notwendigkeiten im Ausbau bestehen, auch sachlicher führen", so Mödlhammer. „Wir waren zuletzt ja auch immer wieder mit Forderungen diverser Lobbys nach höheren Ausbildungsgraden konfrontiert, jetzt haben wir eine empirische Grundlage, die diesen Forderungen eine Meinungslage der betroffenen Eltern gegenüberstellt."

Insgesamt, so Mödlhammer, seien die Ergebnisse durchwegs sehr erfreulich. „Die Zufriedenheit mit unseren Leistungen ist durchwegs hoch. Dort, wo die öffentliche Diskussion am lautesten ist – nämlich bei den Kindergärten –, ist die Zufriedenheit am höchsten. Im Bereich der Kleinkind-Betreuung haben wir aber einen Ausbaubedarf, ebenso wie in der schulischen Nachmittagsbetreuung.

Was die Eltern wollen. Wenn man jeweils die Werte für „sehr zufrieden" und „zufrieden" zusammenzählt, dann liegt die Zufriedenheit mit den Betreuungseinrichtungen für bis zweieinhalbjährige Kinder bei 52 Prozent. Mit der Betreuung in Kindergärten (2,5 bis sechs Jahre) sind 69 Prozent zufrieden, bei der schulischen Nachmittagsbetreuung geben 63 Prozent ihre Zufriedenheit zu Protokoll.
„Für die Kindergärten verzeichnen wir also sehr, sehr gute Werte", sagt Mödlhammer. „Auch die Qualität der schulischen Nachmittagsbetreuung ist im Grunde in Ordnung, wenn man bedenkt, dass hier noch viel zu tun ist und diese Betreuungsform noch nicht in jeder Schule verfügbar ist." Handlungsbedarf sieht Mödlhammer beim

DANIEL KOSAK IST PRESSEREFERENT DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

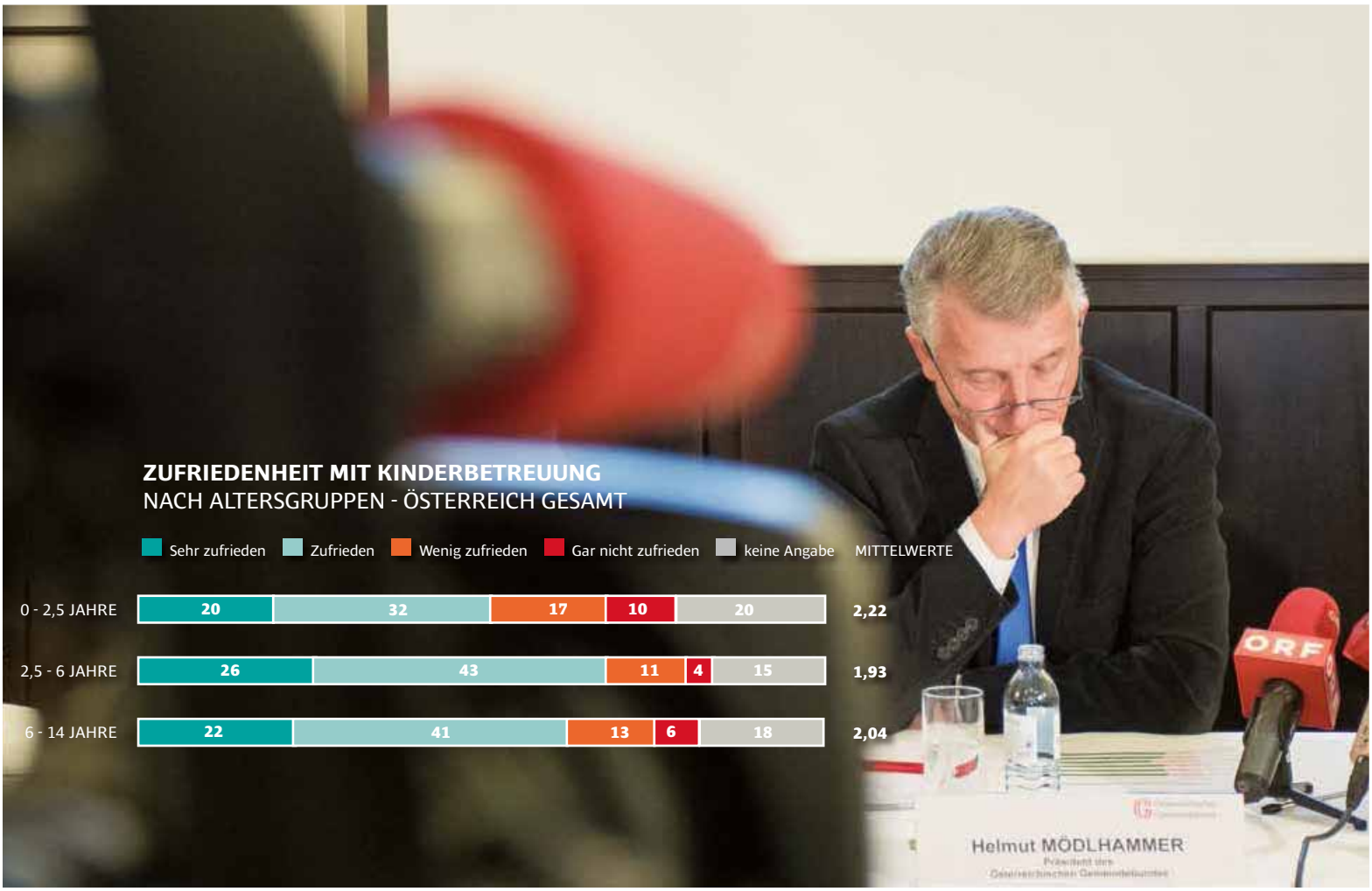


FOTO: Thomas Max/KOMMUNAL

Nachdenklich macht den Gemeindebund-Chef der Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder. „Hier haben wir sicherlich noch Aufholbedarf."

Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder. „Hier haben wir sicherlich noch Aufholbedarf." Interessant ist hier auch ein Blick auf die Bundesländer, in denen es zum Teil durchaus merkbare Abweichungen gibt. Insgesamt habe sich – wie eine weitere Frage zeigt – das Angebot in der Kinderbetreuung in den letzten Jahren merkbar verbessert, 62 Prozent der befragten Eltern sehen das so.

Schulwesen ist „die größte Baustelle": „Sehr interessante, wenn auch für mich nicht überraschende Ergebnisse bringt die Frage, wo die Menschen den größten Reformbedarf sehen", berichtet Mödlhammer. „55 Prozent sagen: Im Schulwesen muss endlich etwas geschehen. Das bestätigt unsere Einschätzung, dass die Kinderbetreuung in Österreich im wesentlichen Teil gut funktioniert und auch geschätzt wird. Die Großbaustelle ist eindeutig der Schulbereich. Auch hier sind wir in den Gemeinden als Schulerhalter aller Pflichtschulen sehr an Reformen interessiert. Das Bildungswesen braucht diesen Reformschub ganz dringend, in vielerlei Hinsicht", so Mödlhammer.

Akademische Ausbildung nicht notwendig: Mit der Ausbildung der Mitarbeiter/innen in den Kindergärten sind die Menschen mit sehr großer Mehrheit zufrieden. 79 Prozent geben hier an, dass sie mit dem Ausbildungsstand sehr zufrieden sind. Nur zehn Prozent halten eine verpflichtende Akademisierung der Kindergärtner/innen für unbedingt notwendig, weitere 29 Prozent können sich das vorstellen. „Das ist für uns ein wichtiges Ergebnis, weil die Lobby jener, die auf diese Akademisierung drängen, zwar nicht besonders groß, aber in der Öffentlichkeit dafür umso lauter ist. Tatsache ist, dass unsere Ausbildungsstandards in weiten Teilen jenen entsprechen, die international als akademisch gelten", so Mödlhammer. „Ich glaube daher nicht, dass wir hier den größten Handlungsbedarf haben."

> „Unser Bildungswesen braucht **dringend Reformen**."
>
> **HELMUT MÖDLHAMMER**

Was ist in der Kinderbetreuung nun zu tun?
Auf Basis der Befragungsergebnisse sieht Mödlhammer mehrere Aufgaben, die im Bereich der Kinderbetreuung auf die Gemeinden, aber auch auf Bund und Länder zukommen.

Ausbau der Kleinkindbetreuung: „Das muss ein Schwerpunkt in den kommenden Jahren sein. Die Arbeitsverhältnisse der Menschen verlangen, dass wir in den Gemeinden ein Angebot an Betreuung für die bis zweieinhalbjährigen Kinder bereitstellen. Der Ausbau von Kinderkrippen

ZAHLEN UND FAKTEN RUND UM DIE KINDERBETREUUNG IN ÖSTERREICH

333.000 Kinder
besuchen eine Betreuungseinrichtung davon rund
- **211.000** einen Kindergarten,
- **28.000** eine Kinderkrippe,
- **55.000** eine Hortgruppe und
- **39.000** Kinder eine altersgemischte Einrichtung.

5.682 Euro
wendet eine Gemeinde durchschnittlich pro Kind und Jahr für diesen Bereich (vorschulische Erziehung) auf, in Summe also mehr als **1 Milliarde Euro** (ohne Wien).

KINDERBETREUUNGSQUOTE

23 Prozent
der 0- bis 2-jährigen Kindern (2013)

90,9 Prozent
der 3- bis 5-jährigen Kinder

17.899 Gruppen
Personalstand 53.000 Personen, wenn man private und öffentliche Einrichtungen zusammenzählt. **176.000 Kinder** werden von den Gemeinden in Kindergärten oder Krippen betreut (ohne Wien).

4.999 öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen
4.934 in Trägerschaft der Gemeinden
32 erhält der Bund
33 die Bundesländer

KOMMUNALE KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN:
606 Kinderkrippen,
3.375 Kindergärten,
620 Horteinrichtungen und
333 altersgemischte Betreuungseinrichtungen auf.

Dazu kommen noch **3.336 privat geführte Einrichtungen**, die von Vereinen, Glaubensgemeinschaften oder Privatpersonen betrieben werden.

ist notwendig, daran führt sicherlich kein Weg vorbei. Da geht es einerseits um die Schaffung von Räumlichkeiten, andererseits natürlich auch ums Personal. Beide Aufgaben werden wir allein finanziell nicht stemmen können, hier brauchen wir eine Offensive, die von Bund und Bundesländern mitgetragen wird und sie auch an der Finanzierung beteiligt."

Neuordnung der Zuständigkeiten: Derzeit sind vier Ministerien, neun Bundesländer und mehr als 2000 Gemeinden für die Organisation der Kinderbetreuung zuständig. Im Zuge einer Aufgabenreform sollte man diesen Wirrwarr entflechten und die Zuständigkeit den Gemeinden übertragen. Der Bund soll Rahmenrichtlinien über Minimalstandards erarbeiten, die den Gemeinden die nötige Flexibilität lassen, um für die beste Kinderbetreuung zu sorgen. Dabei muss auch darauf Rücksicht genommen werden, dass es große regionale Unterschiede geben kann. Die Kinderbetreuung in einer Gegend mit hohem Migrantenanteil ist sicherlich anders zu organisieren als in einem Bergdorf. Zum anderen wünscht sich der Gemeindebund-Chef eine Entflechtung der Zuständigkeiten. Der Bund soll einige Rahmenrichtlinien vorgeben, die den Gemeinden Flexibilität ermöglichen. Den Rest

> Nicht jeder Pädagoge braucht einen **Hochschulabschluss**."
>
> HELMUT MÖDLHAMMER

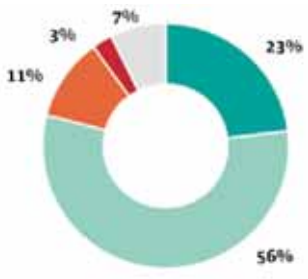
machen wir alleine. Dann würde auch das Hin- und Herschieben der Geldmittel ein Ende haben. Die Gemeinden sollen das machen und dafür auch direkt das Geld bekommen.

Verkleinerung der Gruppen: „Die Gruppen sind sicherlich zum Teil immer noch zu groß", glaubt Mödlhammer. „Hier werden wir uns mit Experten zusammensetzen und diskutieren, ob Verkleinerungen sinnvoll sind und in welchem Ausmaß."

Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung: „In diesem Bereich ist in den letzten Jahren am meisten passiert. Der Bedarf steigt aber immer weiter an. Hier stehen wir vor einem räumlichen Problem, das wir lösen müssen. Ein nicht adaptierter Klassenraum ist für Nachmittagsbetreuung oft nicht geeignet. Zum anderen brauchen wir hier eine durchdachte Lösung, wie wir diese Aufgabe personell lösen. Derzeit wird das zum Teil von den Lehrer/innen gemacht, zum Teil von Personal, das die Gemeinde anstellt. Das ist schwer zu administrieren; ich würde mir hier eine einfachere Lösung wünschen."

Aus- und Weiterbildung: „Ich bin sehr dafür, dass wir die Aus- und Weiterbildung beim Per-

QUALITÄT DER AUSBILDUNG



Die Befragungsergebnisse zeigen eindeutig, dass die Menschen mit der **Ausbildungsqualität** höchst zufrieden sind.

- Sehr gut
- gut
- ausreichend
- schlecht
- keine Angabe

NOTWENDIGKEIT AKADEMISCHER AUSBILDUNG

Die akademische Ausbildung für Führungsfunktionen in Kindergartenpädagogik finden die Befragten für sinnvoll, allerdings halten 57 Prozent eine **verpflichtende akademische Ausbildung** nicht für notwendig.

- Nicht notwendig
- Wenig notwendig
- Notwendig
- Unbedingt notwendig
- keine Angabe

sonal in der Kinderbetreuung weiter forcieren. Ich fände die akademische Ausbildung für Führungsfunktionen in Kindergartenpädagogik auch sinnvoll, ich halte nur nichts davon, dass jede Pädagogin, jeder Pädagoge einen Hochschulabschluss haben muss. Die Befragungsergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die Menschen mit der Ausbildungsqualität höchst zufrieden sind. Unsere Ausbildungsstätten haben in jeder Hinsicht das Niveau, das in anderen Ländern als akademische Ausbildung gilt. Die weiterführenden Kollegs, die es jetzt schon gibt, oder die ergänzende akademische Ausbildung für Führungskräfte sind sicherlich ein guter Weg."

Besoldungsreform: „Wir sind auch bereit, über eine Reform der Besoldung zu sprechen", so Mödlhammer. „Und dabei geht es nicht nur um die Kindergartenpädagog/innen, sondern natürlich auch um die Helfer/innen in den Betreuungseinrichtungen. Wir brauchen ein zeitgemäßes und faires Besoldungsschema, das den heutigen Arbeitsanforderungen entspricht", so Mödlhammer.

FRÜHE SPRACHFÖRDERUNG IM KINDERGARTEN

Erfolg für die Zukunft

Seit vier Jahren setzt sich das Integrationsressort des Bundes erfolgreich für die frühe sprachliche Förderung in Kinderbetreuungseinrichtungen ein. Frühzeitig ansetzende Fördermaßnahmen sind wichtig für erfolgreiche Bildungskarrieren unserer Jüngsten: Bisherige Testungen zeigten, dass fast ein Viertel aller Kinder Sprachförderbedarf aufweist. Das betrifft nicht nur Kinder, die andere Erstsprachen als Deutsch haben.

Bund und Länder investierten von 2012–2014 jährlich 5 Millionen Euro, um allen Kindern im Bildungssystem gleiche Chancen zu ermöglichen. Durch umfassende Maßnahmen konnte der sprachliche Einstieg in den Schulalltag für viele Kinder erleichtert werden.

Derzeit verhandeln Bund und Länder über die Weiterführung dieser Vereinbarung. Die Wichtigkeit und der große Bedarf an Sprachförderung in Österreichs Kindergärten führte dazu, dass die Investitionen in frühe sprachliche Förderung zukünftig auf das Vierfache erhöht werden. Dadurch sollen die bisherigen Maßnahmen ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Die Förderung kann vielseitig geschehen. Einige Kindergärten setzen etwa auf das „Rucksackprojekt", das sich auch in Deutschland und den Niederlanden schon als erfolgversprechend erwiesen hat. Dabei werden auch Eltern aktiv in die Sprachförderung ihrer Kinder einbezogen, wodurch sie schon früh ein Verständnis für das Bildungssystem und den Stellenwert von Bildung in unserer Gesellschaft entwickeln. Auch über Programme wie „Brückenbauerinnen" wird mit den Eltern ihre Rolle im Bildungsweg ihrer Kinder in Österreich erarbeitet.

Durch solche umfassenden Fördermaßnahmen wird der Grundstein dafür gelegt, Integration durch Leistung für alle möglich zu machen.

abt3@bmeia.gv.at
Abteilung Presse & Information

„Das Wichtigste aber ist, dass wir als Gemeinden in Geschlossenheit in die Verhandlungen gehen." Helmut Mödlhammer über die kommenden Finanzausgleichs- Verhandlungen.

INTERVIEW

„MANCHMAL MUSS MAN EBEN **AUF DEN TISCH HAUEN**"

Das Jahr 2015 ist erst wenige Wochen alt, für die Kommunen hat sich freilich schon einiges verändert. Was in den nächsten Monaten auf die Gemeinden zukommt, klärt KOMMUNAL im Gespräch mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

Herr Präsident, 2014 war für die Gemeinden nicht unbedingt einfach. Ihre Kurzbilanz?
Helmut Mödlhammer: Wir haben ein schwieriges, aber sehr erfolgreiches Jahr hinter uns. So wie es aussieht, werden die Gemeinden wieder mit einem kleinen Überschuss abschließen so wie schon davor. Das ist eine gewaltige Leistung, vor allem, weil gegen Jahresende die Ertragsanteile ja schon eingebrochen sind ...

Erst kürzlich haben die Gemeinden den Gemeindefinanzbericht vorgelegt. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?
Dieser Bericht ist sehr wichtig, weil er lückenlos dokumentiert, wie die Finanzlage der Gemeinden wirklich ist. Wir haben seit drei Jahren keine Defizite mehr, sondern bauen sogar Schulden ab. Nun werden sogar die ausgegliederten Gesellschaften und ihre Verbindlichkeiten ausgewiesen. Ich erinnere daran, dass die sogenannten Experten hier zusätzliche Schulden von bis zu zehn Milliarden Euro vermutet haben. Tatsächlich sind es rund 2,5 Milliarden Euro an Verbindlichkeiten. Daran sieht man, dass oft jene am lautesten schreien, die von der Sache die geringste Ahnung haben. Erfolgreiche Arbeit, wie sie die Gemeinden leisten, findet in den Medien aber kaum einen Niederschlag.

ZUR PERSON
Professor Helmut Mödlhammer (Jahrgang 1951) ist seit 1999 Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und war 28 Jahre Bürgermeister von Hallwang bei Salzburg.

Wird sich diese Entwicklung 2015 fortsetzen?
Ich bin kein Prophet, glaube aber, dass die Lage in diesem Jahr nicht leichter werden wird. Wir haben es zum einen mit sinkenden Steuereinnahmen des Bundes zu tun, die sich über

den Finanzausgleich auch auf die Gemeinden auswirken werden. Und wir stehen offenbar vor einer Steuerreform, die als Ziel die Entlastung der Menschen definiert hat. Wir sind in die Verhandlungen nicht involviert. Es ist aber zu befürchten, dass die Gemeinden an der Gegenfinanzierung mitwirken müssen. Dazu kommt, dass wir vor dem Beginn von Verhandlungen über den Finanzausgleich stehen. ...

Was sind Ihrer Meinung nach die Knackpunkte für den kommenden Finanzausgleich?
Zunächst einmal müssen wir unsere Partner Bund und Länder immer wieder überzeugen, dass wirtschaftlich gesunde Gemeinden das beste Fundament unseres Staates sind. Wer glaubt, dass das Geld, das zur Verteilung gelangt, insgesamt mehr werden wird, der irrt sich vermutlich. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass wir vorher über eine Aufgabenreform reden müssen, darüber, wer künftig welche Aufgaben erledigen soll. Da könnte man viel an unnötigem Hin- und Hergeschiebe von Geld einsparen. Wenn ich daran denke, dass allein für die Kinderbetreuung derzeit bis zu vier Ministerien und neun Länder zuständig sind und die Gemeinden das dann umsetzen und organisieren sollen, dann kann man sich leicht ausrechnen, was da an Einsparpotenzial drinnen wäre. ... Dazu kommt, dass in manchen Bereichen die Anschubfinanzierungen des Bundes bald auslaufen. Die Mitfinanzierung der schulischen Nachmittagsbetreuung und des Gratiskindergartens etwa. Das ist immer die Gefahr, dass der Bund nur ein paar Jahre mitfinanziert und sich dann zurückzieht. ... Das Wichtigste aber ist, dass wir als Gemeinden in Geschlossenheit in die Verhandlungen gehen.

Auch das neue Haushaltsrecht war in den letzten Monaten immer wieder ein großes Thema. Wie ist denn hier der aktuelle Stand?
Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, das Haushaltsrecht des Bundes in vollem Umfang in den Gemeinden einzuführen. Jeder, der sich da ein bisschen auskennt, der weiß, dass das ohne gewaltige Mehrkosten und enormen Verwaltungsaufwand nicht bewältigbar ist. Wir haben Berechnungen vorliegen, dass die Umstellung allein die Gemeinden rund 250 Millionen Euro kosten würde. Da frage ich mich schon, ob das sinnvoll ist, vor allem dann, wenn es einfachere und kostengünstigere Lösungen gibt. Ich habe mit dem Finanzminister vereinbart, dass die Gemeinden alle Zahlen liefern können, die von der EU, Finanzministerium und Rechnungshof gefordert werden. Ich hatte den Eindruck, dass er das verstanden hat. Wir haben ein Modell, das wir auch den Bundesländern ... präsentieren. Ich bin zuversichtlich, dass sich Vernunft und Wirtschaftlichkeit durchsetzen.

„DIE GEMEINDEN HABEN SEIT DREI JAHREN **KEINE DEFIZITE** MEHR, SIE BAUEN SOGAR SCHULDEN AB.“

Schlussfolgerungen aus dem Gemeindefinanzbericht 2014

In sechs von neun Bundesländern finden 2015 Kommunalwahlen statt. Wirkt sich das auf derartige Verhandlungen aus?
2015 ist ein wichtiges Wahljahr. Die Gemeindewahlen sind dabei aber kein Problem. Es sind eher die Landtagswahlen in Wien und den Bundesländern, die womöglich dazu führen, dass Sacharbeit hintangestellt wird. Das ist schade, denn der Reformbedarf ist ja da. . ...

Welche Dinge kommen sonst noch 2015 auf die Gemeinden zu?
Wir haben sehr viele große Bereiche, die wir abarbeiten müssen. Der Ausbau der Breitband-Versorgung zum Beispiel. Hier warten wir nach wie vor auf die Förderrichtlinien, damit wir mit diesem Ausbau starten können. In der Siedlungswasserwirtschaft wiederum haben wir einen Investitionsrückstau. Wir mussten monatelang mit dem Bund darum kämpfen, dass das Fördervolumen nicht massiv zurückgefahren wird. Und natürlich der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. ...

Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden derzeit beschreiben? Und was wünschen Sie sich für 2015?
Die Gesprächsbasis ist intakt, auch wenn ich mich immer wieder darüber wundere, welche Vorschläge und Themen so daherkommen. Man könnte manchmal den Eindruck gewinnen, dass nicht alle Bundespolitiker eine Vorstellung davon haben, wie es in den Gemeinden läuft und welche Dinge den Menschen wichtig sind. Insgesamt haben wir aber mit allen Ministern, die mit Gemeindethemen befasst sind, ein gutes Arbeitsverhältnis. Manchmal ist man eben nicht einer Meinung und dann muss man auf den Tisch hauen und die berechtigten Anliegen der Gemeinden etwas lautstärker vertreten. Ich wünsche mir, dass jede Ebene nicht nur auf ihre eigene Agenda Wert legt. Viele Dinge könnte man viel besser lösen, wenn man sich vorher zusammensetzt, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht. Das wäre der Sacharbeit und auch dem Reformweg, den wir alle gehen müssen, sicher dienlicher.

Redaktionell gekürzt.
Volltext auf
kommunal.at

FOTO/Gemeindebund/Stöckl

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

2000 BÜRGERMEISTER IN WIEN

Von 9. bis 11. September 2015 hat Wien mehr als 2000 Bürgermeister: Am 62. Österreichischen Gemeindetag.

Den September 2015 wird Wien so schnell nicht vergessen. Weit mehr als 2000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Gemeindemandatare aus ganz Österreich werden sich beim 62. Österreichischen Gemeindetag versammeln, um das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen und vor allem die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Schwerpunkt Finanzen. Das beherrschende Thema des 62. Gemeindetages wird das Geld sein. Die Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich werfen im September bereits einen deutlichen Schatten voraus – sie werden auf die Zukunft der Gemeinden einen entscheidenden Einfluss haben. Und nicht umsonst läuft die Fachtagung, die in der Halle C stattfindet, unter dem Motto: „Gemeinden finanzieren. Standort garantieren."

Von Bundespräsident Heinz Fischer abwärts werden sich also die Spitzen der Bundesregierung und des Staates bei der jährlichen Versammlung von Östereichs Kommunalpolitiker die Ehre geben. Warum? Weil die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die unterste Stufe des Staates stehen. Sie repräsentieren das Fundament, auf dem die Republik ruht. In der Halle D der Wiener Messe wird nicht nur die Haupttagung stattfinden, auch der traditionelle Galaabend wird hier über die Bühne gehen.

Das zweite Hauptereignis findet dagegen in der Halle C statt, nur eine Tür weiter, dafür aber drei Tage lang, von 9. bis 11. September. Es ist die Kommunalmesse 2015 unter dem Motto „Lebensräume Zukunft". Mehr als 200 Aussteller aus dem In- und Ausland werden ihre Produkte den Delegierten aus den 2102 Gemeinden (seit 1. Jänner 2015 gibt es wegen der Zusammenlegungen in der Steiermark ja rund 250 Gemeinden weniger). Aber nichtsdestotrotz repräsentieren die kleinen und mittleren Gemeinden in Österreich rund 70 Prozent der Bevölkerung – und sie sind eine wirtschaftliche Großmacht: Sie sind eindeutig und unwidersprochen der größte öffentliche Investor in diesem Land.

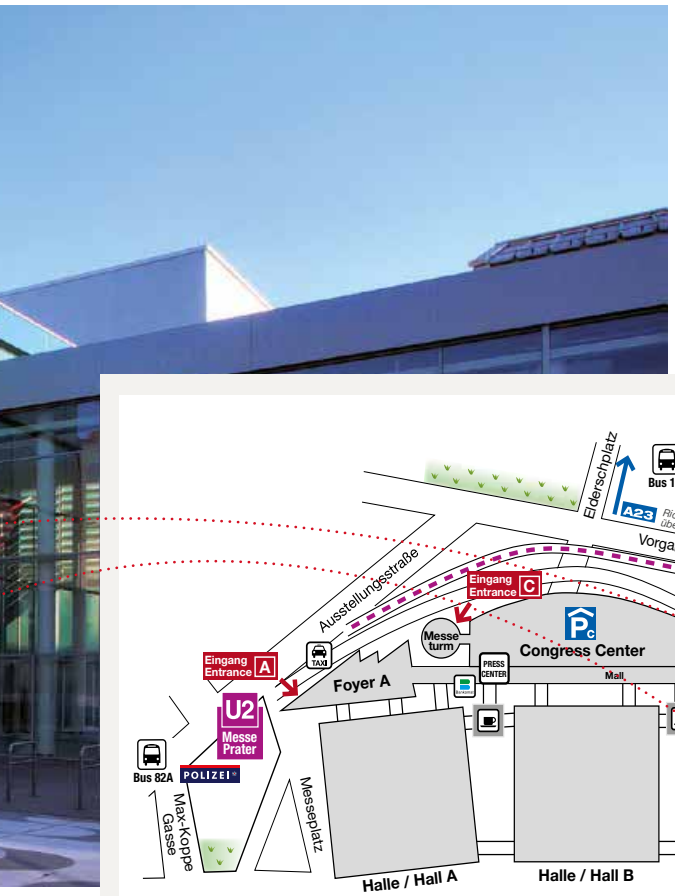
Die Aussteller der Kommunalwirtschaft werden auch heuer ihre innovativen Lösungen für die Gemeinden präsentieren. Im direkten Erfahrungsaustausch erhalten die Delegierten aus den Gemeinden einen kompakten Überblick über die besten Produkte und Dienstleistungen für Gemeinden. Die Praktiker unter den Besuchern können die neuesten Produkte praktisch testen. Unbezahlbar ist allein der Kompetenzgewinn durch die persönliche Fortbildung. Die schon traditionelle Fachtagung, bei der sich Top-Vertreter der Regierung der Diskussion mit den Gemeindevertretern stellen, findet auch heuer wieder in der Halle C mitten in der Messe statt.

Ein weiterer nicht unwesentlicher Grund für den Besuch der Kommunalmesse 2015: Die großartige Stimmung bei den Events und an den Ständen.

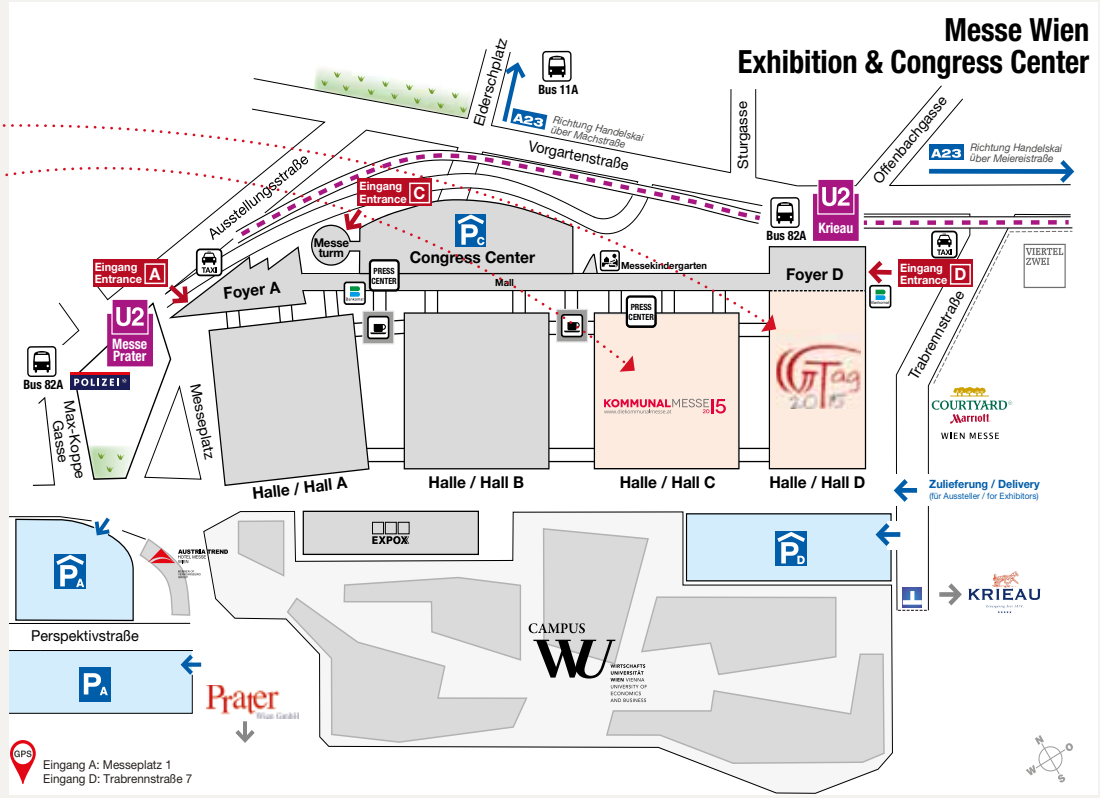
LINKS ZUM THEMA

www.diekommunalmesse.at

www.gemeindebund.at/gemeindetag



KOMMUNALMESSE 2015
www.diekommunalmesse.at



„Für Gemeinden gibt es **modernste Angebote.** Mich interessiert das alles sehr."

Bundespräsident Heinz Fischer,
bei der Kommunalmesse 2014 in Oberwart

LÄNDLICHER RAUM

Strategien & Herausforderungen

Gemeinden werden sich künftig intensiver und professioneller um ihre Standortentwicklung kümmern müssen. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Gemeinden des ländlichen Raumes macht eine zielorientierte Aktion von Ländern, Gemeinden und Regionen immer wichtiger.
Die Abwanderung in städtische Gebiete und die Entleerung von ganzen Landstrichen sind die Folge. Daher ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums zu planen und sicherzustellen.

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE
22. bis 24. Juli 2015

5 GUTE GRÜNDE FÜR DEN BESUCH DER KOMMUNALEN SOMMERGESPRÄCHE 2015

1 NETZWERKEN Spitzenvertreter der Kommunalpolitik Österreichs treffen auf Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft.

2 INFORMATION In zahlreichen Fachvorträgen geben anerkannte Experten fundierte Informationen zu den Problemstellungen der Gemeinden.

3 DISKUSSION Alle Argumente werden gehört – manchmal gefolgt durch emotionale, aber auch lehrreiche Diskussionen.

4 WISSEN Praktiker und Wissenschafter leiten Workshops und halten Vorträge, Rüstzeug für jeden Gemeindevertreter, jede Gemeindevertreterin.

5 GESELLIGKEIT Abseits der Gespräche können sich die Teilnehmer in ungezwungenem Rahmen dem Gedankenaustausch widmen.

FOTO/Grafik/Messe Wien

ZAHLEN ÜBER GMÜND UND DAS WALDVIERTEL

7377
Einwohner: 1961 hatte Gmünd 7377 Einwohner, 1991 waren es 6028, ein Minus von 1349. Der Tiefststand war am 1. Jänner 2014 mit 5324 Einwohner erreicht, am 1. Jänner 2015 hatte Gmünd 5406 Einwohner

3 Millionen
Grenzübertritte: Während der Zeit des Eisernes Vorhangs passierten jährlich 6000 Menschen die Grenze, später waren es dann schon drei Millionen. Heute, bei offenen Grenzen, lässt sich das nicht mehr feststellen.

5003
Arbeitsplätze gibt es in Gmünd

68.000
Nächtigungen: Die Zahl der Nächtigungen im Tourismus stieg von 15.550 im Jahr 2006 auf 68.000 im Jahr 2014. In den vergangenen Jahren kamen 2,5 Millionen Touristen nach Gmünd.

LOKALAUGENSCHEIN

WIR SIND NICHT MEHR **DAS ENDE DER WELT**

Die Geschichte ist in einer Grenzstadt spürbarer als sonst irgendwo. Vor mehr als 25 Jahren war in Gmünd im nö. Waldviertel die Grenze nach Tschechien dicht, vor 20 Jahren folgte der EU-Beitritt. Gmünd liegt nun nicht mehr am Ende der Welt, sondern ist ins Herz Europas gerückt.

TEXT/Carina Rumpold

Das Waldviertel ist österreichweit bekannt für die periphere Lage und die dadurch bedingte Abwanderung. Der geografische Grenzübergang von Gmünd nach České Velenice (ehemals Gmünd 3), der symbolhaft für die wechselvolle Geschichte der ganzen Region steht, ist Ausgangspunkt für die Beantwortung der Frage, ob die Assoziationen immer noch gerechtfertigt sind.

Beim Fall des Eisernen Vorhangs war Otto Opelka Finanzstadtrat, später versuchte er als Bürgermeister die Möglichkeiten der Grenzöffnung zu erschließen. Wie es damals war, kann er genau sagen: „Wir waren hier wirklich am Ende der Welt." Gmünd wurde durch den Eisernen Vorhang ähnlich wie Berlin zerrissen. Die Grenze lässt sich heute einfach „per pedes" überschreiten – früher eine Unmöglichkeit. Wirtschaftlich stand die Region sehr schlecht da, eine große Abwanderungswelle prägte die Zeit.

„Als die Grenze geöffnet wurde, kamen die Menschen am nächsten Tag in Scharen zu uns herüber. Aber sie wagten sich nur bis über die Brücke, sahen sich um und gingen wieder zurück", erinnert sich Opelka mit einem Schmunzeln. Mit besonderer Freude denkt er an das Fest zurück, das am Samstag danach stattfand: „Von drüben brachten die Menschen Bier und wir feierten das neue Zusammensein gemeinsam am Gmünder Stadtplatz."

Diese Aufbruchsstimmung wollte die Politik für einen Aufschwung nutzen. Noch vor dem EU-Beitritt wurde 1993 der erste internationale Wirtschaftspark gegründet. Die Idee war, dass Unternehmen die Vorteile beider Seiten nützen könnten. „Die einzige Firma, die diese Idee wirklich umgesetzt hat, ist die Firma Kinshofer: Die Produktionshalle steht auf tschechischer und die Verwaltungsbüros auf österreichischer Seite. Beide Hallen sind nur wenige Schritte voneinander getrennt", erzählt Opelka, der bis 2012 Bürgermeister von Gmünd war.

Für seinen Nachfolger Andreas Beer – er war 1989 vier Jahre alt – gehören die offene Grenze und die bisher errungene Verflechtung bereits fix zum Bild der Stadt: „Wir profitieren bis heute von den Möglichkeiten, die uns die Grenzöffnung und der EU-Beitritt gebracht haben. Durch unsere Lage im Herzen Europas haben wir immer wieder Anfragen großer Betriebe, die sich im grenzüberschreitenden Wirtschaftspark ansiedeln wollen, weil die Wegstrecken unabhängig davon, dass wir verkehrsinfrastrukturmäßig noch ein wenig benachteiligt sind, keine schlechten sind. Wir haben ungefähr gleich weit nach Wien wie nach Linz oder in den tschechischen Zentralraum nach Budweis oder Prag.

Zwei Generationen, die auf die Entwicklung in den letzten 20 bis 30 Jahren unterschiedliche Blickwinkel haben. Otto Opelka, der bis 2012 Gmünds Geschicke leitete, und sein Nachfolger Andreas Beer.

„Wir wachsen wieder zusammen.“ Monika Hag, Wirtin im „Hopferl“

Freute sich, nach der Grenzöffnung darüber, in Gmünd wieder tschechisch zu hören Hertha Huber, Pensionistin.

Walter Müllauer, Filialleiter „Vögele“: „15 bis 20 Prozent unserer Kunden kommen aus Tschechien. Der Kundenstamm reicht dabei bis Prag.“

FOTOS/Gemeindebund

„Wir brauchen gute Verkehrsnetze. Es muss möglich sein, **innerhalb einer Stunde** von Wien nach Gmünd zu kommen.“

Andreas Beer,
Bürgermeister von Gmünd

Außerdem haben wir uns im Tourismus durch die Eröffnung des Sole-Felsenbads in den letzten zehn Jahren extrem gut entwickelt. Dieses Projekt wurde beispielsweise durch EU-Fördermittel zu 25 bis 30 Prozent gestützt. 160 Arbeitsplätze konnten geschaffen werden.“

Das Potenzial der Zusammenarbeit ist aber noch lange nicht ausgeschöpft. Nach einem Vorfall, bei dem ein verletzter Österreicher an der Grenze den österreichischen Rettungskräften übergeben werden musste, weil die tschechischen nicht bis ins Gmünder Krankenhaus fahren durften, wurde der Startschuss für die nähere Zusammenarbeit im Gesundheitssektor gegeben, wie Bürgermeister Beer erzählt: „Eines der wichtigsten Zukunftsprojekte ist sicherlich das grenzüberschreitende Krankenhaus, wo Bürger beider Länder versorgt werden können.“ Die Feuerwehren pflegen seit vielen Jahren enge Kooperationen. Im kulturellen Bereich haben sich die Verflechtungen ebenso intensiviert: Seit zehn Jahren findet erfolgreich das Kulturfestival „Übergänge – Prechody“ statt. Weitere Initiativen und Projekte haben sich daraus ergeben.

Ein Projekt mit Symbolcharakter, das aber leider aufgrund des Auslaufens der letzten ETZ (Europäische Territoriale Zusammenarbeit)-Förderperiode nicht mehr gefördert wurde, war das

Jugendzentrum am ehemaligen Grenzübergang. „Der Gedanke ist, bereits bei den Jugendlichen das Zusammenwachsen zu fördern. Aus einem Ort der Trennung soll ein Ort der Begegnung werden. Dieses Projekt werden wir auf jeden Fall im Zuge der neuen Förderperiode weiter forcieren."

Profitiert hat aber vor allem die regionale Wirtschaft. Walter Müllauer, Filialleiter der Bekleidungsfirma Vögele, erzählt, dass inzwischen 15 bis 20 Prozent der Kunden aus dem nahen Tschechien kommen: „Wir inserieren kaum. Das ist reine Mundpropaganda, die uns die Kunden bringt. Vor allem an Samstagen kommen die Kunden bis von Prag hierher, um zu shoppen." Aktiv um Kunden aus Tschechien bemüht man sich im Sportgeschäft Stöckl. „Wir schalten regelmäßig Werbung im ganzen mährischen Raum", erzählt Heinrich Stöckl, der sich aber auch noch mehr Unterstützung von Seiten der Wirtschaftskammer wünschen würde. Stöckl sieht noch reichlich Entwicklungspotenzial: „Wir können hier noch so fleißig sein, wenn es zu langwierig ist, ins Waldviertel zu kommen, dann sind unsere Potenziale begrenzt."

Damit spricht er auch ein Herzensanliegen von Bürgermeister Andreas Beer an: „Wir bieten eigentlich ein umfassendes Angebot in der Daseinsvorsorge – das beginnt bei der Kinderbetreuung, geht über die Einkaufsmöglichkeiten, das Freizeitangebot bis hin zur medizinischen Versorgung. Aber wir brauchen gute Verkehrsnetze, um wieder attraktiv zu sein. Es muss möglich sein, innerhalb einer guten Stunde von Wien in Gmünd zu sein. Die Investitionen, die hierfür nötig wären, sind im Vergleich zu so manchem Tunnelbau gering und würden einen unbedingt notwendigen Impuls für die ganze Region bringen."

Es bleibt also noch viel zu tun, bis das Waldviertel den Anschluss an die restlichen Regionen in Niederösterreich wieder geschafft hat. Rückblickend ist der Altbürgermeister aber stolz: „Aus fester Überzeugung und ruhigen Gewissens kann ich sagen, dass die Region Gmünd von der Grenzöffnung und dem EU-Beitritt stark profitiert hat. Man muss nur bedenken, dass die Hälfte unseres Einzugsgebiets an der Grenze liegt. Heute kann ich mit Stolz sagen, dass ich Waldviertler bin."

„Ich finde es schade, dass wir in der Schule die Sprache nicht gelernt haben." Katrin Pilz, Geschäftsführerin der Bäckerei Pilz.

Heinrich Stöckl, Eigentümer „Sport Stöckl": „Um die tschechischen Kunden bemühen wir uns aktiv durch Inserate im mährischen Raum."

Das sagt die Bevölkerung von Gmünd

Walter Müllauer, Filialleiter „Vögele": „15 bis 20 Prozent unserer Kunden kommen aus Tschechien. Der Kundenstamm reicht dabei bis Prag."

Heinrich Stöckl, Eigentümer „Sport Stöckl": „Wir profitieren von der Grenzöffnung, würden uns aber eine bessere Verkehrsanbindung auf österreichischer Seite wünschen. Um die tschechischen Kunden bemühen wir uns aktiv durch Inserate im mährischen Raum."

Monika Hag, Wirtin im „Hopferl": „Die anfänglich nicht so positive Stimmung hat sich gewandelt. Unsere Kleinen lernen bereits im Kindergarten Tschechisch. Wir wachsen eindeutig zusammen und darauf haben wir uns auch im Betrieb eingestellt: Es gibt tschechische Speisekarten und wir beschäftigen drei tschechische Mitarbeiter."

Hertha Huber, Pensionistin: „Als die Menschen nach der Grenzöffnung in Scharen nach Gmünd gekommen sind und wir wieder die tschechische Sprache in den Kaffeehäusern und auf der Straße hörten, das war schon etwas Besonderes."

Katrin Pilz, Geschäftsführerin der Bäckerei Pilz: „In unserer Bäckerei haben wir an den Sonn- und Feiertagen viele Stammgäste aus Tschechien. Ich finde es schade, dass wir in der Schule die Sprache nicht gelernt haben. In unserem Betrieb haben wir uns auf die Gäste aus dem Nachbarland sehr gut eingestellt. Wir haben unsere Karten zum Beispiel ins Tschechische übersetzen lassen. Zu uns lockt die Gäste nicht der niedrige Preis, sondern die große Auswahl und die Qualität. Die offene Grenze gehört für mich einfach dazu und ich denke, dass wir auch vom EU-Beitritt sehr profitiert haben."

CARINA RUMPOLD IST REDAKTEURIN BEI KOMMUNALNET
carina.rumpold@gemeindebund.gv.at

SIEDLUNGSWASSERWIRTSCHAFT

KEIN KEIL ZWISCHEN **STADT UND LAND**

Die Dotierung der Siedlungswasserwirtschaft für 2015 und 2016 soll heuer im März beschlossen werden. Wichtig ist nur, dass auf den ländlichen Raum und seine Anforderungen nicht vergessen wird.

TEXT/Nikolaus Drimmel

Der geplante Beschluss im März 2015 entspricht den Abreden zum Finanzausgleich, wo dieses Vorgehen immer wieder einvernehmlich vereinbart wurde. Mit der Verlängerung des Finanzausgleiches musste eben auch die Änderung des Umweltförderungsgesetzes (UFG) als so genannte „akzessorische" Finanzausgleichsmaterie einhergehen. Die Weiterführung der Dotierung entspricht damit nicht nur der Forderung des Gemeindebundes, sondern auch dem Arbeitsprogramm der Bundesregierung. Dieses sieht nämlich unter dem Motto „Zukunft ländlicher Raum" ausdrücklich eine „ausreichende Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft" vor und verweist dabei sogar auf das Ergebnis der Investitionskostenerhebung, die über den Gemeindebund erfolgte.

Nur beiläufig sei erwähnt, dass nach dieser Erhebung zwar die Dotierung von mehr als den nunmehr im Initiativantrag eingebrachten 100 Millionen Euro pro Jahr sinnvoll gewesen wäre, aber das Regierungsprogramm grenzt seine Zusage auch nach den budgetären Möglichkeiten ein.

Trotz der späten Umsetzung, die UFG soll rückwirkend mit 1. Jänner 2015 in Kraft treten, muss in den nächsten Schritten darauf geachtet werden, dass die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft auch ein Instrument bleibt, das dem ländlichen Raum insoweit entgegenkommt, dass auch Menschen in topographischen Ungunstlagen die Möglichkeit erhalten, mit zumutbaren Gebühren eine umweltverträgliche Wasserwirtschaft zu erhalten. Dies darf kein Privileg der Agglomerationen – also der Ballungsräume – werden. Auch wenn durchaus in den kommenden Jahren Investitionen in Sanierung ein Thema sein wird, darf etwa nicht auf jene Gebiete vergessen werden, die wegen ihrer schwierigen Bodenverhältnisse (Stichwort böhmische Masse) noch einen Aufholbedarf bei der Erstausstattung haben. Auch ist es kontraproduktiv, jetzt den ländlichen Gemeinden die Förderung von sinnvollen Neuerschließungen zu streichen, wenn ähnliche Projekte in den Agglomerationen in den letzten Jahren gefördert wurden. Ist das nicht eine Potenzierung der ohnedies schon bestehenden Ungleichheit und eine Wettbewerbsverzerrung zwischen Stadtregionen und ländlichen Raum? Wir sollten auch von Förderung der Siedlungswasserwirtschaft keine Lösung des Problems des Baulandüberhanges in Österreich erwarten, dies ginge zu Lasten der benachteiligten Regionen und Ungunstlagen. Für eine effektive Baulandmobilisierung müssen den Gemeinden hingegen andere Instrumente als die bisher eher zahnlose Vertragsraumplanung in die Hand gegeben werden. Die Bundesregierung hat die Dotierung der Siedlwungswasserwirtschaft in ihrem Regierungsprogramm eindeutig als Thema der „Zukunft des Ländlichen Raumes" verortet, das sollte bei der Umsetzung der Förderung auch so bleiben.

„Eine **umweltverträgliche Wasserwirtschaft** darf kein Privileg der Ballungsräume werden."

NICOLAUS DRIMMEL IST JURIST IM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND UND LEITET DIE ABT. RECHT UND INTERNATIONALES

nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

FOTO/shutterstock

HAUSHALTSRECHTSREFORM

UMSTELLUNG AUF DOPPIK – **WIR KÖNNEN MEHR**

Erfahrungsbericht aus den Arbeitsgruppen in Salzburg und Kärnten, wo kommunale Praktiker mehrerer Gemeinden an einer personell und finanziell bewältigbaren Reform arbeiten, die die Vorzüge von Doppik und Kameralistik miteinander verbindet.

In Salzburg beschäftigen wir uns mit engagierten Kollegen schon seit längerem mit der Weiterentwicklung unseres Rechnungswesens. Das war unser eigenes Anliegen, noch lange bevor im Herbst 2013 der Bund seinen Vorschlag gemacht hat. Diese Arbeit macht Sinn und Spaß. Dieser Spaß wäre mir beinahe vergangen, als bekannt wurde, dass über die Gemeinden hinweg die Reform unseres Rechnungswesens nach dem Muster des Bundes „verordnet" werden sollte. Was man da hörte, klang bedrohlich, und man hätte tatsächlich glauben können, dass wir selbst mit unserem Können und Tun ein Teil des Problems sind. Koordiniert vom Österreichischen Gemeindebund wurden in Salzburg und Kärnten Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen nun zielgerichtet unser aller Gemeinde-Know-how eingebracht wird und jene Fragen bearbeitet werden, die für die praktische Umstellung des Rechnungswesens von besonderer Bedeutung sind. Dabei ist die Abstimmung mit den jeweiligen Ländern und insbesondere auch mit den Gemeindeaufsichten besonders wertvoll. In Salzburg arbeiten auch die Fachkollegen der Stadt Salzburg mit.

Zwischenzeitig wissen wir, dass unser Wissen um das bestehende Rechnungswesen auf Basis der aktuellen VRV die wichtigste Voraussetzung für die Umstellung ist und dass wir bei einer „harten Umstellung" auf das Dreikomponentensystem des Bundes zwar einiges verbessern, aber gleichzeitig sehr viel an Qualität der bisherigen Darstellungsform von Voranschlag und Rechnungsabschluss gemäß VRV 1997 verlieren. Durch das Ergänzen um den bisher fehlenden Vermögenshaushalt können wir eine Darstellungsqualität erreichen, die weit über die Vorgaben des Bundes hinausgeht. Entzieht man uns aber die bestehenden IT-Strukturen – und es gibt bis heute von keinem EDV-Anbieter eine fertige Alternative –, so werden die Kosten der Umstellung nicht zu beherrschen sein.

Im Kern sieht der Vorschlag vor, die bisherigen Strukturen nicht über Bord zu werfen und daraus alle drei Komponenten des vom Bund geforderten erweiterten doppischen Systems abzuleiten. Dadurch werden wertvolle Detailinformationen erhalten, etwa auf Ansatzebene oder in Form des außerordentlichen Haushalts als Steuerungsinstrument. Die fachliche Richtigkeit und Geschlossenheit dieses Weges wurde uns kürzlich auch vom Finanzministerium und seiner in den Verhandlungen beigezogenen Expertin attestiert. Tatsächlich neu ist also vorwiegend die vollständige Erfassung und Bewertung des Vermögens. Dafür wurde bereits ein Modell entwickelt, das eine fachlich

3 **KOMPONENTEN-RECHNUNG**

Die **Vermögensrechnung (Bilanz)** stellt die tatsächliche Vermögens- und Schuldenlage dar.

Die **Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)** informiert über Erträge und Aufwendungen einer Periode.

Die **Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung)** ist der bisherigen Haushaltsrechnung vergleichbar. Sie weist weiterhin den Geldverbrauch (Ein-/Auszahlungen) aus.

„Tatsächlich neu ist die vollständige Erfassung und Bewertung des Vermögens."

Herbert Schober

abgesicherte Bewertung ohne externe Gutachten für alle Vermögenskategorien ermöglicht. Ergänzend wäre ein Beteiligungsnachweis über die Ausgliederungen sinnvoll. Der Ergebnis- und der Finanzierungshaushalt werden in Form des Haushaltsquerschnitts dargestellt, der in einigen Punkten aussagekräftiger gegliedert wird.

Was wünschen wir uns für die Gemeinden?
Wir haben in den Arbeitsgruppen nunmehr die Überzeugung gewonnen, dass wir aus eigener Kraft und mit den personellen und finanziellen Ressourcen eine Reform unseres Rechnungswesens zustande bringen können, die qualitativ über die Zielvorgaben des Bundes deutlich hinausgeht. Wir arbeiten über Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg zusammen, um zu einem gemeinsamen Verständnis von Begriffen und Vorgehensweisen zu kommen. Wir wünschen uns, dass man uns Praktiker arbeiten lässt und uns nicht aus Unwissenheit um die tatsächlichen Verhältnisse unser Werkzeug aus der Hand nimmt.

HERBERT SCHOBER
ist Leiter der Finanzverwaltung Marktgemeinde Grödig.
finanz@groedig.at

KOMMENTAR

EINE REPLIK ZUM BERICHT „NORMENUNWESEN" AUS KOMMUNAL 12/2014

Am Gängelband **der Normen**

Nachdem Leser in Reaktion auf die Glosse „Am Gängelband der Normen" (KOMMUNAL 12/2014) berichtet haben, dass Behörden nach wie vor Gemeinden anweisen, Hinweisschilder mit der Aufschrift „familienfreundliche gemeinde" zu entfernen, werden nunmehr all jene Grundlagen aufbereitet, die endgültig Klarheit verschaffen sollten.
Ausgangspunkt ist die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs vom 20. Dezember 2002 [VwGH, ZI. 2002/02/0202], in der dieser festgestellt hat, dass die Kombination des Hinweisschildes „familienfreundliche Gemeinde" mit dem Hinweis „Ortstafel" einen Kundmachungsmangel bewirke, weshalb die Geschwindigkeitsbeschränkung keine Geltung habe.
Tatsächlich erlaubte die ältere Rechtslage (§ 53 Z. 17a letzter Satz StVO i.d.F. BGBl. I Nr. 128/2002) lediglich, dass eine grüne Tafel mit der weißen Aufschrift „Erholungsdorf" unterhalb der Ortstafel angebracht werden kann.
Infolge dieses Erkenntnisses beseitigte der Gesetzgeber mittels Initiativantrag rasch diesen Mangel [BGBl. I Nr. 59/2003]. In der Begründung des Antrages, die auch in den Bericht des Verkehrsausschusses übernommen wurde, heißt es unter Bezugnahme auf das eben zitierte Erkenntnis des VwGH: „Da es keinen sachlichen Grund dafür gibt, [...] andere Schilder [...] zu verbieten, soll durch die Änderung des § 53 Abs. 1 Z 17a StVO in Richtung einer freieren Formulierung Raum auch für andere Zusätze geschaffen werden, die in ähnlicher Weise die betreffende Gemeinde näher charakterisieren."
Aller Klarheit zum Trotz (*Anm.: der Ausgangsfall war ein Hinweisschild mit der Aufschrift „familienfreundliche Gemeinde"*) sind manche Behörden immer noch der Meinung, dass ausschließlich in grüner Farbe gehaltene Schilder mit weißer Farbe zulässig sind, und zwingen Gemeinden, andersfarbige Schilder, so insbesondere Schilder mit der Aufschrift „familienfreundliche gemeinde" abzumontieren.
Da sich die Behörden auf die RVS 05.02.12 „Beschilderung und Wegweisung im untergeordneten Straßennetz" – Ausgabe 1. Juli 2009 (!) stützen, in denen normiert ist, dass der Tafelgrund grün und die Schrift weiß ist, wäre es angebracht, die von der Forschungsgesellschaft Straße, Schiene, Verkehr (FSV) erarbeiteten ebengenannten RVS (Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen) zu aktualisieren.
Schlussendlich sei erwähnt, dass das BMVIT mittels Schreiben vom 2. Februar 2012 klargestellt hat, dass es ebenso zulässig ist, eine ähnliche, die Gemeinde näher beschreibende Tafel anzubringen, wobei in diesem Fall die Farbe nicht vorgegeben ist.

bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

ÖREK-PARTNERSCHAFT

RISIKOMANAGEMENT FÜR NATURGEFAHREN

In einem gebirgigen Land wie Österreich treten Phänomene wie Steinschläge, Felsstürze oder Bergstürze an fast allen steilen Hängen in Erscheinung.

Für die Raumentwicklung im Bergland stellen Naturgefahren eine substanzielle Bedrohung dar. Bisher fehlte in Österreich zu dieser Art von Naturgefahren ein technisch und organisatorisch integriertes System des Risikomanagements, das mit den bestehenden Strukturen im Hochwasser- oder Lawinenschutz vergleichbar wäre.

Ein solches Risikomanagement, das auch die Raumordnung berücksichtigt, steht vor einer komplexen Herausforderung: Einerseits steigt der Wunsch und das Bedürfnis der Bevölkerung, geschützt zu werden, andererseits häuft sich das Schadenspotenzial innerhalb von Gefahrenzonen und zuletzt konnten auch Veränderungen des Gefahrenpotenzials im Naturraum beobachtet werden. Darüber hinaus ist in Österreich eine verstärkte Bautätigkeit in Hanglagen zu beobachten.

Von strategischer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die enge Kooperation zwischen der „gefahrenbeurteilenden" Fachplanung (Geologie, forstliche Raumplanung) einerseits und der „risikosteuernden" Raumplanung der Länder und Gemeinden andererseits. Als zentrales und verbindendes Element zwischen diesen beiden Fachwelten der raumbezogenen Planung sind die meist nur vor Ort vorhandenen Informationen über Gefahren von Felsstürzen, Steinschlägen oder ähnlichen Phänomenen nach einheitlichen Qualitätsstandards anzusehen.

> „Essenziell für den Erfolg der Partnerschaft ist insbesondere die **Beteiligung der Gemeinden.**"

Die im Rahmen des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes (ÖREK) laufende Partnerschaft hat die Entwicklung und Umsetzung eines integrierten Risikomanagements zu Naturgefahren in der Raumplanung zum Ziel, die sich an die Umsetzung der Europäischen Hochwasserrichtlinie anlehnen soll. Durch harmonisierte Leitlinien sollen die verschiedenen Sektoren zusammengeführt und damit die Planung erleichtert werden.

Die ÖREK-Partnerschaft „Risikomanagement" wurde vom BMLFUW initiiert und stieß unter den zahlreichen Experten und Expertinnen aus Fach- und Raumplanung sofort auf großes Interesse. Sieben Bundesländer, zahlreiche Institutionen des Bundes (Geologische Bundesanstalt, Bundesamt für Wald, Wildbach- und Lawinenverbauung), der Länder (Geologie, Forst, Wasser) sowie namhafte Experten und Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis konnten zur Mitwirkung gewonnen werden. Im Sinne der strategischen Konzeption einer ÖREK-Partnerschaft ist es weiters gelungen, Vertreter und Verttreterinnen aus Fachplanung und Raumplanung in ausgewogener Anzahl am Prozess zu beteiligen.

Essenziell für den Erfolg der ÖREK-Partnerschaft ist insbesondere die Beteiligung der unmittelbar vom Risikomanagement betroffenen Gemeinden. Ziel ist die Erstellung fachpolitischer Empfehlungen.

KONTAKT ZU DEN VERFASSERN

Dipl.-Ing. Dr. Florian Rudolf-Miklau
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung IV/5 – Wildbach- und Lawinenverbauung
Marxergasse 2, 1030 Wien
florian.rudolf-miklau@die-wildbach.at

MMag.a Elisabeth Stix
Österreichische Raumordnungskonferenz
Austrian Conference on Spatial Planning
Ballhausplatz 1
1014 Wien
stix@oerok.gv.at

Siedlungen in den Alpentälern sind direkt von Naturgefahren bedroht.

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH

Einreichen bis 8.3.2015!

VIKTUALIA AWARD 2015

Sie haben ein gutes Projekt oder eine innovative Idee zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen? Dann sind Sie beim VIKTUALIA Award richtig! Mitmachen können Unternehmen, soziale Organisationen, Gastronomie, Gemeinden, Schulen, Einzelpersonen und viele mehr.

Informationen unter **bmlfuw.gv.at/lebensmittelsindkostbar**

LEBENSMITTEL SIND KOSTBAR!

Entgeltliche Einschaltung

NEUE BROSCHÜRE

„ROCK'N'ROLL" AM BERGHANG

In einer neuen Broschüre informieren Experten und Expertinnen der Wildbach- und Lawinenverbauung über das Thema Steinschlag. Geologische Ursachen, Auslösung und Abläufe der verschiedenen Felsstürze und die Darstellung von Gefahren werden in Simulationen erklärt und durch Abbildungen unterstützt. Die Darstellung von Steinschlägen, Felsstürzen und Bergstürzen in Gefahrenhinweiskarten und Gefahrenzonenplänen wird thematisiert, es wird auf die Risiken und Schäden durch Steinschlag eingegangen und verschiedene Maßnahmen zum Schutz werden aufgezeigt. Außerdem werden rechtliche Grundlagen und die Rollen der verschiedenen Akteure und Akteurinnen im Schutz vor Steinschlag erläutert. Abgerundet werden diese Infos noch mit Zahlen und Fakten zum Thema Steinschlagschutz in Österreich sowie einer Auflistung der zuständigen Stellen für geologische Risiken.
Mit dieser Broschüre, die im ersten Quartal 2015 erscheint, wird den Gemeinden ein übersichtlicher Ratgeber zur Verfügung gestellt, welcher über Ursachen, Risiken und den Umgang mit Steinschlaggefahren aufklärt und informiert.

WEB-TIPP
„Rock 'n' Roll am Berghang" ist der Titel der neuen Broschüre der Wildbach- und Lawinenverbauung, die als übersichtlicher Ratgeber für Gemeinden und Interessierte zum Thema Steinschlagschutz in Österreich dient und auf **www.bmlfuw.at** zum Download bereit steht.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMFLUW

GESTALTEN & ARBEITEN

SMART CITIES
Wundermittel oder bloß Big Business?
Seite 34

INTERVIEW
Zukunftsforscher Matthias Horx im Gespräch
Seite 35

CROWDFUNDING & CO
Zukunftsbereiche für Gemeinden
Seite 36

WIE G'SCHEIT IST SMART?

Smart City gilt als Lösung für Herausforderungen der Städte im 21. Jahrhundert. Doch es gibt auch kritische Stimmen. Sollten Gemeinden sich an diesem Konzept orientieren oder sich auf die Suche nach Alternativen machen?

„Gemeinden sind sehr unterschiedlich, deshalb sollte man mit generellen Trends vorsichtig sein", meint Matthias Horx.

TEXT / Katharina Lehner, Helmut Reindl

Die Smart City oder intelligente Stadt gilt als das Zukunftsmodell der Stadtentwicklung. Gemeint sind damit Entwicklungskonzepte, die Städte durch den Einsatz digitaler Technologie effizienter, vernetzter und damit fortschrittlicher machen. Smart City ist somit eine Antwort auf Herausforderungen, mit denen Städte spätestens seit der Jahrtausendwende konfrontiert sind: Bevölkerungswachstum und demografischer Wandel, Umweltverschmutzung, Ressourcenknappheit, Deindustrialisierung und vieles mehr. Die Lösung: Wirtschaft, Verwaltung, Umwelt, Politik und Infrastruktur werden durch Vernetzung und innovative Ideen „smart". Die Stadtreinigung würde nur dann „ausrücken", wenn es wirklich dreckig ist. Busse würden genau dann kommen, wenn Leute bei der Station stehen. Eine Wohnung würde nur genau dann geheizt, wenn es wirklich nötig ist. Eine traumhafte Vorstellung für Verwaltungen? Nicht zuletzt deswegen hat die EU zur Förderung das „Horizont 2020"-Projekt initiiert.

LINKS ZUM THEMA

ec.europa.eu/programmes/horizon2020

Informationen zum EU-Programm für Forschung und Innovation

Doch am Konzept der Smart City gibt es auch Kritik. Für den amerikanischen Autor Adam Greenfield sind Smart City-Projekte für die große Technologiekonzerne wie IBM oder Microsoft ein großes Geschäft, bei dem sie ihre neuen Produkte und Dienstleistungen teuer verkaufen können. In seiner 2013 erschienenen Streitschrift „Against the Smart City" kritisiert er vor allem die Technologiehörigkeit und dass die Bewohner in den Plänen keinen Rolle zu spielen scheinen. „Effizienz, Produktivität und antizipierte Problemlösungen mögen interessante Ziele für autoritäre Behörden in Singapur und Sales Manager bei IBM sein. Städte sind aber schon immer mehr gewesen als Kommerz", schreibt der Evgeny Morozov, der sich mit politischen und sozialen Auswirkungen von Technik beschäftigt, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (7. Juli 2014). Die Prinzipien einer Smart City könnten durchaus auf ländliche Gebiete übertragen werden, allerdings besteht so die Gefahr, dass aus ländlichen Gemeinden kleinere Vorstädte werden, die die Technologiehörigkeit und fehlende Partizipation gleich mit übernehmen.

„KOOPERATION IST **DAS A & O** JEDER REGIONALENTWICKLUNG.“

Zukunftsforscher Matthias Horx

Doch was ist nun ein Zukunftsmodell für Gemeinden und wie werden sie sich in den nächsten Jahren entwickeln? KOMMUNAL hat beim Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx nachgefragt:

Kommunal: Wie werden sich Gemeinden, vor allem kleinere Gemeinden, in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Gibt es europaweite Trends, die hier zu beobachten sind?
Gemeinden sind ja sehr verschieden, deshalb sollte man vorsichtig sein mit generellen Trends. Es gibt Gemeinden in strukturschwachen, peripheren Regionen. Es gibt welche im Speckgürtel von Großstädten, oder an den „Scharnieren“ oder peripher zwischen Wirtschaftsräumen. Allerdings gilt weiter, was wir in den letzten Jahren beobachten konnten: Große Städte werden, vor allem wenn sie starke Bildungs- und Kulturressourcen besitzen, immer attraktiver. Familien, Ältere und Kreative ziehen zunehmend in Ballungsräume mit hoher Lebensqualität. Die Städte erfinden sich im Sinne des „New Urbanism“ neu, sie werden grüner und lebendiger und vielfältiger, und das hat natürlich Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Nun brauchen wir einen „New Regionalism“.

Der ländliche Raum verliert zunehmend an Bevölkerung, während die Ballungsräume stetig wachsen. Wird dieser Trend bestehen bleiben?
Vorsicht – manche ländliche Region mit komplexer Infrastruktur gewinnt sogar dazu. Man denke an das Alpenvorland, Sylt, Rügen oder manche lebendige Klein- und Mittelstadt-Cluster. Regionen um Münster oder Vechta haben wachsende Bevölkerungen und steigende Kaufkraft, in Bayern geht es vielen Mittelzentren prima. Gute Bürgermeister und eine aktive Zivilgesellschaft können durchaus Gegen-Akzente gegen den „Megatrend Großstadt“ setzen und manchmal sogar ganze Gemeinden oder Kleinstädte „umdrehen“. Ich kenne da viele Beispiele

DAS SMART CITY COUNCIL führt seit 2011 jährlich Erhebungen des Smart City-Index durch.

NEW URBANISM ist eine Bewegung des Städtebaus der 1980er- und 1990er-Jahre. Das Prinzip dahinter ist es, Städte so zu bauen, dass nachhaltige und lebenswerte Nachbarschaften entstehen.

ZUR PERSON
Matthias Horx ist ein deutscher Trend- und Zukunftsforscher. Nach einer Laufbahn als Journalist gründete er 1998 das „Zukunftsinstitut“. Seine Bücher „Anleitung zum Zukunftsoptimismus“ oder „Das Buch des Wandels“ wurden Bestseller.

Die Gesellschaft wird in den nächsten Jahren deutlich älter werden. Welche Auswirkungen hat das auf die Kommunen?
Wenn wir Älterwerden nicht nur als „Krankheitsfall“ und „Schwäche“ definieren, kann das sogar positive Auswirkungen auf manche Kommunen haben. Schließlich sind die Älteren auch öfters kaufkraftstark, und sie ziehen gerne in die Natur, aber nur, wenn die Infrastruktur stimmt. Ältere sind heute viel fitter als früher, und deshalb ist ein höheres Median-Alter in einer Gemeinde nicht unbedingt von Nachteil.

Der Begriff „Smart Cities“ taucht immer wieder im öffentlichen Diskurs auf. Wie definieren Sie eine „Smart City“?
Es gibt einen SMART CITY INDEX. Der misst die Leistungen einer Stadt in Sachen Infrastruktur, Technologie, Mobilität, Gebäudequalität, Gesundheitsangebote, Bildung, Bürgerbeteiligung, Energie, Kreativität, Kultur etc. Wichtig ist, dass man nicht nur Technologie zum Kriterium macht: Es geht auch ganz viel um Kommunikationsfragen, um das Diskurs-Klima, um „weiche“ Faktoren wie Toleranz und ziviles Engagement.

Welche Auswirkungen hat der Trend zu „Smart Cities“ auf die Kommunen? Welche Schritte muss eine Gemeinde setzen, um „smart“ zu werden?
Da die Herausforderungen und Ressourcen sehr unterschiedlich sind, ist das schwierig, ex cathedra zu entscheiden. Aber auch Land-Regionen oder Gemeinden können ein modernes Verwaltungssystem entwickeln. Infrastrukturprobleme lassen sich zum Teil auch technologisch überwinden. Zum Beispiel im Verkehr: Was in den Städten als Carsharing-Ökonomie funktioniert, könnte auf dem Land Verkehrsprobleme lösen helfen. Mit intelligenten Sammeltaxis. Oder mobilen medizinischen Dienstleistungen. Vernetzung ist das zentrale Motiv intelligenter Systeme.

Werden auch kleinere Gemeinden zu „Smart Cities“ bzw. „Smart Villages“?
Das kann durchaus sein, denn die Kriterien sind ja die gleichen. Städte, vor allem Großstädte,

FOTOS M.HORX: Klaus Vynhanek

haben neben Positiv-Positionen ja immer auch größere soziale Probleme. Auf dem Land sind zum Beispiel die Einkommensspreizungen in der Regel geringer. Und die Kontakte zwischen Verwaltung und Bürger können viel direkter sein. Ländliche Regionen haben geringere Mieten und Grundstückspreise. Es kommt auf die Kreativität der Verwaltung und einen guten Bürgermeister an.

Oder gibt es vielleicht einen Druck, sich zu „Smart Regions" zusammenzuschließen?
Ja, das ist sinnvoll, denn immer noch wird zu sehr im eigenen Brei gerührt, und Kooperation ist das A und O jeder Regionalentwicklung. Es gibt erfolgreiche Beispiele von Cluster- und Regionspolitik. So hat sich zum Beispiel der ländliche Distrikt Limoges in Frankreich zu einem attraktiven Punkt für Zuwanderer entwickelt, auch für Familien mit Kindern und Künstler. Dort wächst die Bevölkerung trotz extrem ländlicher Region. Stichwort Bio, Ruhe, Lebensqualität, Natur. Das ging nur, weil alle Akteure in der Region kooperierten.

EINE APP KANN EINEN BÜRGERMEISTER NICHT ERSETZEN."

Wie werden sich die Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung ändern? Etwa mit einer „Bürgermeister-App"?
Ich kenne einige Bürgermeister, die begeistert twittern, und Gemeindeverwaltungen, die eine gut funktionierende Facebook-Seite haben. Aber eine App kann den persönlichen Kontakt nicht ersetzen. Das ist keine Frage der Technik, sondern der Empathie, der Offenheit, der authentischen Kommunikation – und der Kreativität.

FINANZIERUNG

Crowdfunding

Die Idee, kleine Spenden für ein großes Ziel zu sammeln, ist nicht neu, hat aber im digitalen Zeitalter neue Dimensionen erreicht. Kommunen können dieses Prinzip nutzen, ihre Bürger für innovative Projekte zu begeistern und sie bei der Gemeindeentwicklung einzubeziehen. Denn Crowdfunding fördert Transparenz und die Bindung zwischen Bürgern und Gemeinde. Zukunftsorte, die Plattform der kreativen Gemeinden Österreichs, wollen ihre Entwicklung selbst in die Hand nehmen und setzen dabei auf mutige und kreative Projekte. Im Zukunftsorte-Buch wird das Kreativpotential dieser Orte dargestellt. Geschrieben wurde es von „Dorfschreibern", die über Crowdfunding finanziert werden. Auch in Deutschland ist das kommunale Crowdfunding durch Plattformen wie www.buergerkredit.de oder www.leihdeinerstadtgeld.de auf dem Vormarsch. Die Wirtschaftskammer weist darauf hin, dass Crowdfunding-Plattformen von der Finanzmarktaufsicht geprüft sein sollten.

LINKS ZUM THEMA

www.zukunftsorte.at

Mitgliedergemeinden des Vereins Zukunftsorte sind:

Hinterstoder
Kals
Moosburg
Munderfing
Neckenmarkt Raiding
Nenzing
Thalgau
Werfenweng
Zwischenwasser

INDIVIDUALVERKEHR

E-Carsharing

Der Individualverkehr ist ein großer Energiefresser. In Österreich ist der Anteil an umweltfreundlicheren Elektroautos mit 0,1 Prozent jedoch noch sehr gering. Trotzdem sind in diesem Bereich innovative Unternehmen am Werk, die den Straßenverkehr grüner machen wollen. So auch das Unternehmen Ella (ELektroLAdestation), das ein österreichweites Tankstellennetz mit E-Schnellladestationen aufbauen will, die gänzlich aus Grünstrom gespeist werden. Einige Gemeinden in Österreich, darunter Krenglbach (Oberösterreich) oder Eisenkappel (Kärnten), haben die Vorzüge von Elektro-Carsharing erkannt und zum Beispiel umweltfreundliche Sammeltaxis angeschafft. So lässt sich für ländliche Gemeinden, die wenig an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen sind, das Angebot ausbauen. Das ist sozial gerecht und ökologisch nachhaltig.

www.klimaaktiv.at/mobilitaet

Eine Smart City vernetzt Bewohner mit Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Für Gemeinden wird das Thema Vernetzung durch das Web 2.0 in Zukunft jedenalls eine große Rolle spielen.

DAS WEB 2.0

Social Media

Das Web 2.0 hat das Internet nachhaltig verändert. Auf Wikipedia, Youtube, Facebook, Twitter und andere Diensten gestalten Nutzer Inhalte mit und vernetzen sich untereinander. Gemeinden werden hier in Zukunft gefordert sein, auch um die jungen Gemeindebürger „abzuholen“, für die liken, sharen und tweeten längst zum allgemeinen Sprachgebrauch gehört. Eine deutsche Studie der Innovationsstiftung bayrische Kommune zeigt, dass Kommunen die Wichtigkeit von Web 2.0 bewusst ist, dass es jedoch oft an einer Strategie und noch öfter an finanziellen Ressourcen mangelt. Doch auch mit geringem Budget können Gemeinden Web 2.0 für sich selbst und für die Interaktion mit Bürgern bzw. ansässigen Firmen nutzen. Wichtig ist ein Wissen über die Stärken und Schwächen der Web 2.0-Werkzeuge, über die eigenen Kapazitäten.

www.bay-innovationsstiftung.de

ÖSTERREICHS ENERGIEVERBRAUCH

2/3 FOSSILE ENERGIERTRÄGER

1/3 ERNEUERBARE ENERGIETRÄGER

Zwei Drittel des Stromverbrauchs beruhen auf fossilen Energieträgern (Öl, Gas und Kohle).

QUELLE/
Energiestandard Österreich 2014

ENERGIEWENDE

Erneuerbare Energie

Die globale Erwärmung stellt den ganzen Globus vor große Herausforderungen. Österreich hat sich auf der Basis von EU-Richtlinien verpflichtet, einerseits die Nutzung von erneuerbaren Energien auszubauen und andererseits die Energieeffizienz zu erhöhen. In den nächsten fünf Jahren muss der Anteil der erneuerbaren Energien um 18 Prozent steigen, der Energieverbrauch um 13 Prozent sinken. Gemessen an der Landesfläche ist Österreich zwar EU-weit der zweitgrößte Produzent erneuerbarer Energien, doch der Anteil an fossilen Energieimporten ist ungebrochen hoch. Österreichs Gemeinden sind ein wichtige Träger der Energiewende und erzielen bei internationalen Wettbewerben, darunter dem European Energy Award, immer wieder Anerkennung.

www.energyagency.at/fakten-service/foerderungen.html

Förderdatenbank der Energieagentur

FOTOS: Fotolia/ Miriam Dörr, Jürgen Fälchle, Romolo Tavani, kotoyamagami

NEWS IN ALLER KÜRZE

Der Ort Bodo in Nigeria liegt in der Nähe der Stadt Port Harcourt

70.000.000

Nigerianisches Dorf im Glück?

Zur Zahlung der Summe von 70 Millionen Euro hat sich der Ölkonzern Shell vor dem Obersten Gericht in London bereit erklärt, um die nigerianische 15.600-Einwohner-Gemeinde Bodo im Niger-Delta zu entschädigen. Nach gleich zwei Ölkatastrophen im Jahr 2008 wollte Shell ursprünglich nur 5000 Euro zahlen.

23

neue Initiativen – 80 alte gestrichen

Getreu seinem Motto, die EU solle sich auf die großen Dinge konzentrieren, legte Juncker in seinem Arbeitsprogramm nur 23 neue Initiativen der Kommission vor.

Bank DESSAU

Bank EVITA

Ge*STADT*en:

STAUSBERG, bekannt seit 40 Jahren für Stadtmöbel und Spielgeräte, wird jetzt Teil der NUSSER GRUPPE. Ein neuer, starker Zusammenschluss, der Zeichen setzt in Produktvielfalt und Innovation.

Stausberg Stadtmöbel GmbH
Kremszell 3
4531 Kematen a. d. Krems
Telefon +43 (0)7258/5711

stausberg.at

NUSSER STADTMÖBEL + STAUSBERG = STAUSBERG STADTMÖBEL

SMARTE FINANZIERUNGEN FÜR GEMEINDEN

ES GEHT AUCH ANDERS

Forderungseinlösung, Leasing, PPP: Die Bank Austria bietet attraktive Alternativen zum klassischen Kommunaldarlehen.

Schulzentrum Schüttdorf in Zell am See: Budgetschonend finanziert und für seine ökologische Bauweise für den Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit nominiert.

In puncto alternative Finanzierungen ist die Angebotspalette der Bank Austria groß. Sie reicht etwa von Forderungseinlösungen über diverse Formen von Public Private Partnerships oder PPP-ähnlichen Lösungen bis hin zu Leasing für Immobilien und Fahrzeuge.
Welchen Nutzen solche alternativen Finanzierungen bringen, weiß zum Beispiel die Salzburger Stadtgemeinde Zell am See. Sie hat in Kooperation mit der UniCredit Leasing, einer Tochtergesellschaft der Bank Austria, den Neubau des Schulzentrums Schüttdorf finanziert. Im Rahmen einer Immobilien-Leasingkonstruktion hat eine Projektgesellschaft der UniCredit Leasing das Schulgebäude errichtet und nach Baufertigstellung der Stadtgemeinde Zell am See zur langfristigen Nutzung übergeben. Die Schlüsselwörter, auf die es dabei ankommt, lauten „Maastricht-relevant", „Stabilitätspakt-konform" und „nicht defizitwirksam".

„Insgesamt wurden für das neue Schulgebäude in Zell am See 7,65 Millionen Euro exklusive Umsatzsteuer investiert. Abzüglich eines Eigenmittelanteils von 3,78 Millionen Euro verbleiben 3,87 Millionen Euro, die wir in Form von monatlichen Leasingraten über eine vorab festgelegte Laufzeit begleichen", erklärt Peter Padourek, M.A., Bürgermeister von Zell am See. Bei dieser Lösung scheinen die Eigenmittelzahlungen sowie die Leasingschulden in den Büchern der Gemeinde auf.

„Mit diesem Modell haben wir eine Lösung gefunden, die für alle Beteiligten von Vorteil ist."

Peter Padourek, M.A., Bürgermeister Zell am See

Die monatlichen Leasingraten werden wie gewöhnliche Mietzahlungen erfasst. Padourek: „Für unsere Bürgerinnen und Bürger konnten wir ein wichtiges Projekt umsetzen und den Vorsteuerabzug lukrieren. Gleichzeitig halten wir alle Regelungen und Vorgaben im Rahmen von Maastricht, Stabilitätspakt und Schuldenbremse ein."

Der von der UniCredit Leasing in Kooperation mit der Stadtgemeinde Zell am See, dem Architekturbüro Karl+Bremhorst, dem Ingenieurbüo Rothbacher, dem Büro TAP – Technische Anlagen Planungsteam und MW Baumanagment realisierte Neubau des Schulzentrums Schüttdorf zeichnet sich durch einen kompakten Baukörper aus, der sich optimal in das Landschaftsbild einfügt. Passivhausstandard, Qualität der Materialien und hohe Ansprüche an die Innenraumluftqualität erfüllen auf ökologische Weise moderne Komfortanforderungen. Für seine Gesamtkonzeption wurde der Schul-Neubau für den Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit nominiert sowie bereits im Oktober 2014 mit dem „klima:aktiv Zertifikat GOLD" ausgezeichnet.

MEHR INFOS
Nähere Details erhalten Sie bei Ihrer Gemeindebetreuerin bzw. Ihrem Gemeindebetreuer der Bank Austria:

publicsector.bankaustria.at
Tel. +43(0)5 05 05-41691

unicreditleasing.at
Tel. +43(0)5 05 88-8310

DIE ALTERNATIVEN ZUM KLASSISCHEN KOMMUNALDARLEHEN

Die Bank Austria bietet eine breite Palette an Lösungen:

- Forderungseinlösung
- Immobilienleasing
- Kommunales Kfz-Leasing
- Kommunales Fuhrparkmanagement
- Public Private Partnerships (PPP) bzw. PPP-ähnliche Lösungen

FOTOS/Nikolaus Faistauer Photography

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GEPFLEGTES GRÜN IN GEMEINDEN

GRÜNRAUMPFLEGE VOM PROFI

Immer mehr Gemeinden lagern Arbeiten rund um Grünraum- und Baumpflege an spezialisierte, qualitätsorientierte Partner aus und spielen sich so wertvolle Ressourcen frei.

In Prottes kümmert sich Landwirt Christian Lobner im Auftrag des Maschinenrings um Rasenflächen, Hecken, Beete und Co.

Grüne Rasenflächen, blühende Pflanzen, gestutzte Hecken und gesunde, sichere Bäume – gepflegte Grünräume tragen wesentlich zur Lebensqualität in einer Gemeinde bei. Doch die notwendigen Pflegearbeiten erfordern ein gewisses Maß an Erfahrung, spezielle Gerätschaften und – in unterschiedlichem Umfang – Zeit. Diese Ressourcen innerhalb der Gemeinde aufzubringen, ist angesichts des ohnehin schon sehr breitgefächerten kommunalen Aufgabenspektrums nicht immer einfach oder möglich. Viele österreichische Gemeinden gehen daher dazu über, die Betreuung ihrer Grünräume auszulagern.

So auch die niederösterreichische Gemeinde Prottes: Die Gemeindeverwaltung sah sich im Vorjahr mit der Frage konfrontiert, ob für die Grünraumpflege ein neuer Mitarbeiter aufgenommen und neue Gerätschaften angeschafft werden sollten. Für und Wider wurden genau abgewogen. Schließlich entschied man sich für die Auslagerung der gesamten Grünraumpflege – ein richtungweisender Schritt im Umgang mit kommunalen Aufgaben. Um die Grünräume in Prottes kümmert sich nun der Maschinenring, genauer gesagt der Landwirt Christian Lobner, der selbst aus der Gemeinde stammt.

„Zwar liegt es in der Verantwortung der Gemeinde, dass Grünräume gepflegt und Bäume gesund und sicher sind. Doch die dafür notwendigen Arbeiten müssen nicht zwingend von einem Gemeindebediensteten durchgeführt werden“, erläutert Günter Wohlgenannt, Vertriebsleiter beim Maschinenring, und fügt hinzu: „In manchen Bereichen, wie etwa dem Baumschnitt, ist es zudem sinnvoller, wenn sich echte Spezialisten an die Arbeit machen.“ Die qualifizierten Baumkontrolleure des Maschinenrings sorgen für professionelle Baumpflege und kontinuierliches Baummonitoring. Der Maschinenring bürgt für die Gesundheit und Sicherheit von Ahorn, Birke, Eiche & Co. und übernimmt auch die Haftung für den von ihm gepflegten Baumbestand.

> **„Jede dritte Gemeinde** vertraut bereits auf den Maschinenring.“
>
> **Günter Wohlgenannt,** Vertriebsleiter beim Maschinenring

Der Maschinenring wird österreichweit als Gemeindepartner in der Grünraumpflege geschätzt. 814 Gemeinden haben den Maschinenring mit der Betreuung ihres Grünraums beauftragt. Damit vertraut bereits jede dritte Gemeinde in Österreich auf die Profis vom Land, wenn es um Rasenflächen, Beete und Bäume geht. „Unsere Dienstleister, die aus der jeweiligen Region, oftmals sogar direkt aus der Gemeinde stammen, kümmern sich um Rasen- und Pflanzflächen, führen den jährlichen Strauch- und Heckenschnitt durch, entsorgen Herbstlaub und rücken Schädlingen und Unkraut zu Leibe“, nennt Maschinenring-Vertriebsleiter Wohlgenannt einen Teil des Grünraum-Leistungsportfolios. Auch der große Frühjahrsputz und die Wintervorbereitungen werden vom Maschinenring übernommen. Saisonale Arbeitsspitzen oder benötigte Spezialmaschinen sind somit kein Thema und die Gemeinde kann sich ganz auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

MEHR INFOS
Maschinenring Österreich
Tel.: +43 (0) 59060-900
oesterreich@maschinenring.at

www.maschinenring.at

FOTOS/Maschinenring

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

STADTMÖBEL-ZUSAMMENSCHLUSS

AUCH ÜBER DIE LANDESGRENZEN HINAUS

Bank „Evita" mit Stahlunterkonstruktion.

Der letzte erfolgreiche Zusammenschluss liegt noch gar nicht weit zurück: Anfang 2014 wurde die in Deutschland ansässige NUSSER-Gruppe durch ODM STADTMÖBEL, einen Spezialisten für Edelstahlmöbel, ergänzt. Der nächste Schritt der schwäbischen Firmengruppe geht nun einen Schritt weiter und sogar über die Landesgrenzen hinaus: Mit der Integration von STAUSBERG STADTMÖBEL wird erstmals in der Firmengeschichte eine „internationale Ehe" geschlossen. Über vier Jahrzehnte hat das Unternehmen Stausberg VertriebsGmbH, mit Sitz in Kematen an der Krems, den österreichischen Markt mitgestaltet und maßgeblich angeführt. Und ist sich dabei stets treu geblieben. Langlebigkeit, Qualität, Service und Kontinuität sind nicht nur Floskeln sondern die tragenden Säulen der Firmenphilosophie.

Das Portfolio von STAUSBERG ist besonders vielseitig – sowohl in den Modellen, wie zum Beispiel Auflagen aus Holz oder Acryl. Hervorzuheben ist das umfangreiche Angebot an Spielgeräten von Herstellern wie beispielsweise HAGS oder Kinderland sowie die innovativen Stadtmöbel aus der Serie Urban Design by Concrete®. Das STAUSBERG-Lieferprogramm bietet neben hochwertigen Parkbänken, einschließlich Tischen, auch Abfallbehälter, Ascher, Fahrradständer, Blumentröge und Poller – und ergänzt somit die Produktpalette innerhalb der NUSSER STADTMÖBEL GmbH & Co. KG, Winnenden, ideal.

KONTAKT
STAUSBERG STADTMÖBEL bleibt mit seiner eigenen Homepage online erreichbar:
www.stausberg.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KONGRESSMESSE

INTELLIGENTE ZUKUNFT!

b.mobile – smart city vom 20. bis 22. Oktober 2015: Mit der neuen Kongressmesse widmet sich das Messezentrum Salzburg erstmals dem Thema Stadtentwicklung und insbesondere der zukünftigen Mobilität.

Die Dringlichkeit der Themen „smart city" und **„intelligente Verkehrskultur"** sind längst erkannt. Die Kongressmesse für smarte Verkehrsinfrastruktur und Raumplanung beschäftigt sich mit Kernthemen wie effizienten Lösungen, innovativen Technologien, nachhaltigem Nutzungsverhalten und dem Strukturwandel des urbanen Raumes. Sie reagiert damit auf Herausforderungen der steigenden Mobilität, des demografischen Wandels und der Ressourcenknappheit.

Zielgruppe dieser Veranstaltung sind Entscheidungsträger und Fachexperten der öffentlichen Hand, der Wirtschaft als auch der Wissenschaft.

KONTAKT
„b.mobile! – smart city"
von 20. bis 22. Oktober 2015

www.bmobile-smartcity.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WEB-TIPP

Online-Video-Ratgeber für Feuerwehren

Die intakte und funktionsfähige Einsatzbekleidung der Feuerwehren schützt Leib und Leben ihres Trägers. Speziell für Feuerwehren und Rettungsdienste hat das Unternehmen Gore darum erstmalig eine Online-Ratgeber-Serie entwickelt, die detailliert und authentisch rund um das wichtige Thema informiert. In drei kurzen Videoclips behandelt der Online-Ratgeber die Schutzfunktionen, den Bekleidungsaufbau sowie die Pflege und Instandhaltung von Feuerwehreinsatzbekleidung. Das Konzept entstand in Zusammenarbeit mit dem Feuerwehr-Magazin und wurde mit Unterstützung der Feuerwehr Hamburg realisiert.

Der Online-Ratgeber ist auf **www.gore-workwear.de**, auf **www.feuerwehrmagazin.de** sowie auf YouTube zu sehen.

EINREICHUNGEN BIS 27. MÄRZ

Staatspreis **Marketing 2015**

Mit dem Staatspreis Marketing 2015 werden innovative und strategische Marketingleistungen, deren erfolgreiche Umsetzung in der Praxis zu nachhaltig wirksamen Ergebnissen geführt hat, ausgezeichnet. Bei dem alle zwei Jahre vergebenen Staatspreis prämiert eine Experten-Jury Qualität, betriebswirtschaftliche Relevanz und Innovationsgrad. Einreichen können Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen sowie Institutionen, Organisationen und Verbände mit Sitz in Österreich. Voraussetzung ist eine Marketingleistung, die im Zeitraum von Anfang 2013 bis Ende 2014 realisiert wurde und einen markanten Unternehmenserfolg ausgelöst hat. Die Marketingleistung kann regional, national oder auch international – mit deutlichem Bezug zum Standort Österreich – erbracht worden sein.

www.staatspreis-marketing.at

VOLONTARIAT

GEMEINDEBUND VERGIBT ONLINE-REDAKTION

Der Österreichische Gemeindebund vergibt in der Pressestelle des Gemeindebundes, die gleichzeitig die Online-Redaktion von www.kommunalnet.at ist, Volontariate in der **Mindestdauer von zwei Monaten**. Kommunalnet ist die größte Intranet-Plattform für Gemeinden in Österreich. **Ein Praktikum dauert zwei Monate.**

Anforderungen:

- Interesse für kommunale Themen
- hohe Textsicherheit, schnelle Auffassungsgabe
- Kenntnisse aller gängigen MS Office-Programme
- Interesse für CMS-Anwendungen (Redaktionssysteme)
- zeitliche Flexibilität
- hohes Engagement
- journalistische Kenntnisse von Vorteil

Die Wochenarbeitszeit umfasst zumindest 30 Stunden.

Wir bieten 300 Euro Aufwandsentschädigung pro Monat und die Möglichkeit, in kurzer Zeit sehr viel Praxis im Online-Journalismus zu gewinnen.

Bewerbungen können für die Monate März-April, Mai-Juni und Juli-August 2015 eingeschickt werden.

AUSSAGEKRÄFTIGE BEWERBUNGEN/ LEBENSLÄUFE INKL. MOTIVATIONSSCHREIBEN BITTE AUSSCHLIESSLICH PER E-MAIL AN

presse@gemeindebund.gv.at
z.H. Daniel Kosak und
Sabrina Neubauer
Löwelstraße 6, 1010 Wien

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SALZBURG WOHNBAU

INNOVATIVE GEBÄUDETECHNIK

Neben der Leistbarkeit von Wohnraum und einer sicheren Finanzierung ist auch die Reduktion von Wohnkosten ein wichtiges Thema. Eine innovative Gebäudetechnik bietet das größte Einsparungspotenzial.

2013 wurde das erste Smart Grid-Wohnbauprojekt „Rosa Zukunft" fertiggestellt (Bilder links oben, rechts unten). Die Reduktion der Wohnkosten ist für die beiden Salzburg Wohnbau-Geschäftsführer Dr. Roland Wernik (li.) und DI Christian Struber ein wichtiges Thema (rechts oben). Mittels Photovoltaikanlagen kann Strom dezentral erzeugt und in das Netz eingespeist werden (links unten).

Seit Jahren ist die Salzburg Wohnbau in das Forschungsprojekt „Smart Grids Modellregion Salzburg" involviert und nimmt bereits eine international beachtete Vorreiterrolle bei der Umsetzung von intelligenten Netzwerktechnologien ein. So wird in Bewohnerhaushalten das Nutzerverhalten mittels spezieller Messeinrichtungen ermittelt und der genaue Energieverbrauch ausgewertet. Der Kunde bekommt über interaktive Displays oder Applikationen am Smart Phone seine Daten übermittelt, mit dem Ziel, seinen Energieverbrauch – vor allem auch in Spitzenzeiten – gezielt zu senken.

Mit Hilfe von intelligentem Energiemanagement sollen somit Energieerzeugung und -verbrauch besser in Einklang gebracht und Speichersysteme optimiert werden. Die ersten „Smart Grid-Wohnungen" wurden 2013 in der Generationen-Wohnanlage „Rosa Zukunft" im Stadtteil Maxglan in Salzburg bezogen.

In einem neuen Projekt, das von der Forschungs- und Fördergesellschaft FFG finanziert wird, soll bis Ende 2017 die optimale Ausstattung von Gebäuden mit Solarthermen und Photovoltaikanlagen erforscht werden. Zentrales Thema dabei ist, wie sich überschüssige Energie, die nicht am Standort gebraucht wird, sinnvoll von Objekten im benachbarten Stadtteil nutzen lässt. Bei diesem Forschungsprojekt arbeitet die Salzburg Wohnbau unter anderem eng mit der Universität Innsbruck zusammen. Geforscht wird im Stadtteil Itzling.

MEHR INFOS
Informationen über aktuelle Projekte der Salzburg Wohnbau in Stadt und Land Salzburg unter:

Tel.: 0664/5461064
www.salzburg-wohnbau.at
www.facebook.com/sbg.wohnbau

SALZBURG WOHNBAU
WIR BAUEN VOR

FOTOS/Neumayr, Salzburg Wohnbau, christof-reich.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GREEN ICE

ZWEI NEUE PLÄTZE MACHEN FURORE

Immer mehr Gemeinden setzen auf das energiefreundliche Konzept von GreenIce. Umweltfreundliches und energiesparendes Eislaufvergnügen – und das das ganze Jahr über.

Zwei steirische Gemeinden haben sich zuletzt von den Vorteilen von GreenIce überzeugen lassen: das Anfang des Jahres mit Fehring fusionierte Pertlstein sowie Empersdorf im Bezirk Leibnitz.

„In den letzten Wintern gab es meist nur wenige kalte Tage. Deswegen konnte unser Natureisplatz kaum benutzt werden. Im vergangenen Jahr war es überhaupt nicht möglich. Darum wollten wir der Bevölkerung eine Möglichkeit bieten, auch bei einem etwas milderen Winter eiszulaufen", erklärt Walter Jansel, Ex-Bürgermeister von Pertlstein, die Beweggründe für die Entscheidung für die Kunststoff-Eisbahn. Eine Kunsteisbahn kam aus finanziellen Gründen aber nicht infrage.

„Ich habe dann in KOMMUNAL einen Bericht über GreenIce gelesen", berichtet Jansel. Das Interesse war geweckt. „Auf der KOMMUNALMESSE in Oberwart haben wir dann die Möglichkeit genutzt, den Belag zu testen." Das Ergebnis fiel positiv aus. Jansel weiter: „Ich habe dann mit Dietmar Treiber von KOMMUNALBEDAF Kontakt aufgenommen. Gemeinsam haben wir dann die Anschaffung der GreenIce-Fläche über die Bühne gebracht." Auch die zuständigen Stellen des Landes Steiermark konnten von der Sinnhaftigkeit überzeugt werden, sodass das Projekt aus BZ-Mitteln finanziert werden konnte.

Die Bevölkerung ist mit GreenIce zufrieden. „Vor allem während der Weihnachtsferien wurde der Platz sehr viel befahren", freut sich Jansel über die Akzptanz.

In Empersdorf wurde erstmals eine GreenIce-Fläche in einer Halle verlegt. Bisher wurde die 320 m² große Mehrzweckhalle hauptsächlich für den Eisstocksport genutzt. „Mit GreenIce ist nun eine sinnvolle Mehrfachnutzung möglich", erklärt Bürgermeister Alois Baumhackl. Die Halle kann nun ganzjährig zum Eislaufen und Eisstock-Schießen verwendet werden. „Die Halle soll auch dazu dienen, das Angebot für den Schulsport zu erweitern", so Baumhackl. Auch interessierten Vereinen der Region soll eine Nutzung möglich sein.

In Empersdorf wurde erstmals eine GreenIce-Fläche in einer Halle verlegt.

KONTAKT
Österreichischer Kommunalverlag
Dietmar Treiber
E-Mail: dietmar.treiber@kommunal.at
www.kommunalbedarf.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIGITALES ÖSTERREICH

DER DIGITALE ARBEITSPLATZ GEMEINDE

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind zukunftsträchtige und innovative Säulen der Wirtschaft und die Schlüssel- bzw. Querschnittstechnologien für alle wesentlichen Branchen und Lebensbereiche auch in der Verwaltung. Der Wegfall von räumlichen Entfernungen und die immer größere Bedeutungslosigkeit von Öffnungszeiten bei Ämtern und Behörden sind nur zwei Vorteile für die Bürger und Unternehmen als Kunden der öffentlichen Hand. Dadurch entstehen auch neue und zukunftsweisende Formen von Arbeiten und Lernen. Gerade

in der jüngeren Generation mit ihrer medialen Sozialisierung besteht eine hohe Erwartung nach diesen Verwaltungsangeboten, denen wir offensiv begegnen müssen.

Das Internet hat unser Leben, Kommunikation, Arbeit und Wirtschaft bereits verändert und diese oft vollständig in das Netz verlagert. Diese Revolution vollzieht sich schneller als viele Akteure in der Politik es wahrhaben wollen – die Digitalisierung werden Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft nur gemeinsam schaffen und auch so die Potenziale heben. Multiplikatoren sind notwendig, besonders bei den Behörden selbst und vor allem in den Kommunen. Bürgermeister und öffentlich Bedienstete sind die obersten IKT-Botschafter!

„Daher haben der Gemeindebund, die Donau Universität Krems und das Digitales Österreich die neue RFG-Schriftenreihe 04-05/2014 „E-Government auf kommunaler Ebene" verfasst, welche ich Ihnen wärmstens ans Herz lege."

Ihr Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt

DIGITALES ÖSTERREICH

DOWNLOAD MIT QR-CODE
http://gemeindebund.at/site/news-detail/rfg-schriftenreihe-zu-e-government-erschienen

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INNOVATIVE WAHLSERVICES DER POST

SO ERHÖHEN SIE DIE WAHLBETEILIGUNG

Die Österreichische Post bietet Ihnen eine breite Palette unterschiedlicher Lösungen und Services, um Sie bei der Vorbereitung und Durchführung einer Wahl individuell zu unterstützen.

Neben breitenwirksamen Kommunikationsmöglichkeiten im KUVERT (dem Sammelumschlag für Werbepost), dem Aufstellen zusätzlicher Briefkästen oder Briefkastensonderentleerungen und weiteren Zustelldiensten, ist vor allem der Selfmailer ein Garant für Informationsvermittlung und verstärkte Wahlbeteiligung.

Der erprobte Selfmailer. Im Faltmailing können zum Beispiel wichtige allgemeine Informationen rund um die Wahl sowie ein bis zwei Anforderungskarten für die Wahlkarten enthalten sein – am besten schon auf den Empfänger personalisiert und vorausgefüllt. Dieser Selfmailer wird als „Amtliche Mitteilung", je nach Bedarf sowohl adressiert als auch unadressiert, versandt.

Auch beim LMR-Wahlservice, einem umfangreichen Leistungspaket für Städte und Gemeinden von der Comm-Unity EDV GmbH und den LMR-Partnern, kommt die „Amtliche Wahlinformation" zum Einsatz. Hierbei werden die Informationen und der bereits vorausgefüllte Wahlkartenantrag in einem verschlossenen Folder an die Bürgerinnen und Bürger zugestellt. Dieser enthält einen Antragscode für die einfache Online-Bestellung der Wahlkarte sowie einen Barcode, welcher die Erfassung der Wahlkartenanträge erleichtert.

Damit entfällt die manuelle Erfassung, und ein Massendruck wird ermöglicht. Direkt nach Abschluss des Wählerverzeichnisses erteilen Sie die Freigabe für den Druck der Wählerverständigungskarten via LMR, alles Weitere geht wie von selbst.

> **„Beim LMR-Wahlservice** werden die Informationen und der Wahlkartenantrag in einem verschlossenen Folder an die Bürgerinnen und Bürger zugestellt."

Im Selfmailer können zum Beispiel wichtige allgemeine Informationen rund um die Wahl sowie ein bis zwei Anforderungskarten für die Wahlkarten enthalten sein.

Bei der gesamten Abwicklung, von der Ausstellung der Wahlkarten bis hin zur Generierung der Versanddokumente für eine Briefwahlkarte, bietet der Wahlservice eine programmunterstützte Abwicklung für Sie.

Diese breite Angebotspalette rund um die Briefwahl schont nicht nur Ihre Ressourcen, sondern erhöht auch den Komfort für die Wählerinnen und Wähler und stärkt so die Wahlbeteiligung – das ist gut für Sie und gut für unsere Demokratie.

MEHR INFOS
Österreichische Post AG
Haidingergasse 1, 1030 Wien
Business-Hotline:
0800 212 212

www.post.at/geschaeftlich
www.post.at/parteienfolder

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Kulturgemeinde Kohfidisch

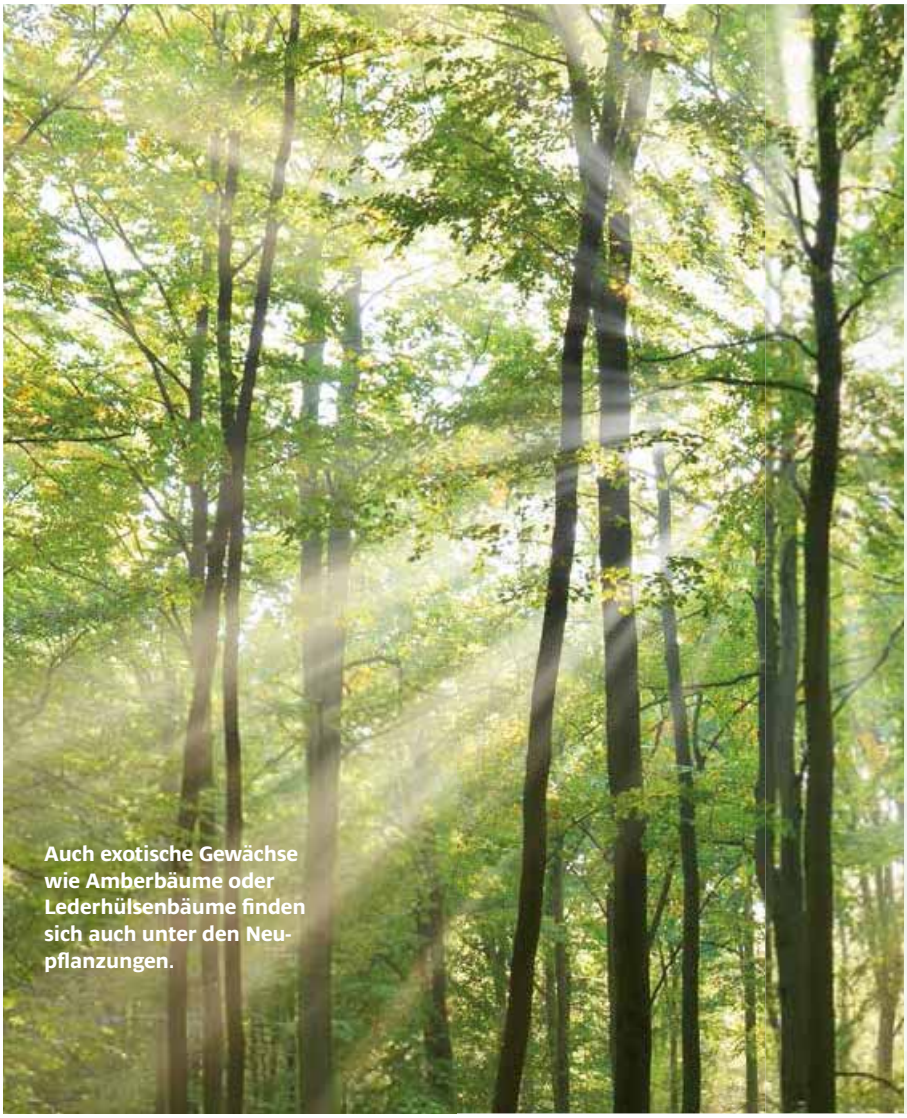
TEXT / FRANZ OSWALD

Mit einer beachtlichen Kulturinitiative lässt die südburgenländische Marktgemeinde Kohfidisch aufhorchen: Der 1500-Seelen-Ort mausert sich zunehmend zu einer Kulturgemeinde, die Veranstaltungen treffen auf großes Interesse, das Schloss ist passender Veranstaltungsort. Der Initiator, Bürgermeister Norbert Sulyok hat sich mit der Dichterin und Präsidentin des Schriftstellerverbandes Sidonia Gall und dem Kulturmanager und Verleger Horst Horvath zwei professionelle Mitstreiter an Bord geholt.

Erster Höhepunkt dieser Kulturinitiative waren die 1. Literaturtage im September, ein beachtliches Lese- und Literaturforum mit immerhin 300 Besuchern. Neben dem Schriftstellerverband beteiligten sich die Grazer Autorenversammlung und der PEN-Klub an den Literaturtagen. Eine Reihe von anerkannten Autorinnen und Autoren, darunter so prominente wie Manfred Chobot und Sidonia Gall selbst, lasen aus ihren Werken. Dazu kamen Literatur für Kinder und musikalische Darbietungen. Dies gilt auch für die Matinee, die dem namhaften Kohfidischer Jagd- und Heimatdichter Sepp Wölfer, der jetzt 100 Jahre alt wäre, gewidmet war. Eine Präsentation des neuen Buches der Nahost-Expertin Karin Kneissl rundete vorerst die literarischen Aktivitäten ab.

Bürgermeister Norbert Sulyok mit dem Präsidenten der der Grazer Autorenvereinigung, Manfred Chobot.

Die Kulturinitiative Kohfdisch stützt sich auf ein engagiertes Team. Neben Sukyok, Gall und Horvath bringen sich noch Schlossherrin Sarah Keil und Volksbildungswerkleiterin Christine Simon aktiv ein. Der wein- und gesteinsträchtige Csaterberg mit seinen einzigartigen Kellergassen sowie dem Steinmuseum und der Vinothek sind weitere ideale Voraussetzungen für die aufstrebende Kultur- und Veranstaltungsgemeinde. Bürgermeister Sulyok ist zufrieden: „Die Qualität der Veranstaltungen und das Publikumsinteresse beflügeln uns, wir planen bereits weitere Kulturaktivitäten.“



Auch exotische Gewächse wie Amberbäume oder Lederhülsenbäume finden sich auch unter den Neupflanzungen.

NEUE BÄUME FÜR DÜSSELDORF

Rund 3000 Straßenbäume sind in Düsseldorf, der Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen, durch den Pfingststurm „Ela" entweder direkt gefallen oder mussten im Zuge der Nacharbeiten gefällt werden. Bereits in der ersten Pflanzsaison nach dem Sturm sollen in der Landeshauptstadt rund 900 entstandene Baumlücken im Straßenraum bis zum Frühjahr 2015 wieder geschlossen werden.

Die Arbeiten dazu laufen bereits auf Hochtouren: Derzeit sind im Stadtbezirk Drei (Oberbilk, Bilk, Friedrichstadt, Unterbilk, Hafen, Hamm, Volmerswerth, Flehe) die Landschaftsgärtner im Einsatz und pflanzen die ersten Straßenbäume des Jahres nach. So werden 13 Lederhülsenbäume derzeit in die vorbereiteten Baumgruben an der Witzelstraße eingesetzt, an der Linienstraße finden 12 und an der Ellerstraße 26 Amberbäume ihren Platz zum Gedeihen. Darüber hinaus werden an der Emmastraße Silberlinden gepflanzt, an der Solinger Straße findet der Spitzahorn Platz, an der Flügelstraße wird der Schnurbaum das Straßenbild prägen.

Eine Übersicht über alle bis März 2015 vorgesehenen Baumpflanzungen ist im Internet auf der Seite „Neue Bäume für Düsseldorf" veröffentlicht unter der Adresse:
www.duesseldorf.de/baumspende/dokumentation/liste_baeume.shtml

HOLLUQUID FLÜSSIGWASCHSYSTEM

QUALITÄT UND KOSTEN IM GRIFF

Qualität, Nachhaltigkeit, Kostenkontrolle – das vollautomatische Flüssigwaschsystem holluQUID.

Eine neue Studie im Auftrag von Klasse Wäsche belegt, dass Inhouse-Wäschereinigung für Österreichs Alten- und Pflegeheime immer bedeutender wird. Die Qualitäts- und Kostenkontrolle sowie die Hygienesicherheit sind hierfür entscheidende Argumente.

Das neue Textilhygienesystem holluQUID des Hygienespezialisten hollu ist hier die perfekte Lösung. Das innovative Flüssigwaschsystem kombiniert effiziente Reinigungskomponenten mit automatischer Dosiertechnik für nachhaltig hohe Hygienestandards und volle Kostenkontrolle.

„Zusätzlich zur Technik bieten wir unseren Kunden Top-Serviceleistungen sowie optimale Anwendungsunterstützung im Reinigungsalltag", betont hollu-Geschäftsführer Simon Meinschad. Interessiert?

KONTAKT
hollu – Julius Holluschek GmbH
Salzstraße 6, 6170 Zirl
Tel.: 0800 100 76 10
www.hollu.com
www.klasse-waesche.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

„Durch eine **Kooperation** mit der EIB können heimische Tourismusbetriebe zusätzlich 250 Millionen Euro an Krediten abrufen."

Reinhold Mitterlehner, Vizekanzler und Tourismusminister

NACHTRAG

Fotocredits

Leider wurde in der Ausgabe 12/2014 bei einem Beitrag auf Seite 50 für die Firma „nora flooring" auf die Fotocredits vergessen. Die Fotos vom „Marktplatz" sowie vom

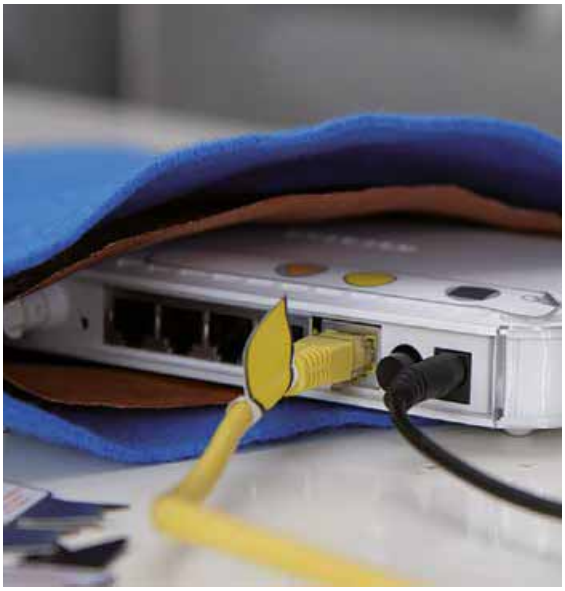
„Schallschutzzaun" des Bildungscampus Sonnwendviertel am neuen Wiener Hauptbahnhof wurden von Fotograf Helmut Pierer (foto@pierer.at) geschossen, Copyright und Recht liegen bei PPGA.achitects.

Hier geht's zur Apo-App, die einen Überblick über alle Medikamente bietet und gleich die nächstliegende Apotheke findet.

Neues **Impfmodul** der Apo-App

Die kostenlose Apo-App der Österreichischen Apothekerkammer informiert nun auch über sämtliche Impfstoffe, empfohlene Impfungen und alle durch Impfungen vermeidbaren Erkrankungen. Die neuen Funktionalitäten ermöglichen die Nutzung der App als elektronischen Impfpass. Impfstoffe können aus einer Liste ausgewählt, eingescannt oder selber eingegeben werden. Die offiziellen Impfempfehlungen für alle Altersgruppen des Gesundheitsministeriums sind auf der App gespeichert. „Das Impfmodul der App ist ein wichtiges Informations- und Nachschlagewerk und ergänzt die individuelle fachliche Beratung der Apothekerinnen und Apotheker bei Fragen rund um das Thema Impfstoffe", so Dr. Christian Müller-Uri, Vizepräsident der Österreichischen Apothekerkammer.

Individuelle Impferinnerungen. Neben den Informationen zu allen Impfungen können auch persönliche Erinnerungen für die nächste Auffrischungsimpfung in der App erstellt werden. Somit wird keine Impfung mehr vergessen und der Impfschutz ist dokumentiert. Es können mehrere Impfpläne erstellt werden, beispielsweise können Impferinnerungen für die ganze Familie gespeichert werden. Bei einem Handywechsel können die Daten mittels Export Funktion gesichert werden.



Der WLAN-Dimmer

Router sind für den normalen Betrieb in ihrer Sendeleistung stark überdimensioniert. Die WLAN-Netze reichen weit über das eigene Gebäude hinaus und können von anderen empfangen werden. Das ist ein Sicherheitsrisiko und eine Gesundheitsgefährdung für die Bewohner bzw. Nutzer eines Gebäudes. Durch den neu entwickelten und patentierten WLAN-Dimmer kann die WLAN-Intensität auf das minimal erforderliche Maß reduziert werden. Er ist einfach anzuwenden und zu Hause genauso sinnvoll wie im Büro, in Cafés, in Hotels, Schulen und dergleichen.

www.cuprotect.de
Video und Infos

NEUE LANDKARTE
Die Steiermark seit dem 1. Jänner 2015
Seite 52

WINTERSPORT
Mehr als 300 Verletzte – und das täglich
Seite 56

DER MENSCH HINTER DER BÜRGERMEISTERIN

„DAHOAM“ IST WOHLFÜHLEN

Als Start in die Rubrik „Land & Leute“ bringt KOMMUNAL künftig das etwas andere Bürgermeister-Porträt. Fragen abseits von „Amt und Würden“, in denen wir den „Menschen hinter dem Bürgermeister, der Bürgermeisterin“ vorstellen. Den Anfang macht Sonja Ottenbacher, Bürgermeisterin von Stuhlfelden in Salzburg.

„Mein Lebensmotto lautet **Wertschätzung und Echtheit.“**

Sonja Ottenbacher

Wie sieht ein normaler Arbeitstag bei Ihnen aus?
Auf den Morgen freu ich mich immer total. So um halb sieben wird gefrühstückt, dann höre ich Nachrichten und lese Tageszeitungen. Und dann geht es gestärkt in den Tag, in die Termine und ins Amt.

Was bedeutet ein erfülltes Leben für Sie?
Körperliches und psychisches Wohlbefinden, gute Freunde und gute Basis in der Familie.

Welchen Stellenwert hat Familie für Sie?
Das ist die wichtigste Grundlage, von den Eltern über die Geschwister, zum Partner – mein Umfeld.

Was ist für Sie „zu Hause“?
Das ist der Bereich, wo ich mich zurückziehen kann, wo ich sein kann, wie ich will. „Dahoam“ ist gleich Wohlfühlen.

Ein guter Freund ist ...
... der es ehrlich und gut mit mir meint.

Was ist Ihre prägendste Erinnerung?
Da gibt es so viele Erinnerungen. Vor allem geprägt haben mich die schwierigen Zeiten und Situationen. Die bringen dich vorwärts.

Was wollten Sie einmal werden? Immer schon Bürgermeisterin?
(lacht) ... Nein, an das habe ich nie im Leben gedacht. Als Kind wollte ich Kindergärtnerin werden, später dann Krankenschwester.

Wann haben Sie sich das letzte Mal eingestanden, etwas nicht zu wissen?
Das passiert oft.

Wann waren Sie das letzte Mal traurig? Oder wann glücklich?
Glücklich bin ich gerade jetzt, wo ich von einer Wanderung zurückkomme. Traurig war ich erst gestern, als ich die Nachrichten von Paris gehört habe, oder vor Weihnachten, als ich von der Krankheit einer Kollegin erfahren habe.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten?
Ich würde mir wünschen, dass mein Leben und mein Umfeld weiter so verläuft, wie es gerade ist.

Wie würden Sie sich mit einem Wort selbst beschreiben?
Sonnig und menschlich.

Der perfekte Mann trägt für mich ...
... keinen Bauch.

Mein Lebensmotto lautet?
Wertschätzung und Echtheit.

STEIRISCHE GEMEINDESTRUKTURREFORM

NEUES JAHR MIT NEUER KARTE

Die Steiermark hat mit dem neuen Jahr ihr Erscheinungsbild gewandelt. Statt 539 gibt es nur noch 287 Gemeinden. KOMMUNAL präsentiert die neue Landkarte.

Mit dem Jahreswechsel ist die in den Vorjahren heiß diskutierte steirische Gemeindestrukturreform in Kraft getreten. Mit 539 Gemeinden hatte die Steiermark noch 2014 eine eher kleinteilige Gemeindestruktur mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 1754. Durch die Gemeindestrukturreform gibt es seit dem Jahreswechsel 287 Gemeinden mit durchschnittlich 3293 Einwohnern. Dies liegt über dem österreichischen Durchschnitt. Insgesamt waren von der Reform 385 Gemeinden betroffen, 157 Gemeinden blieben unverändert.

Grundlage für die Zusammenlegungen war das im Dezember 2013 vom Landtag beschlossene Steiermärkische Gemeindestrukturreformgesetz (StGsrG).Die Strukturreform ist teilweise alles andere als ruhig über die Bühne gegangen.Von den betroffenen Gemeinden riefen im Herbst des Vorjahres 43 den Verfassungsgerichtshof an. Dieser wies alle Anträge zurück.

Im Zuge von Verwaltungsreformen entstanden bereits vor der Gemeindestrukturreform durch Fusionen vier neue Bezirke: 2012 der Bezirk Murtal sowie 2013 die Bezirke Bruck-Mürzzuschlag, Hartberg-Fürstenfeld und Südoststeiermark.

Die nächsten Gemeinderatswahlen finden bereits am 22. März 2015 statt.

STEIERMARK „NEU“ IN ZAHLEN

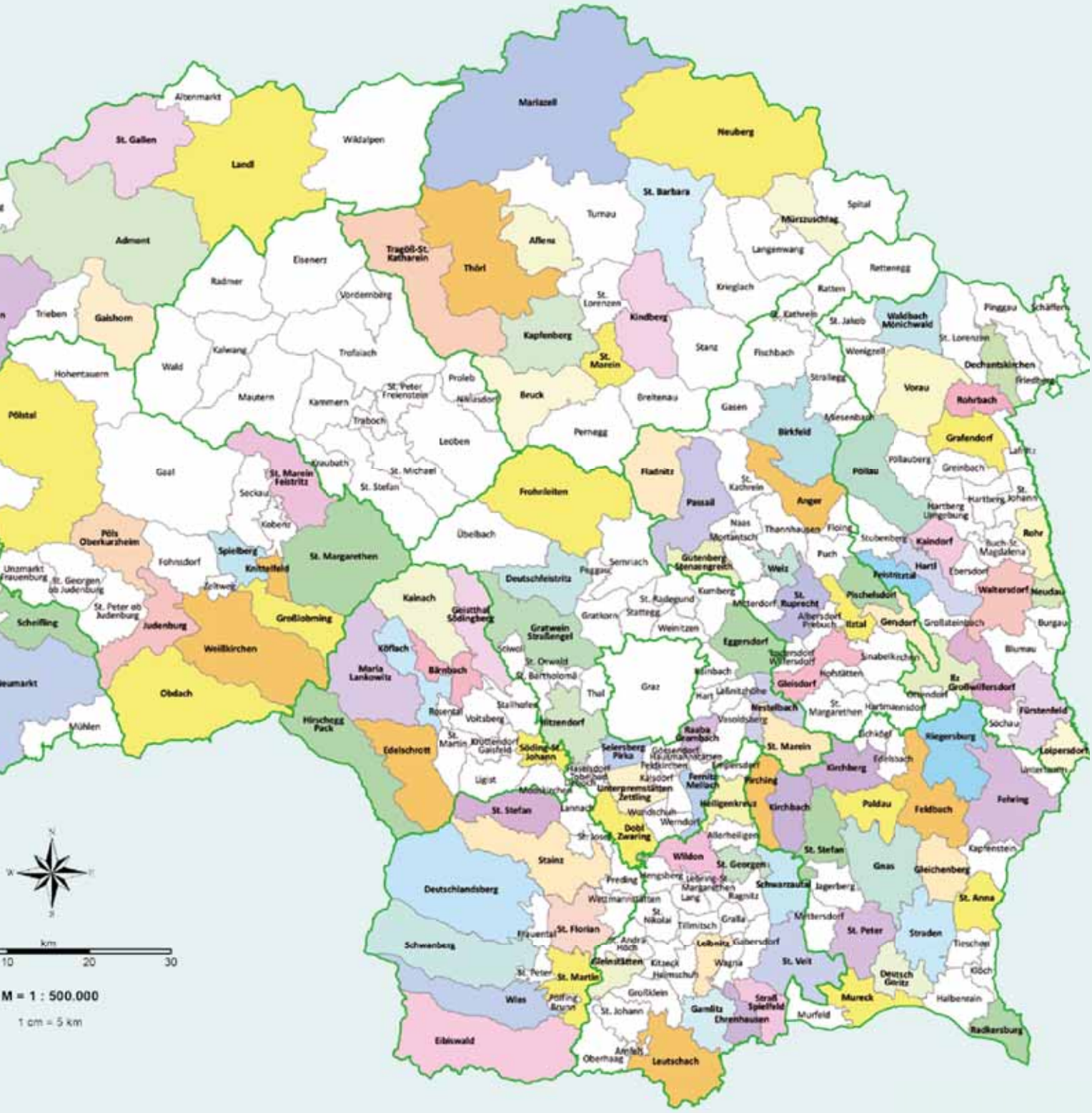
539
Gemeinden bis 31. Dezember 2014 (inkl. Graz)

MINUS

287
Gemeinden mit 1. Januar 2015 (inkl. Graz)

==========

252
Gemeinden weniger (inkl. Graz)


Altenmarkt
St. Gallen
Landl
Wildalpen
Mariazell
Neuberg
Admont
St. Barbara
Turnau
Spital
Mürzzuschlag
Langenwang
Rettenegg
Eisenerz
Tragöß-St. Katharein
Thörl
Aflenz
Radmer
Vordernberg
Krieglach
Ratten
Trieben
Gaishorn
St. Lorenzen
Kindberg
St. Katharein
St. Jakob
Waldbach Mönichwald
Pinggau
Schäffern
Kapfenberg
Stanz
Fischbach
St. Lorenzen
Kalwang
Trofaiach
St. Marein
Wenigzell
Dechantskirchen
Hohentauern
Wald
Mautern
Kammern
St. Peter Freienstein
Proleb
Bruck
Breitenau
Strallegg
Vorau
Rohrbach
Friedberg
Pölstal
Traboch
Gasen
Miesenbach
Leoben
Pernegg
Birkfeld
Grafendorf
Gaal
Krauubath
St. Michael
St. Stefan
Fladnitz
Pöllauberg
Greinbach
St. Marein Feistritz
Seckau
Frohnleiten
St. Kathrein
Pöllau
Passail
Anger
Hartberg Umgebung
Hartberg
St. Johann
Pöls Oberkurzheim
Kobenz
Übelbach
Naas
Mortantsch
Thannhausen
Floing
Stubenberg
Kaindorf
Puch
Puch-St. Magdalena
Rohr
Spielberg
St. Margarethen
Fohnsdorf
Knittelfeld
Semriach
Gutenberg Stenzengreith
Weiz
Hartl
Ebersdorf
Unzmarkt Frauenburg
St. Georgen ob Judenburg
Zeltweg
Deutschfeistritz
Feistritztal
Waltersdorf
Neudau
St. Peter ob Judenburg
Kalnach
Kumberg
St. Radegund
Mitterdorf
St. Ruprecht
Pischelsdorf
Scheifling
Geistthal Södingberg
Gratkorn
Stattegg
Albersdorf Prebuch
Ilztal
Gendorf
Großsteinbach
Burgau
Judenburg
Großlobming
Gratwein Straßengel
Weinitzen
Eggersdorf
Weißkirchen
Köflach
Sölseck
St. Oswald
Bärnbach
St. Bartholomä
Blumau
Maria Lankowitz
Graz
Raimbach
Gleisdorf
Hohstätten
Snabelkirchen
Obdach
Thal
Hart
Laßnitzhöhe
Ex Großwilfersdorf
Stallhofen
Nestelbach
Ornsdorf
Hirschegg Pack
Rosental
Voitsberg
Mitterdorf
St. Margarethen
Hartmannsdorf
Fürstenfeld
Mühlen
Vasoldsberg
Sochau
St. Martin
Krottendorf Gaisfeld
Raaba Grambach
Eichkögel
Kiegersburg
Edelschrott
Söding-St. Johann
Seiersberg Pirka
St. Marein
Leibersdorf
Edelsbach
Kirchberg
Ligist
Kasdorf
Ferrnitz Mellach
Pirching
Unterpremstätten
Zettling
Heiligenkreuz
Kirchbach
Poldau
Feldbach
Fehring
St. Stefan
Lannach
Wundschuh
Werndorf
Dobl Zwaring
Allerheiligen
St. Stefan
Kapfenstein
Stainz
Wildon
St. Georgen
Gnas
Gleichenberg
Deutschlandsberg
Preding
Lebring-St. Margarethen
Schwarzautal
Jagerberg
St. Anna
Wettmannstätten
Lang
Ragnitz
St. Nikolai
Mettersdorf
Frauental
St. Florian
Gralla
Tillmitsch
St. Peter
Straden
Schwanberg
St. Andrä Höch
Leibnitz
Gabersdorf
Tieschen
Gleinstätten
Kitzeck
Wagna
St. Veit
St. Peter
St. Martin
Heimschuh
Deutsch Goritz
Köflach
Wies
Pölfing Brunn
Großklein
Mureck
Halbenrain
St. Johann
Gamlitz
Straß Spielfeld
Murfeld
Ehrenhausen
Radkersburg
Eibiswald
Arnfels
Obernsaag
Leutschach
km
10
20
30
M = 1 : 500.000
1 cm = 5 km

WAIDHOFEN AN DER YBBS

STADT MIT VIELEN **GESICHTERN**

Die Mostviertler Stadtgemeinde Waidhofen an der Ybbs steht für „... leben voller Möglichkeiten“ und zeigt dies auch im neuen Corporate Design.

Unsere Stadt ist urban und bäuerlich.“

Werner Krammer, Bürgermeister von Waidhofen

Dem neuen Design ging ein tiefgehender einjähriger Markenprozess voraus, an dem mehr als 100 Waidhofnerinnen und Waidhofner mitgewirkt haben. Geleitet wurde der Prozess vom Markenbüro Weiss aus Wien. „Es ging zunächst darum, die Stärken der Stadt zu identifizieren, zu formulieren, wofür Waidhofen an der Ybbs steht“, erläutert Stadt- und Standortentwickler Josef Lueger. Im Verlauf des Prozesses kristallisierten sich die Säulen der Marke „Waidhofen an der Ybbs“ heraus: Waidhofen ist Stadt und Land – zwei Hauptplätze, mittelalterliche Gassen und Türme versprühen urbanes Flair. Gleichzeitig stehen die bäuerlichen Strukturen in den Katastralgemeinden für Land und Landwirtschaft. Eine wichtige Rolle spielen die Natur und die idyllische Landschaft an der Ybbs. Die vierte Säule stellen Kunst und Musik dar, die fünfte bildet das „Macher-Image“ der Stadt: Große Firmen wie Bene oder Böhlerstahl sind ebenso in und um Waidhofen anzutreffen, wie viele, auch kleine Handwerksbetriebe.

Damit sich die neue Positionierung auch im visuellen Auftritt der Stadt wiederfindet, wurden der Waidhofner Grafiker Christian Stummer und die Typejockeys aus Wien mit der Gestaltung eines neuen Corporate Designs und Logos beauftragt. Ursprünglich sollte ein reines Schriftlogo für die Stadt kreiert werden, schnell war aber klar, dass sich damit Waidhofens Vielfalt nur schwer abbilden lassen würde.

Das Ergebnis war schließlich ein Logo in sieben Ausprägungen. „Mit dem neuen Claim ‚Waidhofen ... leben voller Möglichkeiten‘ treffen wir genau das, was Waidhofen ausmacht. Unsere Stadt ist urban und bäuerlich, Rückzugsraum und Treffpunkt, steht für Kultur und Wirtschaft, Tradition und Zukunft. Das wollen wir auch über die verschiedenen Logovarianten zum Ausdruck bringen“, erläutert Bürgermeister Werner Krammer.

Nach Markenfindung und visueller Umsetzung gilt es nun langfristig, die Marke zu leben und der Identität gerecht zu werden. „Anfang 2015 wurde zudem entschieden, dem Verein Zukunftsorte beizutreten. Waidhofen an der Ybbs will das Netzwerk der Zukunftsorte für neue Ideen und umfassenden Erfahrungsaustausch nutzen.“

„Drei Varianten des neuen Logos von Waidhofen an der Ybbs (v.l.): Der Kubus steht für neues, modernes Leben in alten Mauern, Zange und Hammer für die Waidhofner Betriebe, das Jagdhorn für Musik und das facettenreiche Leben in der Stadt.“

PRÄSENTATION „DAS BUCH VOM LAND“

Am Donnerstag, 26. Februar 2015 wird im Kommunalkonsulat in Wien „Das Buch vom Land“ präsentiert. Anhand zahlreicher Best Practice-Beispiele, Reportagen und Porträts schildert das Buch, was zukunftsorientiertes Handeln auf dem Land bewirken kann. Im Fokus stehen vorausschauende Gemeinden und Regionen, kreative Persönlichkeiten und innovative Projekte.

Buchpräsentation am Donnerstag **26. Februar 2015,** Beginn: 19:00 Uhr Ort: **Kommunalkonsulat**, Belvederegasse 26, 1040 Wien

www.zukunftsorte.at

NEUJAHRSEMPFÄNGE DER NÖ GEMEINDEVERTRETERVERBÄNDE

LAUFEN BIS ZUM **LETZTEN AUGENBLICK**

Die Neujahrsempfänge der niederösterreichischen Gemeindevertreterverbände standen heuer ganz im Zeichen des Gemeinderats-Wahlkampfs.

Laufen bis zum letzten Augenblick. Das forderten die Präsidenten der Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ, Alfred Riedl und Rupert Dworak bei ihren jeweiligen Neujahrsempfängen in Grafenegg bzw. St. Pölten von ihren Funktionären. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Riedl verwies dabei auf die vergleichsweise gute finanzielle Lage der niederösterreichischen Kommunen, während Dworak eine Reform des Wahlrechts für Zweitwohnsitzer forderte. „Ich finde es beschämend, dass man in Niederösterreich fast ungehindert die Möglichkeit hat, das Wahlrecht zu beugen oder gar zu missbrauchen. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Menschen politikverdrossen werden“, so Dworak.

Ein wichtiges Thema bei beiden Veranstaltungen war die Flüchtlingsfrage. Beide GVV-Chefs vermerkten, dass Niederösterreich seine Quoten erfüllt. Riedl warnte vor allem vor einer Ghettoisierung. „Vielmehr setzen wir uns für kleinere Quartiere ein.“ Einer Forderung, die auch beim SP-Event zu hören war. Landeshauptmann Erwin Pröll verlangte, dass sich Bundeskanzler Faymann verstärkt des Asyl-Themas annehmen solle. Dworak sah das naturgemäß anders und forderte wiederum, dass Innenministerin Mikl-Leitner die Erfüllung der Quote in allen säumigen Bundesländern, vor allem in den ÖVP-geführten, einfordert.

Stargast bei der ÖVP war Finanzminister Hans Jörg Schelling. Für die Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich stellte er klar: „Es wird nicht mehr Geld geben.“ Wichtig sei zunächst, dass man auf Augenhöhe miteinander verhandle. Bei den FAG-Verhandlungen werde auf jeden Fall die Frage einer autonomen Steuerhoheit für Länder diskutiert werden.

ÖVP-Empfang in Grafenegg: Johannes Pressl, Petra Bohuslav, Karl Moser, Sonja Zwazl, Hans Jörg Schelling, Erwin Pröll, Alfred Riedl, Inge Riedl, Wolfgang Sobotka, Barbara Schwarz und Klaus Schneeberger.

Die SPÖ feierte in St. Pölten: Ewald Buschenreiter, Karin Kadenbach, Elvira Schmidt, Maurice Androsch, Gwendolin Jungblut, Matthias Stadler, Karin Renner und Rupert Dworak.

UNFALLRISIKO WINTERSPORT

MEHR ALS **300 VERLETZTE** PRO TAG

Ob Skifahren, Snowboarden, Langlaufen oder Rodeln – Wintersportbegeisterte kommen in Österreichs Gemeinden nicht zu kurz. Doch nicht für alle wird die Winteridylle ein reines Vergnügen, sondern endet im Krankenhaus.

Wenn der Schnee glitzert und unzählige Hobbysportler Österreichs Skipisten unsicher machen, haben auch die Unfallambulanzen der Krankenhäuser wieder Hochsaison. Für die heurige Wintersaison prognostizieren Experten des KFV zwischen 60.000 und 65.000 Verletzte bei Wintersportunfällen (Skifahren, Snowboarden, Langlaufen, Rodeln, Eislaufen und Eishockey).

Dabei werden in dieser Saison etwa 40.000 der Wintersportbegeisterten beim klassischen Skilauf verunfallen und rund 10.000 verletzte Snowboarder werden erwartet. Gründe für die hohe Anzahl der Unfälle sind aber nicht etwa Witterungs- oder schlechte Pistenverhältnisse, vielmehr passieren 94 Prozent aller Ski- und Snowboardunfälle ohne Fremdverschulden und sind oftmals auf Selbstüberschätzung, Übermut, mangelnde körperliche Fitness und Übermüdung zurückzuführen.

> **94 Prozent** aller Ski- und Snowboardunfälle basieren auf Selbstüberschätzung.“

Ski- oder Snowboardfahren: Ein Hochrisikosport? „Trotz der hohen Unfallzahlen ist das Ski- oder Snowboardfahren keine Hochrisikosportart. Risikofaktor Nummer 1 ist der Mensch selbst. Denn wer seine eigenen Fähigkeiten überschätzt und trotz mangelnden Könnens zu hohe Leistungsanforderungen an sich selbst stellt, erhöht automatisch auch sein Verletzungspotenzial“, sagt DI Klaus Robatsch, Leiter des Bereichs Forschung & Wissensmanagement im KfV. „Mehr als die Hälfte der Pistenunfälle passiert am Nachmittag infolge von aufkommender Müdigkeit, mangelnder Konzentration und Kraftlosigkeit. Umso wichtiger ist es daher, regelmäßige Pausen einzulegen und sich vor allem konditionell immer gut auf den Winter vorzubereiten.“

In der Wintersaison 2012/13 verstarben insgesamt 38 Wintersportler auf der Piste bzw. im organisierten Skiraum. Beinahe ein Drittel (32 Prozent) verstarb durch Herz-Kreislauf-Störungen gefolgt von Stürzen bzw. Abstürzen (29 Prozent),

Aufprall gegen ein Hindernis (26 Prozent) und Kollisionen (elf Prozent). 84 Prozent der verstorbenen Pistenbenutzer waren männlich. Die Hälfte der verstorbenen Pistenbenutzer war über 50 Jahre alt. „60 Prozent der verletzten Skifahrer sind Männer – bei den Snowboardern sogar 70 Prozent. Unterschiede gibt es auch bei den verletzten Körperteilen: Während Frauen einen höheren Anteil an Knieverletzungen als Männer haben, ist es bei den Schulterverletzungen genau umgekehrt“, so Robatsch.

Die häufigste im Krankenhaus behandelte Verletzungsart nach Ski- und Snowboard-Unfällen sind Knochenbrüche (45 Prozent). Unfälle beim Skifahren führen vor allem zu Verletzungen der unteren (48 Prozent) Extremitäten; Unfälle beim Snowboarden vor allem zu Verletzungen der oberen Extremitäten (54 Prozent).

Immerhin sieben Prozent aller Pistenunfälle ziehen Kopfverletzungen nach sich. Umso wichtiger ist daher neben einer defensiven Fahrweise auch die richtige Schutzausrüstung auf der Piste.

45 Prozent aller Ski- und Snowboard-unfälle sind Knochen-brüche“

Mehr Tipps
kfv.at

So kann vor allem ein Helm das Risiko, eine Kopfverletzung zu erleiden, reduzieren. Dies haben mittlerweile auch die Kleinen bzw. deren Eltern erkannt: Fast alle Kinder unter sieben Jahren sind mit Helm auf der Piste unterwegs, bei den Sieben- bis 15-Jährigen sind es mehr als neun von zehn Wintersportlern auf der Piste.

Abseits der Piste gilt besondere Vorsicht!

Das Ski- und Snowboardfahren abseits der gesicherten Pisten hat für viele einen ganz besonderen Reiz, die Gefahren werden dabei aber oft unterschätzt. Durchschnittlich gibt es in Österreich jährlich rund 1000 Unfälle, die sich abseits der gesicherten Bereiche ereignen. Lawinen sind dabei die größte Gefahr. So gab es in der Wintersaison 2012/2013 mehr als 140 Lawinenunfälle, bei denen 25 Tourengeher und Variantenfahrer gestorben sind. Sorgfältige Routenplanung und das Mitführen von Schutz- und Notfallausrüstung, aber auch das Wissen um deren richtige Handhabung sind daher unabdinglich.

BURGENLAND

Zuschuss für Sanierer

Das neue Jahr bringt eine neue „Sanierungsoffensive“. Damit sollen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und Heizungsanlagen finanziell attraktiver gemacht werden. Ab sofort können Haussanierer anstelle eines Förderdarlehens auch einen Sanierungsscheck bzw. Barzuschüsse beantragen. Diese nicht rückzahlbaren Zuschüsse werden einmalig in einer Höhe von 1000 bis 13.000 Euro ausbezahlt. 2015 gibt es für Sanierer auch einen Barzuschuss in der Höhe von maximal 500 Euro für einen Pufferspeicher, der die Heizanlage effizienter macht. Die Energieagentur Burgenland habe dies aufgrund von Berichten von Sanierern angeregt. Bei der Energieagentur können Förderanträge eingereicht werden.

Sanierungsmaßnahmen sollen attraktiver werden.

www.eabgld.at
Burgenländische Energieagentur

Asylwerberquote noch nicht erfüllt

Bis Ende Jänner müssen die Länder gemäß Beschluss ihrer Landeshauptleute die Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern erfüllen. Aktuell erfüllt das Burgenland die Quote nur zu 88,8 Prozent. 114 Plätze für Asylsuchende fehlen im Burgenland noch. Einige größere Quartiere sind jedoch in Planung.

Neujahrsvorsätze der Landespolitik

Im Mai 2015 stehen im Burgenland Landtagswahlen an. Die Regierungsspitze der SPÖ und ÖVP hat sich für das Jahr große Vorhaben gesteckt. Landeshauptmann Hans Niessl legte in seiner Neujahrsbotschaft sein Ziel klar fest: Er will mehr Burgenländer in Beschäftigung bringen und erklärt 2015 daher zum „Jahr der Beschäftigung“. Bis zum Jahr 2020 solle es im Burgenland Vollbeschäftigung geben. Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl sprach sich in seiner Neujahrsbotschaft für mehr wirtschaftliche Wachstumsimpulse aus.

KÄRNTEN

Integrationsleitbild für Kärnten

Das Land Kärnten wird ein Integrationsleitbild nach dem Vorbild anderer Bundesländer erstellen. In diesen Prozess sollen die Bevölkerung, aber auch zahlreiche Institutionen, die sich mit dem großen Thema Integration beschäftigen, eingebunden werden. „Wir müssen uns der Herausforderung einer pluralen Gesellschaft stellen. Das Kärntner Integrationsleitbild soll ein Schritt in diese Richtung sein und allen Menschen, die in Kärnten leben, die gesellschaftliche Teilhabe sowie ein produktives Miteinander ermöglichen“, betonte Landeshauptmann Peter Kaiser. Nicht nur demografische Veränderungen, auch verschiedene Formen der Zuwanderung und der zunehmend globalisierte Wettbewerb würden es unabdingbar machen, eine sachliche und konstruktive Diskussion über Herausforderungen, Probleme und Chancen einer von Diversität und kultureller Vielfalt gekennzeichneten Gesellschaft zu initiieren.
Ein Aufruf des Landeshauptmanns wurde noch vor Weihnachten an die entsprechenden Organisationen versendet. Bis 31. Jänner 2015 haben die einzelnen Vertreter der Institutionen und Vereine Zeit, ihre kreativen und konstruktiven Vorschläge einzubringen.

www.fluechtlingswesen-kaernten.ktn.gv.at
Mehr Informationen

Rechnungshof rüffelt Schulstruktur

Der Rechnungshof kritisiert in einem Bericht die Schulstruktur in Kärnten. Hintergrund ist, dass die 61 höheren Schulen, für die der Bund zuständig ist, nicht an räumliche Zusammenlegungen mit Pflichtschulen des Landes denken. Dies zeigt laut Rechnungshof die Liste für geplante Renovierungen und Neubauten. Konkret kritisiert wird, dass etwa in Ferlach die geplante Zusammenlegung von HTL und Fachberufsschule nie umgesetzt worden sei. Ein Positivbeispiel gibt es in Völkermarkt, wo die Neue Mittelschule, die Polytechnische Schule und die Volksschule unter ein Dach gekommen sind. Der Rechnungshof empfiehlt somit eine Reform der Schulverwaltung, da immer mehr Schulen als Ganztagsschulen ausgebaut werden und zudem barrierefrei sein müssen.

NIEDERÖSTERREICH

Neue Einrichtungen mit geringer Kinderzahl sollen vom neuen Fördermodell profitieren.

Förderung auf neue Beine gestellt

Seit 2015 gelten verbesserte Förderrichtlinien für Tagesbetreuungseinrichtungen und Horte sowie für Eltern-Kind-Zentren. Somit wurde, zusammen mit den Neuregelungen der Elternförderung im Kinderbetreuungsbereich und der NÖ Tagesmütter/-väter-Förderung 2014, die umfassende Reform der Kinderbetreuungs-Förderung abgeschlossen. Gemeinsam mit den Mitteln der 15a-Vereinbarung können nun je nach Bedarf und Vorstellungen der Familien bestehende Einrichtungen gesichert und qualitativ verbessert sowie neue Einrichtungen geschaffen werden.
Die Kinderbetreuungseinrichtungen werden damit alleine vom Land Niederösterreich bis zu vier Millionen Euro pro Jahr mehr erhalten. Ein Vorteil des neuen Modells liegt darin, dass die Eröffnung neuer Einrichtungen planbarer wird und auch bei anfangs geringerer Kinderanzahl finanzierbar bleibt.

30 Spielplatzprojekte am Start

In 30 niederösterreichischen Gemeinden werden in diesem Jahr die Spielplätze und Schulhöfe neu gestaltet. Vier Millionen Euro lässt das Land hierfür „springen“. Vorangegangen war eine Juryentscheidung: Alle 570 Gemeinden konnten ihre Projektvorstellungen einreichen. Eine Jury wählte anschließend aus den 100 Einreichungen 30 Ideen aus, die nun unterstützt werden. Die Kosten teilen sich das Land zu zwei Dritteln und die jeweilige Gemeinde zu einem Drittel. Alle Gemeinden, die jetzt nicht zum Zug gekommen sind, haben im Herbst wieder die Chance.

OBERÖSTERREICH

Jugendliche und Politik

Mehr als drei Viertel der oberösterreichischen Jugendlichen sind sich über die Sinnhaftigkeit von Politik einig, konkret für das Thema Politik interessieren sich jedoch nur 40 Prozent. Politisches Engagement spiegelt sich für die meisten jungen Oberösterreicher in der Beteiligung an Wahlen wider, so die Ergebnisse der Jugendstudie 2014, die von Jugendlandesrätin Doris Hummer und dem Jugendreferat des Landes Oberösterreich in Auftrag gegeben wurde. Zur Unterstützung des Jugend-Ressorts in den Gemeinden wird seit 2011 ein Lehrgang für Gemeindeverantwortliche zur „JugendexpertIn“ angeboten, das mit einer finanziellen Förderung verbunden ist. Der nächste Kurs startet im Februar 2015.

http://jugendarbeit.ooe-jugend.at

Für die Studie wurden 14- bis 22- Jährige befragt.

Kurios: „Klaus-Luger-Insel“

Eine kuriose und amüsante Überraschung brachte der Jahreswechsel für den Linzer Bürgermeister Klaus Luger mit sich. Auf Google Maps wurde eine „Klaus-Luger-Insel“ entdeckt. Die Insel befindet sich in Aussee, ist jedoch weder der Gemeinde, noch den Besitzern unter diesem Namen bekannt. Luger selbst hielt den Namen zunächst für einen „Faschingsscherz“. Google räumte ein, dass es bei Karten gelegentlich zu Ungenauigkeiten kommen kann. Die Insel wurde mittlerweile auf „Robinson-Insel“ unbenannt, kann jedoch nach wie vor auch unter „Klaus-Luger-Insel“ gefunden werden.

FOTOS / Fotolia/Robert Kneschke, Google Maps, Land OÖ., Bilderbox

SALZBURG

Alles Gute ist legal

Gemeinden dürfen in Zukunft ihren Bürgern zum Beispiel zum Geburtstag gratulieren, ohne dabei mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Das hört sich zwar selbstverständlich an, wird jedoch erst mit einer Novelle der Gemeindeordnung rechtlich abgesichert. Bisher griffen Gemeindepolitiker für Glückwünsche auf Daten im Melderegister zu und verstießen damit gegen den Datenschutz. Speziell für Geburtstagsglückwünsche oder für Glückwünsche zu Ehejubiläen wird im Rahmen einer Novelle die Zugriffserlaubnis in das zentrale Melderegister erlaubt. Soll der Geburtstag oder das Hochzeit-Jubiläum beispielsweise in der Gemeindezeitung veröffentlicht werden, müssen die Betroffenen zustimmen. Auch das wird durch die Novelle der Gemeindeordnung nun festgelegt.

Eine Novelle schafft für Gratulationen rechtlich Klarheit.

Neubau der Justizanstalt läuft

Die Justizanstalt Salzburg will Ende Juni in den Neubau nach Puch-Urstein, Tennengau, übersiedeln. Das Gebäude ist bereits fertiggestellt, derzeit wird am Innenausbau gearbeitet. Die Kosten belaufen sich auf 36 Millionen Euro. Die Justizanstalt bietet Platz für 240 Insassen und Beschäftigung für 90 Leute. Die Übersiedlung von Salzburg nach Puch-Urstein wird eine logistische Herausforderung. Schließlich müssen in kürzester Zeit Strafgefangene und U-Häftlinge sowie alle Mitarbeiter das neue Quartier beziehen.

Wohnbaufonds nun abgeschafft

Der Wohnbaufonds wurde zum Zweck des Schuldenabbaus abgeschafft. Salzburg hat für das Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt und muss Schulden in der Gesamthöhe von 2,2 Milliarden Euro abbauen. Nach Informationen des Landes sind zwei Drittel der fälligen Kreditsumme an den Wohnbaufonds geknüpft.

STEIERMARK

Frauen stärken

Gerade noch 17 Frauen stehen an der Spitze steirischer Gemeinden. Im Zuge der Gemeindestrukturreform verloren 255 steirische Bürgermeister ihr Amt, doch die Strukturreform war auch aus frauenpolitischer Sicht problematisch. Im Herbst haben Frauenlandesrätin Bettina Vollath und die Frauensprecherinnen aller Fraktionen eine Initiative für die „Stärkung des Engagements von Frauen in den steirischen Gemeinden“ gestartet. So wurden kostenlose Seminare inklusive Kinderbetreuung geschaffen. Die Nachfrage war jedoch derat überschaubar, dass drei der ersten fünf Termine wegen Teilnehmermangel gestrichen wurden. In zwei Regionen wird nun konrekt untersucht, wieso so wenige Frauen in die Kommunalpolitik gehen. Der Bürgermeisterinnenmangel sei jedoch kein steirisches Problem und „nicht den Fusionen geschuldet“, erklärte Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle gegenüber der „Kleinen Zeitung“. Für Stainer-Hämmerle ist der Frauenmangel größer, je kleiner und ländlicher die Gemeinde ist. Wichtig ist es umso mehr, dass sich junge Frauen politisch engagieren.

Vögel vor Windkraft

Statt sieben neuen Windrädern entsteht im Bezirk Leoben ein Naturschutzgebiet. Konkret handelt es sich um das Gebiet auf dem Kraubatheck. Ansässige Grundbesitzer sprachen sich gegen die Windräder aus und forderten, das Gebiet unter Naturschutz zu stellen, da dort ein wichtiger Zugvogelkorridor ist. Private Gutachten bestätigten dieses Argument. Das Land gab den Windradkritikern in einem Verordnungsentwurf recht, obwohl das Gebiet erst 2008 vom Land als „Eignungszone für Windkraftnutzung“ ausgewiesen wurde.

TIROL

Ernst Schöpf, Bürgermeister von Sölden und Gemeindeverbandspräsident, kritisiert, dass Gemeinden Kosten übernehmen müssen.

Kostenlawine?

Bürgermeister kritisieren, dass sie die Kosten für Lawinenkommissionen tragen müssen, obwohl das Land Straßenerhalter ist. Lawinenkommissionen entscheiden, ob Landesstraßen offen bleiben oder gesperrt werden. Dazu braucht es oft Erkundungsflüge oder Lawinensprengungen. Rund 300.000 Euro musste die Gemeinde Sölden in den letzten zehn Jahren für Erkundungsflüge und Lawinensprengungen ausgeben, kritisiert Bürgermeister und Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf, da es sich um die Sicherheit von Landesstraßen handelt. Wenn schon die Kommissionsmitglieder ehrenamtlich tätig sind, dann sollte zumindest das Werkzeug vom Straßenerhalter finanziert werden. Das Land Tirol sieht dies nicht ein, da ein Teil der Kosten sowie Lawinenverbauungen ohnehin vom Land finanziert werden und es sich nicht nur um die Straßensicherheit handelt.

Vereinsgründung abgelehnt

Osttiroler Bürgermeister wollten im Zug der Natura-2000-Debatte einen Verein gründen. Die Bezirkshauptmannschaft hat das abgelehnt. Ziel sollte die positive Entwicklung der von Natura 2000 betroffenen Gemeinden sein. „Naturpark“ ist laut Behörde eine geschützte Bezeichnung. Deshalb ist es nicht erlaubt, dass die Osttiroler Bürgermeister des Iseltals ihren Verein „Naturpark Isel“ nennen. Die Iseltaler Bürgermeister haben über ihren Anwalt Johannes Hibler dagegen Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht erhoben.

VORARLBERG

Verfahren eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Feldkirch hat die Ermittlungen gegen den Weiler Bürgermeister und die Weiler Gemeindevertretung eingestellt. Beiden war Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit einer Grundstückswidmung vorgeworfen worden. Konkret ging es um die Flächenwidmung für ein mehrere Millionen Euro teures Immobilienprojekt. Dieses sollen Gemeindevetretung und Bürgermeister seit Jahren verhindert haben, obwohl der Unabhängige Sachverständigenrat (USR) für Raumplanung in der Landesregierung eine positive Stellungnahme zur Umwidmung des 10.000-Quadratmeter-Areals gegeben hatte. Stattdessen entschied die Gemeinde eine Teilwidmung von 1800 Quadratmetern, mit der der Projektbetreiber jedoch nicht zufrieden war.

Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen Ortschef und Gemeindevertretung ein.

Zentrum für Muslime geplant

In Bregenz soll ein muslimisches Veranstaltungszentrum entstehen. Die Begutachtung der Pläne ist bereits in der finalen Phase. Die Anrainer haben dem Projekt bereits zugestimmt. Notwendig wurde das Projekt, da das bestehende Zentrum für die 400 Gemeindemitglieder zu klein ist. Das neue Gebäude soll neben Gebetsmöglichkeiten auch Räume für Veranstaltungen, Jugendarbeit und Kinderbetreuung bieten.

Nahversorgung (fast) gesichert

Für die Nahversorgung in den Kleingemeinden wurde im Jahr 2014 vom Land etwas über 700.000 Euro aufgewendet. Neben Investitionszuschüssen für Dorfläden und Lebensmittelgeschäfte in ländlichen Regionen wurden auch Betriebskostenzuschüsse ausbezahlt. Mit 1. Jänner 2015 waren laut der Wirtschaftskammer Vorarlberg neun der 96 Gemeinden ohne Lebensmittelgeschäft.

FOTOS/Kommunalverlag, Bilderbox, Fotolia/ Gina Sanders, puhhha

SÜDTIROL NEWS

Kooperation für die berufliche Integration von Benachteiligten.

Mehr soziale Vergabe

Der Südtiroler Gemeindenverband, verschiedene Südtiroler Genossenschaftsverbände sowie der Raiffeisenverband Südtirol haben eine Vereinbarung für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den im Sozialwesen tätigen Genossenschaften unterzeichnet. Die Verbände vertreten zusammen 90 Prozent der im Sozialwesen tätigen Genossenschaften. Die insgesamt 160 lokalen Genossenschaften beschäftigen zur Hälfte Menschen mit Behinderung.

Diese Genossenschaften ermöglichen die berufliche Integration von benachteiligten Menschen und sind ein kompetenter Partner der Gemeinden bei der Planung und Verwaltung von Diensten zur Eingliederung von Menschen in die Arbeitswelt. Zweck der Vereinbarung ist eine kontinuierliche Abstimmung. In den Bereichen Soziales, Gesundheit und Erziehung sollen die Gemeinden mehr auf die Dienstleistungen von Sozialgenossenschaften zurückgreifen.

„Einen kleinen Teil der Aufträge an Sozialgenossenschaften vergeben."

Andreas Schatzer
Präsident Südtiroler Gemeindeverband

Die gesetzlichen Möglichkeiten sollen besser ausgeschöpft werden.Vergabequoten bzw. soziale Klauseln sollen in die Ausschreibungen eingefügt werden. Ziel ist es, mindestens fünf Prozent der Aufträge an Sozialgenossenschaften zu vergeben.

www.gvcc.net
Südtiroler Gemeindenverband

Nachfolger am Zug

LEOBENDORF // Mit der Gemeinderatswahl in Niederösterreich legte der 67-jährige **Bürgermeister Karl Stich** sein Amt im niederösterreichischen Leobendorf zurück. Insgesamt 35 Jahre verbrachte er in der Kommunalpolitik, 25 Jahre davon als Bürgermeister der 4800-Einwohner-Gemeinde.

Nach einer fünfjährigen Beschäftigung bei der Firma Blaha wechselte Karl Stich in die Hypo Niederösterreich. Dort ist er heute für die Gemeindefinanzierungen als Prokurist zuständig.

Die Kommunalpolitik beschäftigt den Vater eines Sohnes ebenso lange: Seine ersten politischen Erfahrungen sammelte er als Gründungsmitglied der Jungen ÖVP, später fungierte er als Ortsparteiobmann. 1980 wurde Stich in den Gemeinderat gewählt und war für Sport und Kultur zuständig. Fünf Jahre später stieg er zum Vizebürgermeister auf, bis er 1990 schließlich Bürgermeister wurde.

Die Bilanz seiner 25-jährigen Amtszeit kann sich sehen lassen: Vier Kindergärten, ein Bildungscampus mit Volksschule, Musikschule, Hort und Kindergarten, ein Veranstaltungszentrum sowie ein neuer Bauhof wurden errichtet. Außerdem wurden alle Feuerwehrhäuser saniert und vergrößert, ungefähr 250 Wohneinheiten durch Reihenhäuser geschaffen, ein neues Gemeindeamt errichtet, ein Kanal in allen Katastralgemeinden erbaut und das Betriebsgebiet erweitert. In 25 Jahren erlebt man als Bürgermeister viel: „Vor vielen Jahren habe ich einen sehr primitiven anonymen Brief erhalten. Jahre später hat sich der Betreffende in einer Sprechstunde verplappert. Da musste ich wirklich herzlich lachen drüber."

Seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin möchte Stich eines mit auf den Weg geben: „Kommunalpolitik kann wunderschön sein, da man direkt mit den Menschen vor Ort Projekte planen und umsetzen kann. Man sollte jedoch immer den gerade Weg gehen – wenn es auch manchmal schwer ist."

Chefwechsel in Steinerkirchen

STEINERKIRCHEN // Nach 30 Jahren in der Kommunalpolitik, legt Steinerkirchens **Bürgermeister Johann Georg Auer** sein Amt nieder. Die Belastung durch Bürgermeisterjob und Beruf wurden dem Familienmenschen zu viel.
1954 im Tiroler Kirchberg geboren, zog die Familie 1962 ins oberösterreichische Fischlham um. Nach der Hochzeit mit Andrea übersiedelte er nach Steinerkirchen an der Traun. Der gelernte Tischler, der später als Verkaufsleiter in einem großen Möbelhaus tätig war, wagte im Alter von 44 Jahren den beruflichen Neuanfang und wechselte in die Abfallwirtschaft. 2011 wurde er Geschäftsführer der Tierkörperverwertung Oberösterreich in Regau. Zusätzlich ist er seit 2013 Geschäftsführer der Tierkörperverwertung des Burgenlandes und der Steiermark.
Seine ersten Erfahrungen in der Kommunalpolitik sammelte der heute 60-Jährige von 1985 bis 1991 als Gemeinderat und Gemeindevorstand. Im Oktober 1991 wurde ervom Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt. Durch die Einführung der Direktwahl erhielt Johann Auer bei den Gemeinderatswahlen 1997, 2003 und 2009 größte Zustimmung aus der Bevölkerung. Seit 2004 war er auch Bürgermeister-Sprecher des Bezirks Wels-Land.

Rücktritt nach 18 Jahren

LENDORF // Nach 18 Jahren kommt es in Lendorf zu einem Wechsel an der Spitze. Der 78-jährige Noch-**Bürgermeister Gottfried Willegger** wird sein Amt niederlegen. Durchwegs positiv blickt Willegger auf seine Zeit als Bürgermeister der rund 1700 Einwohner umfassenden Gemeinde zurück. „Es war eine angenehme Zeit und ich denke, wir haben auch einiges erfolgreich umsetzen können“, erzählt der 78-Jährige. Für Willegger, der selbst aus der Baubranche stammt, stieß die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt bei der Bevölkerung auf große Begeisterung. Neben diesem Projekt konnte zudem ein neuer Turnsaal der Volksschule gebaut sowie der Gemeindesaal umgebaut werden. Beide Räumlichkeiten werden seither von Vereinen genutzt.
Ganz aus der Kommunalpolitik zurückziehen will sich Willegger trotz seiner angekündigten Amtsniederlegung noch nicht. Als Obmann der Wassergenossenschaften und des Abwasserverbandes Lurnfeld-Reißeck wird er sich weiterhin engagieren. Trotzdem freut er sich in der neu gewonnen Zeit auch „ein bissal Freizeit genießen zu können“. Dass er sein Amt in verantwortungsvolle Hände legen kann, ist sich der Lendorfer Bürgermeister sicher.

FOTOS/ Österreichischer Gemeindebund

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 16. DEZEMBER 2014 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER VERLIEHEN:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Konsulenten Erwin CHALUPAR, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Grünbach, Oberösterreich

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

Ernst MILACHER, Vizebürgermeister der Gemeinde Ungenach, Oberösterreich
Werner Martin HELLMAYR, ehem. Vizebürgermeister der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz, Oberösterreich

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 19. DEZEMBER 2014

Das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an

Dr. Franz DOBUSCH, ehem. Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Oberösterreich

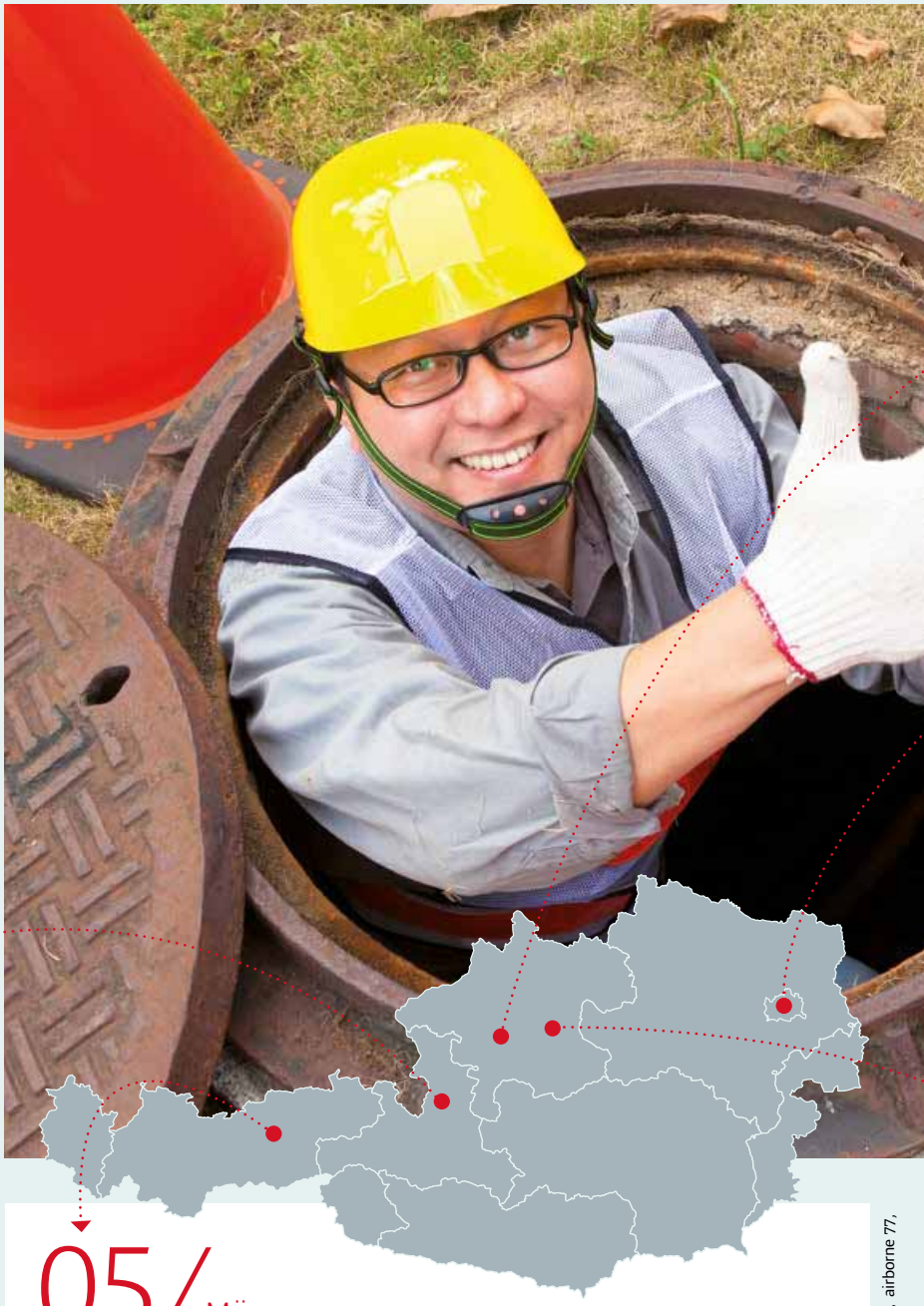
Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Franz ANZINGER, ehem. Bürgermeister der Gemeinde St. Stefan am Walde, Oberösterreich
Johannes NENNING, ehem. Bürgermeister der Gemeinde St. Thomas am Blasenstein, Oberösterreich

Neuer „Vize“

GRAZ // Nachdem Reinhard Reisinger, Bürgermeister von Spital am Semmering, auf eigenen Wunsch aus dem Präsidium des Gemeindebundes Steiermark ausschied, wurde **Manfred Seebacher**, Bürgermeister von St. Sebastian, zu dessen Nachfolger als Vizepräsident gewählt. Als Präsident einstimmig wiedergewählt wurde Erwin Dirnberger. Der 55-jährige Seebacher ist seit November 1994 Bürgermeister der rund 1000 Einwohner zählenden Gemeinde. Seebacher: „Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die wirklich ländlichen Gemeinden finanziell besser gestellt werden.“

TERMINE
MÄRZ UND APRIL



11/ März

„Power Days“ – Fachmesse für Elektrotechnik

Salzburg. Die Power Days sind die einzige Fachmesse in Österreich für Elektrotechnik. Von 11. bis 15. März 2015 werden Produktneuheiten, Innovationen und Dienstleistungen aus Elektrotechnik und Elektroinstallationen in der Salzburger Messehalle präsentiert. Im Fokus steht die Haus- und Gebäudeautomation.
Die Veranstaltung ist für Bürgermeister und Gemeindebedienstete kostenlos.

www.power-days.at
Ort: Messezentrum Salzburg.

05/ März

5. Baurechtstag

Innsbruck. „Neues Leben in alten Mauern – attraktive Ortskerne braucht das Land“, unter diesem Thema findet am 5. März der 5. Baurechtstag statt. Experten referieren über Wohnbauförderung, Dorferneuerung, Denkmalschutz und Fördermaßnahmen. Dabei kommen auch praxisrelevante rechtliche Grundlagen für Gemeinden nicht zu kurz.

www.bfi-tirol.at
Ort: Messe Innsbruck

FOTOS/V/www.christof-reich.com, Fotolia/ nmann77, Brian Jackson, airborne 77,

09/ März

Entwässerungs-systeme-Kurs

Steyr. Die Gesellschaft für Wasser- und Abfallwirtschaft GmbH veranstaltet einen Kurs für die Zustandserfassung und Sanierung von Entwässerungssystemen.

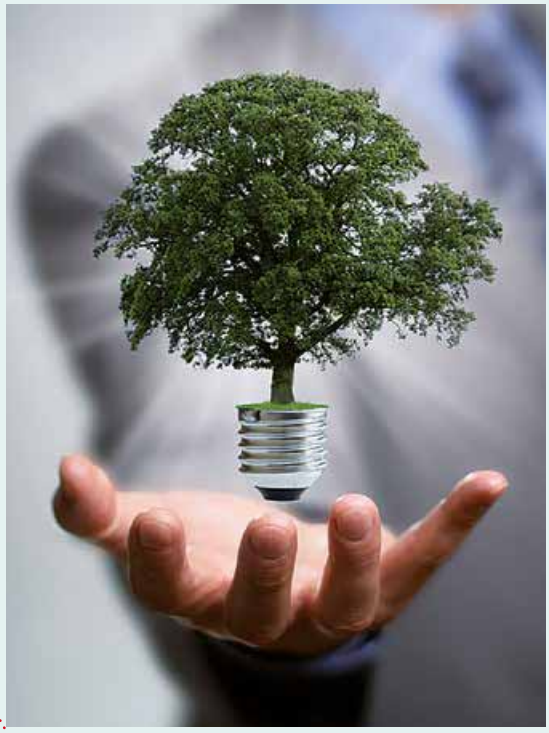
www.oewav.at
Ort: Steyr

22/ April

Basiswissen Recycling und Entsorgung

Wels. Bei diesem Brancheneinführungsseminar werden Basisinhalte über Recycling und die Entsorgungswirtschaft vermittelt. Dazu gehört die Definition des Abfallbegriffs nach EU und AWG sowie die Einteilung der Abfälle nach AWG Altstoffe, Siedlungsabfälle, gefährliche Abfälle und Problemstoffe. Beim Thema Sammlung werden die Pflichtbereiche der Gemeinden nach LandesAWGs besprochen sowie eine kommunale Sammelorganisation dargestellt. Relevant sind ebenfalls rechtliche Grundlagen: Rechtshierarchie EU, Bund, Länder, Gesetze, Verordnungen, Bescheide, Was muss ich einhalten als Abfallbesitzer, Ersatzerzeuger, Sammler, Behandler, EDM, Spezialgebiete: EAG, Altauto, Kompost, Küchenabfälle, AlSAG, Gefahrguttransport - ADR. Anmeldungen sind bis spätestens 8. April möglich.

www.voeb.at
Ort: Energie AG Oberösterreich Umwelt Service GmbH, Wels



05/ März

Energieeffizienzgesetz-Seminar

Wien. Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundes-EEffG) ist zum Jahresbeginn in Kraft getreten. Dieses Informationsseminar soll über die Umsetzung neuer Verpflichtungen des Bundes-EEffG informieren. Hier soll vor allem auf die anrechenbaren Maßnahmen und Meldeverpflichtungen von Energielieferanen eingegangen werden. Im zweiten Tagungsblock sollen mögliche Synergien zu einem bereits umgesetzten Umweltmanagement aufgezeigt werden. Neben Erfahrungsberichten aus der Abfallwirtschaft und der produzierenden Industrie soll darauf eingegangen werden, welche Anforderungen zu treffen sind, um Energieeffizienz in ein bestehendes Umweltmanagement zu integrieren. Bitte melden Sie sich bis spätestens 24. Februar 2015 schriftlich an.

www.oewav.at/Veranstaltungen
Ort: Kommunalkredit, Wien

UNNÜTZES WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Kein „Vierter Stock“ in asiatischen Hotels

In vielen ost- und südostasiatischen Ländern folgt auf den 3. Stock in Hochhäusern der 5. Der Grund hierfür ist die sogenannte Tetraphobie, die Angst vor der Zahl 4. Diese Angst ist darin begründet, dass in vielen asiatischen Sprachen die Wörter für die Zahl 4 und für „Tod“ sehr ähnlich klingen. Auch Etagennummern wie 14, die die 4 beinhalten, werden übersprungen.

Länder mit westlichem Einfluss wie Hongkong oder Singapur vermeiden oftmals auch noch das Stockwerk mit der Nummer 13 (siehe Bild). Die Angst vor der Nummer 13 nennt man übrigens Triskaidekaphobie.

FOTO: GAKMO/WIKIPEDIA

Die abergläubische Angst vor der Zahl dreizehn wird „Triskaidekaphobie“ genannt. Bei starker Ausprägung, insbesondere dann, wenn die Betroffenen alles, was mit der Zahl 13 zu tun hat, vermeiden und umgehen, spricht man von einer isolierten oder spezifischen Phobie im medizinischen Sinne.

Ein ähnlicher Aberglaube ist in einigen Teilen Italiens verbreitet. Der Ziffer 4 wird dort zum einen nachgesagt, sie symbolisiere einen Sarg und könne somit Unglück bringen; zum anderen stehe sie für „das Geheimnis von allem und nichts“.

Quelle:
www.wikipedia.com

OFFENLEGUNG

gemäß § 25, Abs. 1 – 4, Mediengesetz 2005 für die periodische Druckschrift „KOMMUNAL“

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper

Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Katharina Lehner - DW 37 katharina.lehner@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.bilderbox.at; www.photos.com; www.istock.com, fotolia.com
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Wolfgang Bolsinger - DW 14 wolfgang.bolsinger@kommunal.at; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12 sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28 martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11 martin.pichler@kommunal.at;

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung), Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes), Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes), Mag. Alexander Marakovits (BM.I), Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa. Integration. Internationales), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA) Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres), Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at

Druckauflage 35.707 (Durchschnitt 1. Halbjahr 2014)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.
Mit „Entgeltliche Einschaltung“ gekennzeichnete Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

Unternehmensgegenstand:
Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Weiters der Handel mit Waren aller Art und die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter: Michael Zimper, Verleger, Wien (65 Prozent) sowie die „Zimper GmbH.“ (35 Prozent), Gesellschafter Michael Zimper, Verleger, Wien.

Die grundlegende Haltung des KOMMUNAL ist die Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte) sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten Politiker des Bundes und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen, gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, dem Österreichischen Gemeindebund.

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich. Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:
- Alle Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.
- Alle leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll- und Reinhalteverbände sowie der Freiwilligen Feuerwehren.
- Alle für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.
- Alle politischen Mandatare der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes und Bezirksebene.
- Wichtige Meinungsträger im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.

www.erstegroupimmorent.at

Erfolgreiche Kommunalprojekte
finanziert · realisiert

Das ist die Realität!

Psychosoziales Betreuungszentrum Mauer, Niederösterreich

Volksschule Thalgau, Salzburg

Landespflegeheim Wolkersdorf , Niederösterreich

Weinkompetenzzentrum Krems, Niederösterreich

Seit über 40 Jahren begleiten wir unsere Kommunen ein ganzes „Immobilien-leben" lang. Wir bieten Ihnen Dienstleistungen entlang der gesamten Immobilien-Wertschöpfungskette – von vielfältigen Finanzierungslösungen bis hin zur Realisierung. Alles mit einem Ansprechpartner.

Die Finanzierung und Realisierung von Amtshäusern, Schulen und Kindergärten, Bauhöfen, Sicherheits-zentren und Feuerwehrhäusern, Fachmarktzentren und Verkaufsmärkten, Gebäuden für Betreutes Wohnen und Pflegeheimen sowie Büro- und Wirtschaftsgebäuden zählt zu unserem Alltag. Wir bieten maßgeschneiderte Lösungen für kommunale Investitions- und Bauvorhaben.

Abgestimmt auf den jeweiligen Bedarf finden wir budgetschonende Finanzierungslösungen, begleiten Ihr Projekt in rechtlicher, steuerlicher und bautechnischer Hinsicht und bieten professionelles Vertragsmanagement sowie wirtschaftliche Projektanalyse als Dienstleistungen. Wie wir Ihre Gemeinde unterstützen können, erfahren Sie online oder unter 05 0100 - 27260.

ERSTE Group Immorent

WER IST TONI SCHRUF?

ALS BESTER PARTNER DER SEMMERING-REGION ORGANISIERTE ER DIE ERSTEN SKIRENNEN MITTELEUROPAS.

SCHON MEHR ALS 1400 GEMEINDEN VERTRAUEN AUF DIE BAWAG P.S.K.

Vertrauen Sie auf Ihren besten Partner für Ihre Gemeinde.

Wer Großes vorhat, kann sich auf die Business Solution PartnerInnen der BAWAG P.S.K. verlassen. Mehr als 1400 Gemeinden vertrauen auf unsere Kompetenz und Erfahrung. Auch für die Weiterentwicklung Ihrer Gemeinde finden wir gemeinsam den besten Weg. Näheres dazu erfahren Sie unter www.bawagpsk.com/firmenkunden

Mitten im Leben. Mitten im Business.

BAWAG PSK

Bild: © Winter!Sport!Museum! Mürzzuschlag/picturedesk.com